

Genehmigt: 23.06.2022

Protokoll 08

Stadtratssitzung

Donnerstag, 28.04.2022, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.55 Uhr	425
Mitteilungen des Vorsitzenden	426
Traktandenliste	427
1 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl	427
2 HR4you – Modernisierung des Personalmanagements der Stadt Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit	427
3 I1700033, Fr. 388 914.00, Langsamverkehrspasserelle Ausserholligen: Durchführung Projektwettbewerb; Nachkredit	430
4 Ersatz Kanalisation Campus Ausserholligen: Bauprojekt, Bewilligungsverfahren Ausschreibung inkl. Anteil Ausführungsprojekt; Projektierungskredit	431
5 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GLP, GB/JA! (Gisela Vollmer, SP/Martin Mäder, BDP/Franziska Grossenbacher, GB/Melanie Mettler, GLP/Manuel C. Widmer, GFL): Ausserholligen: Ein neues Stadtquartier und den zweitgrössten Umsteigepunkt in Bern können doch die SBB nicht verhindern!; Begründungsbericht ..	431
6 Neubau Haltestelle Guisanplatz: Ersatzneubau und Kapazitätserhöhung Mischabwasserleitung Papiermühlestrasse, Massnahmen im Strassenraum; Projektierungskredit (Anteil der Stadt Bern)	431
7 Untersuchungsbericht der Aufsichtskommission zu base4kids2 inkl. Stellungnahme des Gemeinderats	435
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr	450
Traktandenliste	451
35 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli/Dolores Dana, FDP): Geplanter, zusätzlicher Brunnen in der Rathausgasse	451
37 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Neues Abfalltrennungssystem in Bern: ist der Gemeinderat bereit wegen der unausgewogenen Abstimmungsbotschaft diese Abstimmung zu wiederholen?	451
36 Kleine Anfrage Thomas Glauser (SVP) und Alexander Feuz (SVP): Ein Herz für Ukraine-Flüchtlinge	452
7 Fortsetzung: Untersuchungsbericht der Aufsichtskommission zu base4kids2 inkl. Stellungnahme des Gemeinderats	452
8 Base4kids2: Schlussbericht über die Ergebnisse der externen Untersuchung, Ueli Friederich, Recht & Governance, Bern inkl. Stellungnahme des Gemeinderats	456
9 Projekt Schulinformatik-Plattform base4kids2; Evaluationsbericht	456

10	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Verwendung von Open-Source base4kids 2 an Schulen: Fluch oder Segen für die Anwender, die Softwareverantwortlichen und die Steuerzahler?	456
11	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser (SVP), Simone Machado (GaP), Ruth Altmann (parteilos): Base4Kid2: auch die neuen Projektleiter haben wieder das Handtuch geworfen: Wie geht es weiter? Was will der Gemeinderat unternehmen, um das stark angeschlagene Projekt zu retten? Welche Perspektiven gibt es? Übungsbuch? Schadenersatz Hersteller? Kostenfolgen?.....	457
12	Interfraktionelle Interpellation AL/GaP/PdA, SP/JUSO (Simone Machado, GaP/Halua Pinto de Magalhães, SP): Nachkredit Schulinformatik base4kids2 - Fragen zu den strategischen und datenschutzrelevanten Folgen	457
13	Einführung einer Finanzstrategie für die Stadt Bern.....	457
14	Interpellation Maurice Lindgren (GLP): Welche Folgen hat eine Anpassung der Finanzzuständigkeiten in der Stadt Bern?	471
15	Motion Fraktion FDP/JF (Bernhard Eicher/Vivianne Esseiva, FDP): Nachhaltige Finanzpolitik der Stadt Bern dank Schuldenbremse	471
16	Postulat Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg/Regula Bühlmann/Rahel Ruch, GB): Finanzpolitische Grundsätze in der Krise überdenken	471
17	Motion Fraktion GLP/JGLP (Peter Ammann, GLP): Generationengerechte Finanzpolitik: Neuverschuldung stoppen und Sanierungsrückstau aufholen; Begründungsbericht	471
18	Dringliche Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, Mitte (Tom Berger, FDP/Milena Daphinoff, Mitte): Kündigung des Pachtvertrags für den Rebberg auf der St. Petersinsel – Wie weiter mit dem Stadtberner Weingut?	472
19	Postulat Fraktion FDP/JF (Tom Berger, JF): Ende des Berner Staatsweins – Abgabe des Rebgrundes im Baurecht prüfen.....	472
	Mitteilungen des Vorsitzenden	478
	Verschobene Traktanden.....	478
	Eingänge	480

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.55 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Jemima Fischer	Tanja Miljanovic
Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Fuchs	Alina Irene Murano
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Barbara Nyffeler
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiler	Tabea Rai
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Simone Richner
Katharina Altas	Erich Hess	Mirjam Roder
Ruth Altmann	Brigitte Hilty Haller	Sarah Rubin
Ursina Anderegg	Michael Hoekstra	Rahel Ruch
Tom Berger	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Lea Bill	Ueli Jaisli	Kurt Rügsegger
Gabriela Blatter	Bettina Jans-Troxler	Remo Sägesser
Regula Bühlmann	Anna Jegher	Marianne Schild
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Florence Schmid
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Sara Schmid
Nicole Cornu	Eva Krattiger	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Claudine Esseiva	Simone Machado	Ayse Turgul
Vivianne Esseiva	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic	Szabolcs Mihalyi	

Entschuldigt

Nicole Bieri	Franziska Geiser	Claudio Righetti
Diego Bigger	Nora Joos	Judith Schenk
Laura Binz	Barbara Keller	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Nora Krummen	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS
--------------------------	------------------------	-------------------

Entschuldigt

Michael Aebersold FPI	Reto Nause SUE	
-----------------------	----------------	--

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	
Christine Otis, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat	

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Willkommen zur heutigen Stadtratssitzung. Heute vor 492 Jahren starb Niklaus Manuel, auch bekannt als Niklaus Manuel Deutsch. Niklaus Manuel hat die Geschicke der Stadt Bern zwischen 1510 und 1530 massgeblich mitgeprägt. Als Staatsmann war er nicht nur Venner und Grossrat, sondern bekleidete ab 1528 auch das Amt eines Regierungsrats und war Mitglied der eidgenössischen Tagsatzung. Bekannt ist Ihnen Niklaus Manuel aber vermutlich von seiner musischen Seite her. Er war Dichter, Grafiker, Holzschnittmeister und vor allem Maler. Von ihm stammen die berühmten Totentanzbilder des Berner Totentanzes, die Sie sicherlich bereits gesehen haben. Nicht zu unterschätzen ist ausserdem sein Beitrag zur Reformation. Seine in diesem Zusammenhang wichtigsten Werke sind die beiden Fastnachtsspiele, die eine ebenso ätzende wie fundamentale Kritik an Papst und Kirche üben. Die beiden Spiele wurden 1923 in der Kreuzgasse – der Zwischengasse zwischen Rathaus und Münster – aufgeführt, vor dem damaligen Gerichtsgebäude. Es lohnt sich, bei Wikipedia zu stöbern und sich über Niklaus Manuel Deutsch zu informieren oder aber an der Gerechtigkeitsgasse 72 einen Blick auf die dort angebrachte Gedenktafel zu werfen.

Der 28. April ist zudem seit vier Jahren ein halboffizieller Berner Feiertag. Vor genau vier Jahren erlangte der BSC YB nach einem 2:1-Sieg gegen den FC Luzern das erste Mal nach 32 Jahren endlich wieder den Schweizermeistertitel im Fussball. In der 89. Minute konnte Miralem Sulejmani über die linke Seite geschickt dribbeln und eine sensationelle Flanke in den Strafraum schlagen, wo «Air France»-Hoarau den Ball per Kopf auf den Fuss von Jean-Pierre Nsame lenkte, der seinerseits mit einer Drehung den Ball zum 2:1 im Goal versenkte. Es ist immer noch schön, aber so schön wie damals wird es nie wieder sein. Wir brauchen es heute mehr denn je: Hopp YB!

Ich begrüsse ein neues Mitglied im Stadtrat. Johannes Wartenweiler von der SP ist für Edith Siegenthaler nachgerutscht. Wenn Sie als Neuling im Rat Fragen zum Betrieb haben, können Sie sich jederzeit an uns wenden. Rücktritte haben wir glücklicherweise keine zu verkünden.

Am 8. April haben Sie alle eine Einladung vom Gesundheitsdienst der Stadt Bern erhalten. Das Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen feiert sein 30-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass lädt der Gesundheitsdienst zu einem Rundgang in der Stadt Bern ein, der verschiedene Etappen des Aufbaus veranschaulicht. Das Netzwerk ist in seiner Grösse schweizweit einmalig. Auf dem Rundgang wird erklärt, was die offene Drogenszene in den 1990er Jahren mit der Grösse des Netzwerks zu hat und wie eine Nationalfondsstudie und ein gutes Schulklima zusammenhängen. Sie können auswählen, ob Sie im Juni oder im September teilnehmen wollen. Bisher ist die Anmeldequote tief. Das ist sehr schade, da das Netzwerk der gesundheitsfördernden Schulen erstens Ihre Aufmerksamkeit verdient hat und ich es zweitens als wichtig erachte, dass wir uns als Parlament immer wieder über die Angebote der Stadt informieren. Sollten Sie die E-Mail gelöscht haben, finden Sie auf Ihrem Pult einen Ausdruck mit einem QR-Code für die Anmeldung. Es lohnt sich auf jeden Fall!

Sollten Sie sich noch nicht eingebadgt haben, bitte ich Sie, dies noch nachzuholen. In der Pause sollten Sie sich ausbadgen und bei der Rückkehr in den Ratssaal wiederum einbadgen, vielen Dank.

Auch wenn aktuell der Eindruck entsteht, dass mit der Pandemie alles in Ordnung sei, die Zahlen steigen weiterhin an. Wir empfehlen denjenigen, die das wollen, im Ratssaal weiterhin eine Maske zu tragen und sich so zu schützen. Die Einreichung von dringlichen Vorstössen ist bis 21.00 Uhr möglich. Alle anderen Vorstösse können bis um 21.30 Uhr eingereicht werden.

Traktandenliste

Die Traktanden 7 bis 12 werden gemeinsam behandelt.

2020.SR.000389

1 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt Szabolcs Mihalyi als Ersatz für die zurückgetretene Edith Siegenthaler in die Aufsichtskommission.

2020.PRD.000040

2 HR4you – Modernisierung des Personalmanagements der Stadt Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderates betreffend HR4you – Modernisierung des Personalmanagements der Stadt Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit.
2. Er genehmigt einen Investitionskredit von Fr. 3 030 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I1000016, unter Anrechnung des Projektierungskredits von Fr. 150 000.00, für die Umsetzung des Programms HR4you.
3. Er genehmigt einen Verpflichtungskredit von Fr. 3 875 000.00 mit einer Laufzeit von 5 Jahren (2023 bis 2027) zulasten des Globalkredits der Informatikdienste (Dienststelle 650) für die Lizenzierung und den Betrieb des SAP Moduls «SuccessFactors» (inkl. Ergänzungen Personaladministration).
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 19. Januar 2022

SBK-Sprecherin *Corina Liebi* (JGLP): Die Stadt Bern benötigt ein Update für ihre Personalorganisation. Das Update ist ein Teil eines grossen Bündels an Massnahmen, die sich aus der städtischen Digitalisierungsstrategie ableiten. Unsere Verwaltung muss auf dem Arbeitsmarkt auch im Bereich Human Resources (HR) mit der Wirtschaft Schritt halten können, damit sie weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin bleibt. Ein funktionierendes HR erlaubt es, neue Mitarbeitende mit den benötigten Qualifikationen zu finden und innerhalb der Stadt Bern Karrierepfade zu ermöglichen. Wir diskutieren heute über ein Geschäft, das komplex und technisch ist, aber gleichzeitig eine enorme Auswirkung auf das städtische Personal und auf die gesamte Verwaltung hat. Aus diesem Grund möchte ich nicht zu stark auf den Vortrag eingehen, sondern im Namen der SBK eine Gesamteinschätzung für das vorliegende Projekt abgeben.

Die Initialisierungsphase für HR4you startete mit einer Ausschreibung. Die Avenir Group AG mit Sitz in Luzern hat den Zuschlag für das Projekt erhalten. Sie ist branchenweit für ihre HR-Projekte bekannt und damit eine gute Partnerin für die Stadt, um die erste Projektphase auszuarbeiten. Gemeinsam mit der Stadt Bern hat die Avenir Group AG eine Auslegeordnung für das Projekt vorgenommen und die Bedürfnisse der Mitarbeitenden auf allen Ebenen abgeholt. Daraufhin wurden Arbeitspakete für die künftigen Projekte ausgearbeitet, basierend auf branchenüblichen Best-Practice-Modellen. Diese Modelle sind in der Vergangenheit bereits in anderen Unternehmen bei vergleichbaren Projekten zum Einsatz gekommen und haben sich seither bewährt. Die Stadt Bern will das Rad nicht neu erfinden – wie dies bei base4kids der

Fall war –, sondern angepasst an die bewährten Strukturen und Gegebenheiten innerhalb der Stadtverwaltung alltagstaugliche, geprüfte Modelle auch bei sich zur Anwendung bringen.

HR4you umfasst sechs Projekte, die wiederum aus 30 Teilprojekten – sogenannten Arbeitspaketen – bestehen. Ein Arbeitspaket definiert das Lieferergebnis und somit das Ziel des Teilprojekts, die Laufzeit, die Methode und – sehr wichtig – die Abhängigkeiten. Wenn man an einem Schraubchen dreht, drehen viele andere mit. Wenn das Zusammenspiel nicht mehr funktioniert, können auch bewährte Dinge nicht mehr laufen. Deshalb ist es wichtig, von Beginn an alle Schraubchen mitzudenken, die involviert sein könnten. Das betrifft insbesondere technische Anwendungen. Ebenfalls wurde in der Initialisierungsphase festgelegt, welche Rollen es im HR künftig geben soll. Anders gesagt wurde geklärt, welche verschiedenen Aufgaben Personen innerhalb des HR wahrnehmen müssen.

Wir haben einen Überblick über die geplanten Arbeitspakete erhalten und sind der Meinung, dass diese sinnvoll aufgebaut und strukturiert sind. Das Projekt HR4you soll künftig eng von verschiedenen Gruppen begleitet werden. Einerseits gibt es einen Steuerungsausschuss, bestehend aus drei Gemeinderatsmitgliedern, dazu die interne Programmleitung, eine externe Projektbegleitung, sowie das Programm «Office» - man könnte sagen, es ist eine Art Projekt-administration. Weiter gibt es verschiedene Fokusgruppen wie beispielsweise zum Thema «Diversity and Inclusion», die sicherstellen, dass Arbeitspakete übergreifende Aspekte zu diesen Thematiken berücksichtigen. Ebenfalls gibt es verschiedene Mitwirkungsgefässe, die für die Mitarbeitenden und weitere Personen Möglichkeiten darstellen, um sich aktiv einzubringen. Das Projekt verfügt also einerseits über Kontrollinstanzen, die sicherstellen, dass das Projekt in der Spur bleibt, und andererseits über genügend Möglichkeiten zur partizipativen Mitwirkung.

Ein Grossteil der Arbeitslast wird neben der externen Projektbegleitung durch die Mitarbeitenden der Stadt Bern getragen. Die grösste Arbeitsbelastung wird sicherlich auf das Kernteam des Programms zukommen. Für die Teammitglieder werden gezielt Ressourcen freigestellt, so dass sie sich entsprechend ins Projekt einbringen können. Das bedeutet aber, dass eine Priorisierung der Arbeiten vorgenommen werden muss. Wie im Vortrag geschildert, wird auf die Personalfachpersonen eine Mehrbelastung von jährlich rund 80 Stunden zukommen. Um eine allfällige Überbelastung zu vermeiden, sind die Lieferergebnisse in Etappen eingeteilt. Jedes Arbeitspaket weist Zwischenergebnisse auf und damit auch Zwischenerfolge. Das soll die Mitarbeitenden motivieren, weiterhin am Ball zu bleiben. Als potenzielles Risiko hat die SBK ausführlich diskutiert, dass die verschiedenen Projekte – respektive Arbeitspakete – parallel und nicht aufeinander aufbauend verlaufen. Diese Vorgehensweise wurde von der Stadt bewusst gewählt, um die Umsetzung des Projekts innerhalb einer realistischen Zeitdauer bis 2025 zu ermöglichen. Das bedeutet aber, dass sich einige Personen gleichzeitig in mehreren Projekten engagieren müssen. Daraus resultiert aus Sicht der SBK eine Mehrfachbelastung, die zu Qualitätseinbussen und zu einem Druck auf das Personal führen könnte. Aus Sicht der Verwaltung ist diese Sorge unbegründet, da aus ihrer Sicht im Durchschnitt nicht mit einer Mehrbelastung zu rechnen ist. Projektstunden, die das Personal bisher für andere Projekte aufwenden musste, werden neu alle für das HR4you-Projekt zur Verfügung stehen. Anders gesagt stehen die Projektstunden aus dem HR nur noch für das Projekt HR4you zur Verfügung. Gleichzeitig werden die Mitarbeitenden durch externe Ressourcen unterstützt. Die SBK regt an, dass man die Arbeitsbelastung regelmässig überprüft und bei Bedarf nach Lösungen sucht. Sie anerkennt, dass das Projekt in erster Linie intern erarbeitet werden soll und muss, damit die Mitarbeitenden das Projekt mittragen und bereits ab Tag 1 Teil des Wandels im HR sind. Das stärkt die Akzeptanz des Gesamtprojekts und ermöglicht den geforderten Mindset Shift.

Für uns als Stadtrat ist der Hinweis wichtig, dass im Rahmen von HR4you auch die Planungserklärungen des Stadtrats von Oktober 2020 respektive September 2021 berücksichtigt wer-

den. Damals wurde gefordert, dass zentrale HR-Dienstleistungen geschaffen werden. Die SWOT-Analyse im Rahmen des Initialisierungsprozesses hat ergeben, dass die Mitarbeitenden die Nähe des HR zur Linie, also die Eingliederung in die Direktionen, sehr schätzen und beibehalten möchten. Geplant ist aus diesem Grund, insbesondere HR-Dienstleistungen direktionsübergreifend zu zentralisieren. Es soll mit digitalen Anwendungen, die allen Direktionen gleichermaßen zur Verfügung stehen, ein einfacherer Zugang geschaffen werden. Die Kommission vertritt die Ansicht, dass HR4you ein ausgewogenes und gut ausgearbeitetes Projekt darstellt. Durch die Steuerungsgruppe sowie die verschiedenen Begleitgruppen wird sichergestellt, dass das Projekt in der Spur bleibt. Im Notfall kann frühzeitig eingegriffen werden. Der Prozess, die Arbeitspakete und Zuständigkeiten sind klar definiert. Die Vorteile des Projekts überwiegen für die SBK, trotz der Sorgen um die Mehrbelastung für die betroffenen Mitarbeitenden. Aus diesem Grund hat die Kommission sowohl dem Investitions- wie auch dem Verpflichtungskredit einstimmig zugestimmt.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke der Kommissionssprecherin für ihr Referat. Offensichtlich hat es Wirkung gezeigt, dass wir unsere Kommissionsarbeit verstärkt haben. Wir waren nicht nur in der berichterstattenden SBK-Kommission, sondern auch in der FSU, da diese Kommission sehr viel mit Informatikbeschaffungen zu tun hat. Zudem haben wir das Projekt in der AK vorgestellt. Es wurde von unserer Seite her sehr umfangreich über HR4you berichtet. Das Projekt HR4you integriert sich in die Digitalisierungsstrategie der Stadt Bern und wir wollen in diesem Projekt unser gesamtes HR sowie alle HR-Dienstleistungen auf eine Plattform stellen. Das bedeutet nicht, dass wir im Bereich HR bisher keine Digitalisierung hatten, aber wir waren diesbezüglich sehr fraktioniert. Jetzt werden wir im Sinne einer SAP-Lösung alle HR-Dienstleistungen auf derselben Plattform vereinen. Das ist ein grosser Schritt für die Stadt Bern und wird uns in unserer Digitalisierung weiterführen. Sie wissen, dass wir andere grosse Digitalisierungsprojekte haben. Wir wollen ein neues Portal bauen, auf dem alle öffentlichen Dienstleistungen unter einer Adresse und auf einer Umgebung bezogen werden können. Wir wollen unsere digitale Arbeitswelt erneuern, haben dafür auch die gesamte Digitalorganisation erneuert und sind in der Lage, solche grossen Projekte umzusetzen. Wir sprechen heute Abend auch über andere grosse Informatikprojekte, die in der Vergangenheit liegen. Diese wurden aus einer anderen Logik heraus entwickelt. Früher musste aus den einzelnen Abteilungen heraus eine Idee entwickelt werden, wenn ein neues Informatikprojekt lanciert werden sollte. Nun verfügen wir über eine gemeinsame Plattform mit einem gemeinsamen Organ, das über die gesamte Stadtverwaltung hinweg die Informatiklösungen betreut – Digital Stadt Bern. Das ist bereits für das vorliegende Projekt der Fall.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie, wie die Kommission, dem Projekt überwiegend oder vielleicht sogar einstimmig zustimmen können. Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Geschäfts.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Investitions- und Verpflichtungskredit zu. (59 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten)

[Namen](#) 004

2014.PRD.000122

3 I1700033, Fr. 388 914.00, Langsamverkehrspasserelle Ausserholligen: Durchführung Projektwettbewerb; Nachkredit

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat teuerungsbedingte oder andere gebundene Mehrkosten von Fr. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** gemäss Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe c der Gemeindeordnung der Stadt Bern bewilligt hat.
Bern, 2. Februar 2022

PVS-Sprecherin *Katharina Gallizzi* (SP): Im November 2010 hat der Stadtrat den Bau einer Langsamverkehrspasserelle beschlossen. Diese hätte den Europaplatz mit den Arealen nördlich der Gleise verbinden und über den Gleisen verlaufen sollen. Damals ist man davon ausgegangen, dass man nicht unterirdisch bauen kann, weil dies mit den Plänen der SBB nicht vereinbar war. Für die Passerelle wurde ein Projektwettbewerb durchgeführt und ein Siegerteam erhielt den Zuschlag. Dann aber änderte die SBB ihre Pläne betreffend die Entflechtung Ausserholligen und es ist nun möglich, trotzdem eine unterirdische Verbindung zu schaffen. Gleichzeitig hat der Grosse Rat entschieden, den Campus der Berner Fachhochschule (BFH) definitiv im Weyermannshaus zu bauen, was bedeutet, dass sich die Anforderungen an die Passerelle verändert haben. Die neuen Anforderungen können mit einer unterirdischen Passerelle sehr viel besser erfüllt werden. Das hat auch der Stadtrat so gesehen und im März 2019 einen Kredit für die unterirdische Verbindung beschlossen, die auch den BFH-Campus an den Bahnhof Ausserholligen anbinden wird. Dieser Entscheid des Stadtrats bedeutet, dass man die oberirdische Passerelle nicht realisiert. Wenn aber ein Wettbewerb durchgeführt, ein Siegerteam ausgewählt wurde und das Projekt – wie hier mit der überirdischen Passerelle – nicht realisiert wird, greift Artikel 27.3 der SIA-Ordnung 142/2009 für Architektur- und Ingenieurwettbewerbe (SIA 142/2009): «Erhält der Gewinner des Wettbewerbs innerhalb von drei Jahren nach dem Preisgerichtsentscheid den Auftrag für die ausgeschriebenen Leistungen durch den Auftraggeber nicht, weil dieser auf eine Realisierung des Vorhabens vorläufig oder definitiv verzichtet, so hat er zusätzlich zum Preisgeld Anspruch auf eine Entschädigung, die der im Wettbewerb erbrachten Leistung entspricht.» Bei einem Projektwettbewerb, wie er für das vorliegende Projekt durchgeführt wurde, beträgt die Entschädigung die Hälfte der Preissumme. Das Siegerteam hat damals eine Preissumme von 130 000 Franken erhalten, das heisst, es steht ihm eine Entschädigung von 65 000 Franken zu, weil der Bau nicht realisiert wird. Im Antrag aufgeführt ist eine Kreditüberschreitung von 68 914 Franken, da noch die Mehrwertsteuer draufgeschlagen wird. Zu diesem Punkt gab es ein Hin und Her zwischen der PRD und dem Siegerteam. Man hat sich darauf geeinigt, dass man die Mehrwertsteuer auf den Betrag draufschlägt, weil man auch auf das Preisgeld zusätzlich die Mehrwertsteuer draufgeschlagen hat. Die PVS hat den Nachkredit einstimmig gutgeheissen und beantragt dem Stadtrat, es ihr gleichzutun.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt die Bewilligung des Nachkredits zur Kenntnis.

2021.TVS.000119

4 Ersatz Kanalisation Campus Ausserholligen: Bauprojekt, Bewilligungsverfahren Ausschreibung inkl. Anteil Ausführungsprojekt; Projektierungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Geschäft Ersatz Kanalisation Campus Ausserholligen: Bewilligungsverfahren und Ausschreibung inkl. Anteil Ausführungsprojekt; Projektierungskredit.
2. Für die Erarbeitung des Bauprojekts sowie zur Durchführung des Bewilligungsverfahrens und der Baumeisterausschreibung (inkl. Anteil Ausführungsprojekt) wird ein Projektierungskredit von Fr. 1 300 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I8500252 (KST 850200), bewilligt. Der Projektierungskredit wird später in den Baukredit aufgenommen.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 26. Januar 2022

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Aus Sicht der PVS ist der Ersatz der 90-jährigen Mischwasserableitung notwendig. Sie empfiehlt dem Stadtrat das Geschäft einstimmig zur Annahme. Da kein Diskussionsbedarf besteht, gilt das Geschäft als überwiesen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Projektierungskredit zu.

2016.SR.000020

5 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GLP, GB/JA! (Gisela Vollmer, SP/Martin Mäder, BDP/Franziska Grossenbacher, GB/Melanie Mettler, GLP/Manuel C. Widmer, GFL): Ausserholligen: Ein neues Stadtquartier und den zweitgrössten Umsteigepunkt in Bern können doch die SBB nicht verhindern!; Begründungsbericht

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Begründungsbericht zur Motion.

2022.TVS.000043

6 Neubau Haltestelle Guisanplatz: Ersatzneubau und Kapazitätserhöhung Mischabwasserleitung Papiermühlestrasse, Massnahmen im Strassenraum; Projektierungskredit (Anteil der Stadt Bern)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Geschäft Neubau Haltestelle Guisanplatz: Ersatzneubau und Kapazitätserhöhung Mischabwasserleitung Papiermühlestrasse, Massnahmen im Strassenraum; Projektierungskredit (Anteil der Stadt Bern).
2. Der Stadtrat bewilligt für das Gesamtprojekt Neubau Haltestelle Guisanplatz folgende Projektierungskredite (Anteil der Stadt Bern an die gesamten Projektierungskosten):
 - für die Projektierung der Verlegung der Mischabwasserleitung Papiermühlestrasse einen Projektierungskredit von Fr. 1 350 000.00 zulasten der Sonderrechnung Stadtent-

wässerung, Konto I8500324 (Kostenstelle 850200). Der Projektierungskredit ist später in den Realisierungskredit aufzunehmen.

- für die Projektierung der Massnahmen im Strassenraum einen Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 332 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5100796 (Kostenstelle 510110). Der Projektierungskredit ist später in den Realisierungskredit aufzunehmen.

3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 9. März 2022

Anträge

1.	SVP	Es ist vorgesehen, die Velohauptroute über den Guisanplatz zu führen. Antrag: Es sei die Velohauptroute Bern-Ostermundigen statt über den dicht befahrenen Guisanplatz alternativ zu führen, dies mit dem Ziel die gefährlichen Querungen mit den Tramgeleisen zu vermeiden. Falls dieser Bereich im Raum Springgarten zu liegen käme, darf dies nur unter der Auflage erfolgen, dass dadurch der Reitbetrieb und das Springwesen, inklusive Veranstaltungen derselben nicht tangiert werden.
2.	SVP	Eventualantrag: Es sei zu prüfen die Velohauptroute Bern-Ostermundigen statt über den dicht befahrenen Guisanplatz alternativ zu führen, dies mit dem Ziel die gefährlichen Querungen mit den Tramgeleisen zu vermeiden. Falls dieser Bereich im Raum Springgarten zu liegen käme, darf dies nur unter der Auflage erfolgen, dass dadurch der Reitbetrieb und das Springwesen, inkl. Veranstaltungen derselben nicht tangiert werden.
3.	FDP/JF, Mitte	Es ist vorgesehen, die Velohauptroute über den Guisanplatz zu führen. Wir beantragen folgendes zu prüfen: Anstatt die Velohauptroute Bern-Ostermundigen über den dicht befahrenen Guisanplatz zu führen, neu durch die Kasernenstrasse und dann durch den Springgarten. Oder als Variante durch die Papiermühlestrasse.
4.	SVP	Es ist vorgesehen, die Velohauptroute über den Guisanplatz zu führen. Es sei zu prüfen, die Velohauptroute Bern-Ostermundigen statt über den dicht befahrenen Guisanplatz neu durch die Kasernenstrasse und dann durch die Papiermühlestrasse oder eventuell im Bereich Raum Springgarten (unter Auflage, dass dadurch der Reitbetrieb und das Springwesen inklusive Veranstaltungen nicht tangiert werden), zu führen.
5.	FDP/JF, Mitte, SVP	Auf das geplante Rechtsabbiegeverbot von der Rodtmattstrasse Richtung Rosengarten ist zu verzichten.

PVS-Sprecher *Janosch Weyermann* (SVP): Die neue Haltestelle Guisanplatz gehört zu den Massnahmen des Richtplans zum Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wankdorf. Die Haltestelle Guisanplatz soll stadtein- und stadtauswärts in die Papiermühlestrasse verlegt werden. Dadurch können die Tramfahrzeuge direkt von der Rodtmattstrasse in die Papiermühlestrasse einbiegen und auf die beschwerliche Kurvenfahrt über die Wendeschlaufe beim Guisanplatz verzichten. Die heutige Haltestelle soll dereinst nur noch bei Grossveranstaltungen auf dem Messegelände bedient werden. Die Massnahme soll 2026 umgesetzt werden. Weil sich der Guisanplatz im Eigentum des Kantons befindet, ist das kantonale Tiefbauamt für das Projekt zuständig. Doch auch die Stadt Bern ist wesentlich vom Vorhaben betroffen: Sie ist für den Bau der Wartehallen bei den beiden neuen Haltestellen an der Papiermühlestrasse verantwortlich und muss sich an den Kosten für die Lichtsignalanlage Guisanplatz beteiligen. Zudem tangiert die neue Linienführung des Trams auch Strassenflächen der Stadt, sodass hier gewisse Anpassungen vorgenommen werden müssen. Und schliesslich nutzt die Stadt Bern die

mit dem Neubau der Haltestelle Guisanplatz verbundenen Arbeiten, um ihrerseits in der Papiermühlestrasse eine neue Mischabwasserleitung zu verlegen. Der Gemeinderat hat deshalb entschieden, die beiden Projektierungskredite in einer Vorlage zusammenzufassen. Die Ausführungskredite für die Haltestellen und der Ersatz der Leitung werden aber getrennt in zwei Vorlagen gefasst. Die Projektierungskosten für die Erarbeitung des Bau-, des Auflage- und des Ausführungsprojekts betragen 3,22 Mio. Franken. An diesen Kosten beteiligen sich die Bestellenden gemäss ihren mutmasslichen Kostenanteilen an den späteren Investitionskosten – die Stadt Bern hat insgesamt 52% der gesamten Projektierungskosten zu übernehmen, diese betragen 1,682 Mio. Franken. Die definitiven und verbindlichen Kostenanteile werden nach der Erarbeitung des Kostenvoranschlags im Rahmen des Bauprojekts vereinbart. Gemäss aktueller Kostenschätzung im Vorprojekt belaufen sich die Realisierungskosten aktuell auf rund 29,3 Mio. Franken. Der Anteil der Stadt macht auch dort 52% aus, was 14,8 Mio. Franken entspricht. Es muss mit einer Kostenungenauigkeit von plus/minus 25% gerechnet werden. Davon werden rund 12 Mio. Franken auf die Sonderrechnung Stadtentwässerung entfallen.

Zur Ausgangslage und Begründung der Massnahmen: 2012 wurde die Tramlinie Nr. 9 im Rahmen der Umgestaltung des Wankdorfplatzes vom Guisanplatz bis ins Wankdorf verlängert. Seither verkehren die Trams auf der Papiermühlestrasse im Mischverkehr. Eine Verlegung der Tramhaltestelle Guisanplatz in die Papiermühlestrasse wurde im Rahmen dieses Projektes analysiert, aber später verworfen beziehungsweise auf später verlegt. Die bestehende Linienführung ist für alle Verkehrsträger wie MIV, ÖV, Velo und Fussverkehr zwangsläufig mit teilweise langen Wartezeiten am Knotenpunkt Guisanplatz verbunden. Um die anhaltend unbefriedigende Situation zu verbessern, löste das kantonale Tiefbauamt 2017 die Studie «Optimierung Verkehrssystem Raum Guisanplatz/Wankdorf» aus. Daraus ging das Siegerprojekt hervor, über das wir heute beschliessen. Mit der Verlegung der Tramhaltestelle Guisanplatz in die Papiermühlestrasse ergeben sich zahlreiche Verbesserungen für sämtliche Verkehrsträger. Die Fahrzeuge der Linie 9 erreichen eine Verkürzung der Fahrzeit von rund einer Minute, die Grünzeiten an der Kreuzung können verlängert werden, die neuen Haltestellen an der Papiermühlestrasse werden behindertengerecht ausgestaltet und kommen direkt an den Hauptzugängen der angrenzenden Arealentwicklungen zu liegen, wie beispielsweise beim Bundesverwaltungszentrum Guisanplatz 1 und bei der neuen Festhalle auf dem BernExpo-Gelände. Insbesondere auch der Veloverkehr profitiert vom neuen ÖV-Regime: Bei den neuen Haltestellen Guisanplatz in der Papiermühlestrasse werden Haltestellenumfahrungen angeboten, ausserdem kann die Knotenzu- und -wegfahrt in der Hauptrichtung Rodtmattstrasse–Mingerstrasse für Velofahrende wesentlich aufgewertet und sicherer gemacht werden, wodurch dem Anliegen der Stadt Bern, zwischen Bern und Ostermundigen eine direkte Velohaupttroute über den Guisanplatz einzurichten, Rechnung getragen werden kann. Mit dem Projekt wird der Verkehrsablauf am Knoten Guisanplatz massiv optimiert. Es entstehen bessere Möglichkeiten zur Bevorzugung des ÖV sowie eine Leistungssteigerung von sämtlichen Verkehrsträgern. Es wird mehr Sicherheit und Qualität für den Fuss- und Veloverkehr geschaffen. An den Haltestellen werden die Anforderungen des Eidgenössischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) umgesetzt. Das Projekt schafft eine funktionierende Lösung sowohl für den Alltagsverkehr als auch bei Grossveranstaltungen. Die PVS empfiehlt Ihnen aus diesen Gründen das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Zu den Anträgen: Antrag 3 wurde bereits in der Kommission diskutiert und mit 7 Nein- zu 1 Ja-Stimme bei einer Enthaltung verworfen. Antrag 5 haben wir ebenfalls in der Kommission diskutiert und mit 7 Nein- zu 2 Ja-Stimmen verworfen.

Ein kurzes Fraktionsvotum: Die Fraktion SVP steht hinter diesem Projekt. Wir begrüssen es, dass hier etwas getan wird und die Wartezeiten verkürzt werden. Entsprechend unterstützen

wir unsere Anträge, die wir teilweise gemeinsam mit den Fraktionen FDP/JF und Mitte eingereicht haben.

Ursula Stöckli (FDP) zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF: Der Guisanplatz ist ein begehrtes Pflaster. Er ist voller Tramschienen und Weichenabdeckungen etc. Das hat uns dazu bewogen, die beiden Anträge einzureichen. Wir sind der Meinung, dass es für Velofahrerinnen und Velofahrer besser ist, wenn die Velohauptroute nicht auch noch über den Guisanplatz führt, sondern wenn eine schönere Route entlang der Kasernenstrasse und durch den grünen Springarten oder durch die Papiermühlestrasse gewählt wird – je nach Tages- und Nachtzeit und Wunsch. Aus unserer Sicht wäre diese Verlegung schöner und angenehmer für die Velofahrenden. Deshalb haben wir den Antrag 3 eingereicht, damit diese Varianten geprüft werden. Aus Platzgründen müsste die Parkplatzsituation an der Kasernenstrasse angeschaut werden, was ebenfalls in die Prüfung einbezogen werden müsste. Antrag 5 verlangt, dass auf das geplante Verbot des Rechtsabbiegens von der Rodtmattstrasse in Richtung Papiermühlestrasse verzichtet wird. Wir sind der Meinung, dass dieses Verbot Mehrverkehr für das Quartier zur Folge haben wird.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen der Fraktion SVP: Wir stehen hinter diesem Projekt. Trotzdem haben wir – relativ kurzfristig, dafür bitte ich um Entschuldigung – den Eindruck, dass das Projekt offener formuliert werden müsste. Es ist eine schwierige Sache mit der Alternativroute, deshalb haben wir dazu keinen Prüfungsantrag, sondern einen einfachen Antrag gestellt. Die Velohauptroute Bern-Ostermündigen sollte alternativ und nicht über den Guisanplatz geführt werden, damit die gefährlichen Querungen der Tramgleise vermieden werden können. Falls die Alternativroute im Bereich Springarten realisiert werden sollte, darf dies nur unter der Auflage erfolgen, dass der Reitbetrieb und das Springwesen inklusive Veranstaltungen nicht tangiert werden. Es geht uns darum, der Planung ein breites Spektrum zur Verfügung zu stellen und zu prüfen, was möglich ist. Wir sind der Meinung, dass der Guisanplatz keine gute Wahl ist und wir es mit der Formulierung «alternativ» offenlassen. Unter Ziffer 2 haben wir einen Prüfungsauftrag drin und machen auch hier einen Schritt auf die Stadt zu, indem wir die Prüfung der Möglichkeiten beantragen. Insbesondere haben wir hier festgehalten, dass der Bereich Springgarten geschützt werden sollte und keine unglücklich gewählte Alternativroute durch das wunderschöne Areal führt. Antrag 4 ist fast identisch mit dem Antrag der FDP/JF. Wir haben die Variante aufgenommen, damit der Springgarten geschützt wird. Ich gehe davon aus, dass die Anträge einander gegenübergestellt werden. Ich befürchte, dass der Veloweg dorthin gelegt wird, damit man die Überbauung machen kann und das dann präjudiziert wird. Deshalb bringen wir eine Vorsichtsklausel an. Ich danke Ihnen für die Unterstützung unserer Anträge.

TVS-Direktorin *Marieke Kruit*: Ich danke dem Kommissionssprecher Janosch Weyermann für seine gute Vorstellung des Geschäfts. Es ist ein Geschäft, bei dem das kantonale Tiefbauamt den Lead hat und nicht die Stadt Bern. Der Richtplan ESP Wankdorf sieht eine Verlegung der Haltestellen vom Guisanplatz in die Papiermühlestrasse vor. Der Kanton will diese Massnahme 2026 umsetzen. Die Stadt ist von diesem Vorhaben insofern betroffen, als dass wir die Wartehallen bei den neuen Haltestellen bauen, uns an den Kosten der Lichtsignalanlagen beim Guisanplatz beteiligen und Anpassungen am Strassenraum vornehmen müssen. Gleichzeitig wollen wir Synergien nutzen und dort die neue Mischabwasserleitung verlegen. Die Vorteile dieses Projektes sind folgende: Weil die Trams künftig direkt von der Rodtmatt- in die Papiermühlestrasse einbiegen können, verkürzt sich deren Fahrtzeit. Der Bogen wird nur noch bei Grossveranstaltungen gemacht. Die Grünzeiten können für alle Verkehrsteilnehmenden verlängert werden und es gibt mehr Sicherheit und Qualität für alle. Des Weiteren können

wir zwei zusätzliche Haltestellen barrierefrei ausgestalten und die Kapazität der Mischabwasserleitung wird erhöht. Wir wollen zusätzlich Klimaanpassungsmassnahmen umsetzen, indem Böden entsiegelt, Bäume gepflanzt sowie Baumrabatten in der Rodtmattstrasse verbreitert werden. Wie erwähnt wird das Projekt gemeinsam von Kanton, Stadt und Bernmobil geplant. Die Projektierungskosten betragen 3,2 Mio. Franken. Die Stadt muss davon 52% übernehmen.

Zu den Anträgen: Die Linienführung der Velohauptroute rund um den Guisanplatz ist in den städtischen, regionalen und kantonalen Planungsinstrumenten verbindlich festgehalten, namentlich im Sachplan Veloverkehr des Kantons Bern, im Stadtentwicklungskonzept und im Masterplan Veloinfrastruktur 2020. In all diesen erwähnten Planungsinstrumenten ist der Guisanplatz inklusive der zulaufenden Strassen Rodtmattstrasse, Papiermühlestrasse und Mingerstrasse Bestand des Velohaupttroutennetzes.

Zum Antrag 5: Die Aufhebung des Rechtsabbiegens von der Rodtmattstrasse erfolgt nicht aus Kapazitäts- sondern aus Platz- und Sicherheitsgründen. Die heute bestehende kombinierte Führung von Rechtsabbieger und der Spur, die geradeaus führt, birgt grosse Konflikte mit Velofahrenden. Deshalb bitte ich Sie, dem Projektierungskredit zuzustimmen und die Anträge – auch wenn sie gutgemeint sind – abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 SVP ab. (15 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 005](#)
2. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag SVP ab. (14 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltung) [Namen 006](#)
3. Der Antrag 3 FDP/JF, Mitte obsiegt gegenüber dem Antrag 4 SVP in der Gegenüberstellung. (30 Ja, 9 Nein, 21 Enthaltungen) [Namen 007](#)
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 008](#)
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 FDP/JF, Mitte, SVP ab. (14 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 009](#)
6. Der Stadtrat stimmt dem Projektierungskredit zu. (56 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 010](#)

- Die Traktanden 7 bis 12 werden gemeinsam behandelt. -

2021.SR.000028

7 Untersuchungsbereicht der Aufsichtskommission zu base4kids2 inkl. Stellungnahme des Gemeinderats

Antrag der Aufsichtskommission an den Stadtrat

Der Stadtrat nimmt vom vorliegenden Bericht des Ausschusses der Aufsichtskommission, welcher von der Kommission am 6. Dezember 2021 genehmigt wurde, Kenntnis.

Bern, 6. Dezember 2021

AK-Sprecherin *Claudine Esseiva* (FDP): Das Projekt «Aufbau der neuen Schulinformatikplattform base4kids2» war seit Herbst 2019 immer wieder medial ein Thema und es wurde öffentlich zunehmend Kritik an diesem Projekt und dessen Umsetzung laut. Im Sommer 2020 wurden mehrere Mitglieder der AK von verschiedenen Elternräten, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulkommissionsmitgliedern angegangen und darauf hingewiesen, dass das Projekt und dessen Umsetzung viele Fragen aufwerfe. Im Stadtrat wurden parlamentarische Vorstösse eingereicht, deren Beantwortung die offenen Fragen jedoch nicht vollumfänglich klären konnte. Die AK liess sich deshalb das Projekt base4kids2 im Rahmen ihres Direktionsbesuchs am 30.10.2020 näher vorstellen. Am 16.10.2020 nahm eine Delegation der AK an der Sitzung der

SBK teil, an der der berühmt-berüchtigte Mabuco-Bericht vorgestellt wurde. An der Sitzung vom 18.11.2020 liess sich die AK ihrerseits den Mabuco-Bericht präsentieren. Gleichzeitig verschaffte sie sich an dieser Sitzung in Anhörung und Diskussion mit direkt betroffenen Lehrpersonen und Spezialisten für Medien und Informatik – den sogenannten SMI – einen unmittelbaren Eindruck über die Umsetzung des Projekts im Schulalltag.

Man muss festhalten, dass in diesem Projekt vieles nicht planmässig ablief und dass die neue Informatikplattform im Alltag nicht oder nur sehr unzureichend funktionierte. Auch die Projektleitung seitens des Schulamts warf Fragen auf. Hinzu kommt die finanzielle Grössenordnung dieses Projekts, die relevant ist: Das Gesamtbudget des Projekts betrug mehr als 24 Mio. Franken, hinzu kommt ein Nachkredit von 2,68 Mio. Franken. Für die AK war klar, dass sie handeln musste. Zur Erinnerung kurz der gesetzliche Auftrag der AK: Gemäss Artikel 21 des Geschäftsreglements des Stadtrats hat die AK die Aufgabe der Verwaltungskontrolle. Sie überwacht die Geschäftsführung der Verwaltung auf ihre Ordnungs- und Rechtmässigkeit hin, ohne dass sie deren Verfügungen und Anordnungen aufheben oder ändern kann. Sie kann von sich aus oder auf Hinweis von Dritten Einzelfälle untersuchen und allgemeine Fragen aufgreifen. Gestützt auf die oben ausgeführten Erkenntnisse, Diskussionen und den gesetzlichen Auftrag entschied die AK am 18.11.2020 einstimmig und ohne Enthaltung, sich mit dem Projekt und dessen Umsetzung näher auseinanderzusetzen. Insbesondere wollte man die Ausschreibung, die Auftragsvergabe und die Projektführung genauer prüfen. Die parlamentarische Begleitung des immer noch laufenden Projekts und dessen Mängelbehebung ist hingegen nicht die Aufgabe der AK, sondern der zuständigen Sachkommission SBK, die in dieser Sache ebenfalls tätig wurde und einen entsprechenden Begleitausschuss gebildet hat. Auf diesen Zusammenhang wird Bettina Jans-Troxler im nächsten Votum noch näher eingehen.

Die AK hat an ihrer Sitzung vom 25.1.2021 einen Untersuchungsausschuss gewählt, den ich leiten durfte. Der Ausschuss bestand – neben mir - aus Tabea Raj, Bettina Stüssi und Francesca Chukwunyere. Das Ziel der Untersuchung der AK war es, zu prüfen, was beim Projekt base4kids2 auf der politisch-strategischen Führungsebene nicht funktionierte, wieso die Fehler passierten und wie solche Fehler in Zukunft im Hinblick auf weitere Projekte der Verwaltung vermieden werden können. Der Mabuco-Bericht hat sich auf die operative Ebene der Vorkommnisse gestützt. Der Bericht der AK fokussiert auf die Ausschreibung und die Projektführung seitens der Direktionsebene. Dementsprechend ist unser Bericht als Ergänzung zum Mabuco-Bericht zu verstehen. Den Sachverhalt und die Ausführungen haben Sie in unserem Bericht hoffentlich gelesen, ich möchte also nur noch auf das Fazit eingehen.

Die Stadt Bern wollte mit dem Projekt base4kids innert kürzester Frist eine innovative, in der Schweiz noch nie dagewesene Schulinformatikplattform eigenständig entwickeln. Der Wille respektive das Bedürfnis, ein solches innovatives Leuchtturmprojekt zu erstellen, stand dabei in krassem Widerspruch zu den in der Verwaltung vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen, und zwar sowohl hinsichtlich des Expertenwissens als auch bezüglich der Projektleitungsfähigkeiten. Das fängt bei der Aufstellung und Zusammensetzung des Steuerungsausschusses an, in dem der Auftragnehmer Abraxas quasi zum Projektleiter wurde. Es fehlte eine klare Definition der Projektleitung und die Protokollierung der Entschlüsse war ungenügend. Dieses Grundwissen sollte innerhalb der städtischen Verwaltung vorhanden sein. Der eigentliche Zweck des Projektes, nämlich den Schüler*innen und deren Lehrerschaft eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die den pädagogischen Aspekten genügt, up to date ist und im Rahmen vorhandener Kompetenzen bedient werden kann, wurde nicht erfüllt. Insgesamt kommt der Ausschuss zur Beurteilung, dass bei der Ausschreibung formaljuristisch alles korrekt gehandhabt wurde. Aber in Bezug auf die Zweck- und Verhältnismässigkeit des Verwaltungshandelns sind Fehler auf der strategischen Ebene passiert. Dies darf aufgrund der hohen involvierten Geldmenge und vor allem aufgrund der grossen Anzahl betroffener Bürger*innen, wie der gesamten Lehrer- und Elternschaft und der Schüler*innen, nicht ohne Kon-

sequenzen bleiben, zumal das Projekt noch nicht abgeschlossen ist. Bei der Anhörung wurde festgestellt, dass die Aufnahme von Kritik, das Bereitstellen der notwendigen Ressourcen, die Überprüfung der Projektführung und eine transparente Kommunikation – was zu den Schlüsselaufgaben einer Direktionsleitung gehört – in diesem Fall teilweise oder ganz vernachlässigt wurde.

Dementsprechend hat die AK folgende Handlungsempfehlungen an den Gemeinderat formuliert: Grossprojekte wie base4kids2 müssen seitens der zuständigen Gemeinderäte als Chefsache behandelt werden. Eine engmaschige Kommunikation und ein entsprechendes Reporting durch fachlich kompetentes Personal sind zwingend zu gewährleisten. Die Direktionen und ihre Abteilungen müssen in solchen Projekten zwingend konstruktiv zusammenarbeiten. Das ist die Bedingung für den Erfolg eines solchen Projektes. Es braucht zwingend verwaltungsintern einen Projektleiter*innenpool für IT-Projekte, damit man die interne Expertise aufbauen kann. Alle Projekte, die eine gewisse Grösse übersteigen oder direktionsübergreifend sind, müssen zudem durch ein professionelles Projektmanagement geführt werden. Innovation und Digitalisierung müssen gemeinsam mit den Anwender*innen angegangen und umgesetzt werden. Das ist die prioritäre Aufgabe des Gemeinderats. Die Kriterien «Erprobung auf dem Markt» respektive «Reife des Prototyps» müssen in einer Ausschreibung unbedingt mehr Gewicht im Bewertungskatalog erhalten. Eine Testphase muss zwingend realisiert werden, bevor man in ein Grossprojekt einsteigt. Der Gemeinderat soll Kooperationen mit anderen Städten und Kantonen prüfen, um gemeinsame IT-Lösungen zu realisieren.

Besonders gegenüber der BSS haben wir noch zwei weitere Empfehlungen, die uns wichtig sind: Die BSS soll aufzeigen, wie sie zukünftig ihre Führungsverantwortung besser wahrnehmen will. Sie soll insbesondere darlegen, mit welchen Massnahmen sie in Zukunft in Grossprojekten ihr Risikomanagement und ihre Kommunikation extern und intern zu verbessern gedenkt. Es braucht für die Schulinformatik ein Team mit entsprechenden Kompetenzen, damit personelle Wechsel oder Abwesenheiten aufgefangen werden können und nicht zu einem solchen Fiasko führen. Das Schulamt ist entsprechend zu reorganisieren und es ist ein nachhaltiges Wissensmanagement aufzubauen.

Auch gegenüber dem Stadtrat wurde selbstkritisch gesagt, dass dieser bei der Vergabe von IT-Projekten stets die Machbarkeit eines solchen Projekts auf der Grundlage der in der Stadtverwaltung vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen vor Augen haben muss. Bei der Initiierung und Realisierung von Ideen sollten der Zweck eines Projekts und dessen Nutzen für die jeweilige Zielgruppe stets an erster Stelle stehen. In der AK wurde positiv zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat auf unsere Empfehlungen positiv reagiert hat. So sollen neu die Generalsekretariate bei grossen IT-Projekten in die Projektführung integriert werden. Konkret leitet bei base4kids nun der Generalsekretär der BSS, Sven Baumann, den Steuerungsausschuss. Und auch die Idee des Projektleiter*innenpools wurde seitens Jonathan Gimmel, Leiter von Digital Stadt Bern, mit der Digitalstrategie 2021 aufgenommen und soll beim Budget 2023 vorgeschlagen werden.

In der Diskussion innerhalb der AK stiessen besonders die Versäumnisse in der Projektleitung auf sehr grosses Unverständnis. Dass das Grundwissen der Projektführung – beispielsweise eine saubere Protokollierung oder die klare Zuteilung der Verantwortlichkeiten – nicht vorhanden war, ist unverständlich, gerade bei einem solchen Leuchtturmprojekt in Millionenhöhe. Auch die Fehleinschätzung der notwendigen Ressourcen erscheint uns unerklärlich. Die Aussage, dass man ab jetzt eine bessere Projektführung gewährleisten werde, machte auf uns einen lapidaren Eindruck. In der AK gab es ebenfalls Voten zur Kommunikation und wie wichtig es ist, dass seitens des Gemeinderats und des Schulamts die Fehler offen eingestanden werden, damit das verlorengegangene Vertrauen – gerade von Seiten der Lehrerschaft – wieder aufgebaut werden kann. Eine gesunde Fehlerkultur muss für die Verwaltung zentral sein. Dabei dürfen aber Fehler nicht klein geredet werden, da es sich um rund 2,7 Mio. Franken handelte,

die zusätzlich verwendet werden mussten – ein grosser Betrag für die Stadt Bern. Es wurde in der Kommission ebenfalls diskutiert, wieso es nötig war, neben dem AK-Bericht noch einen eigenen Bericht – den Bericht Friederich, den Bettina Jans-Troxler präsentieren wird – in Auftrag zu geben. Beide Berichte kommen zum gleichen Schluss.

Abschliessend hält die AK fest: Der Bericht Friederich sowie der Bericht der AK kommen zu den gleichen Schlüssen. Sprich, wir haben den Finger dort daraufgelegt, wo es weh tut, und das ist gut so. Es geht um die Projektleitung, die Verantwortlichkeiten und die Ressourcen. Der Gemeinderat ist jetzt gefordert, damit sich solche Fehler in Zukunft nicht wiederholen.

SBK-Sprecherin *Bettina Jans-Troxler* (EVP): Neben dem Bericht der AK, der uns von Claudine Esseiva präsentiert wurde, liegen uns auch zwei Berichte des Gemeinderats zu base4kids vor: Einerseits der Evaluationsbericht, den der Stadtrat bei der Bewilligung des Investitions- und Verpflichtungskredits 2018 für den Zeitpunkt von zwei Jahren nach Einführung von base4kids verlangt hat, und andererseits der Untersuchungsbericht, den der Gemeinderat am 24. März 2021 bei Rechtsanwalt Friederich in Auftrag gegeben hat. Dieser Bericht untersucht insbesondere die Ausschreibung und die stadtinterne Durchführung des Projekts. Der Evaluationsbericht geht verstärkt auf die zukünftigen Entwicklungen ein, während der Bericht Friederich Lehren aus der Vergangenheit zieht. Deshalb gehe ich zuerst auf den Untersuchungsbericht von Rechtsanwalt Friederich ein.

Das abschliessende Fazit dieses Berichts – dieses umfangreichen Dokuments – besagt, dass die Ursachen für die Probleme in erster Linie in der mangelhaften Projektorganisation und in der Art und Weise zu suchen sind, wie das Projekt abgewickelt wurde. Wesentlich zu den Schwierigkeiten in der Projektorganisation beigetragen haben die fehlenden personellen und fachlichen Ressourcen im federführenden Schulamt. Die Anforderungen an die Leitung eines derart anspruchsvollen Projektes sind unterschätzt worden. Die bescheidene ressourcenmässige Ausstattung des Schulamts und der Verzicht auf eine externe, von der Auftragnehmerin Abraxas unabhängige, professionelle Projektleitung haben dazu geführt, dass Abraxas de facto die Projektleitung übernommen und auch im Steuerungsausschuss Einsitz genommen hat. Hierbei wurden Ausstandspflichten missachtet. Weiter wird ausgeführt, dass der Zeitdruck die Projektgremien bei verschiedenen Gelegenheiten vor ein *Fait accompli* gestellt hat und nur noch eine Flucht nach vorne zuliess.

Wie Herr Friederich auf diese Schlussfolgerungen kommt, lässt sich in der Chronologie der Ereignisse im Bericht eindrücklich nachlesen. Im Gegensatz zum wesentlich einfacheren Vorprojekt base4kids1 wurde für die Umsetzung des 24-Mio.-Projekts base4kids2 keine externe Projektleitung angestellt. Die Projektleitung lag im Wesentlichen beim Vizedirektor des Schulamtes, Jürg Moor, und seinem Stellvertreter, David Grolimund. Dieser hat das Schulamt Ende 2019 verlassen. Daneben gab es einen Steuerungsausschuss, in dem die damalige Schulamtsleiterin Irene Hänsenberger vertreten war. Erste gravierende Mängel traten bereits bei der Erstellung der Verträge mit Abraxas für die einzelnen Projektphasen auf. Die Verträge wurden allesamt sehr spät abgeschlossen, teilweise erst kurz vor Abschluss der betreffenden Phase und in einem Fall – für die Phase «Einführung» - erst rund zehn Monate nach dem ursprünglich geplanten Abschluss dieser Phase. Der Rahmenvertrag sowie der Vertrag für die Technologiestudie im Vorfeld wurden ohne die erforderlichen Kreditbeschlüsse abgeschlossen. Die ungenügende Projektleitung, der Zeitdruck und die unklare Rollenverteilung haben schlussendlich dazu geführt, dass die flächendeckende Einführung im Herbst 2019 ohne eigentliches Pilotprojekt erfolgte. Base4kids wurde also gleichzeitig in allen Schulen der Stadt eingeführt und bald traten zahlreiche Probleme in der Anwendung auf. Aufgeschreckt durch die Hilferufe aus den Schulen schaltete sich die Direktorin der BSS ein und begann mit der Aufarbeitung der entstandenen Krisensituation.

Rechtsanwalt Friederich schliesst den Bericht mit neun Empfehlungen für die zukünftige Handhabung von Projekten, auf die der Gemeinderat in seiner Stellungnahme grösstenteils zustimmend eingegangen ist. Viele dieser Empfehlungen erscheinen als selbstverständlich. Das verdeutlicht, dass beim Projekt base4kids2 wesentliche Fehler in der Projektgestaltung und -durchführung gemacht wurden. Die Empfehlungen lauten folgendermassen: Die erforderlichen Kredite müssen vorgängig beschlossen werden, grosse Projekte müssen vor der stadtweiten Einführung in einem Pilotbetrieb getestet werden, eine klare Rollenzuteilung in der Projektorganisation ist nötig, Beauftragte dürfen kein Stimmrecht in Steuerungsgremien haben und bei grossen Projekten soll das Generalsekretariat der jeweiligen Direktion im Steuerungsgremium Einsitz nehmen. Weitere Empfehlungen betreffen die Projektorganisation, die Kommunikation und die Protokollierung von Beschlüssen.

In der SBK wurden zahlreiche Fragen zum Projektablauf diskutiert, beispielsweise, warum die Schwierigkeiten, die bereits lange vorhanden waren – im Frühling 2019 wurde im Steuerungsausschuss bereits über einen möglichen Projektabbruch diskutiert – für die Direktion BSS erst nach der flächendeckenden Einführung im Herbst 2019 geworden sind. Des Weiteren haben wir diskutiert, warum in der Problembearbeitungszeit von Herbst 2019 bis Sommer 2020 nicht kommuniziert wurde, dass man im Schulamt aufgrund des Abgangs von David Grolimund ab Januar 2020 mit der Bearbeitung der Beschwerdetickets überfordert war. Auch die Frage der Projektleitung und der Aufarbeitung wurde umfassend diskutiert. Als Grund für den Auftrag einer Untersuchung durch Gemeinderat – namentlich der Friederich-Bericht – nannte der Gemeinderat die Unsicherheit, wie sich die Situation mit dem Auftraggeber Abraxas rechtlich weiterentwickeln würde und er wollte sich für allfällige Rechtsfälle absichern. Wir haben in der SBK auch über die Projektorganisation beim Nachfolgeprojekt base4kids3 gesprochen, das im Evaluationsbericht des Gemeinderats skizziert ist. Es geht darum, dass die Verträge mit Abraxas um ein Jahr gekürzt wurden und deshalb die Leasingverträge für die Tablets in den Schulen im Sommer 2023 auslaufen. Dieser Zeitpunkt – es geht noch ein gutes Jahr – deutet bereits wieder auf einen grossen Zeitdruck hin, insbesondere weil die neue Projektleitungsstelle noch ausgeschrieben werden muss. Allerdings ist uns von Seiten der Verwaltung versichert worden, dass nach der aktuell laufenden Neustrukturierung des Projekts mit der Einführung von Microsoft-Produkten im Sommer 2023 keine grossen Änderungen nötig sein werden und auch die Tablets weiterhin genutzt werden können. Diese müssen einzig von der Stadt geleast oder gekauft werden. Die SBK verfügt über eine vierköpfige Begleitgruppe, die die Weiterentwicklung des Projekts base4kids weiter eng begleiten wird.

Abschliessend fasse ich die Haltung der Kommission zusammen: Wie den Mitgliedern der AK ist auch den SBK-Mitgliedern die Art der Kommunikation zu den gemachten Fehlern sehr wichtig. Es ist korrekt, dass der Gemeinderat ab dem Zeitpunkt seiner Involvierung aufgrund der grossen Schwierigkeiten, die aufgetaucht sind, richtig reagiert hat. Dies bestätigen auch die Berichte. Allerdings ist der Vertrauensverlust in die Verwaltung von Seiten der Bevölkerung und insbesondere auch bei den Lehrpersonen sehr gross. Das Vertrauen muss durch eine gute Kommunikation wieder aufgebaut werden. Dazu gehört aus Sicht der Kommission ein klares Eingeständnis, dass beim Projekt base4kids2 grosse Fehler in der Projektorganisation und -durchführung gemacht worden sind und dass man diese Fehler in Zukunft verhindern will. Wir sind froh, dass diesbezüglich mit Digital Stadt Bern ein Umdenken stattfindet, wie die Stadt Informatikprojekte in Zukunft umsetzen will. Es soll verhindert werden, dass einzelne Ämter mit grossen Projekten alleingelassen werden und in der Folge überfordert sind – wie es das Schulamt mit base4kids2 war. Aus Sicht der Kommission ist es keine Kleinigkeit, dass bei base4kids2 Mehrkosten von 2,7 Mio. Franken entstanden sind, was 10% des Gesamtkredits entspricht. Auch wir als Kommission haben aus dem Debakel mit dem Schulformatikprojekt etwas gelernt: Zum Beispiel war in den Unterlagen zum Kredit für base4kids2 über 24 Mio. Franken die Projektleitung kein Thema. Es gab in der Kostenaufstellung keinen

Posten dazu, was sich später als verheerend herausgestellt hat. Das ist heute glücklicherweise anders. Im vorgängig verabschiedeten Projekt HR4you ist das externe Projektmanagement über vier Jahre mit 859 250 Franken aufgeführt. Die Wichtigkeit der Projektleitung haben nun mit Sicherheit alle erkannt. Allerdings sind wir als Milizparlament immer auf das gute Funktionieren der Verwaltung angewiesen und hoffen, dass das Vertrauen für zukünftige Projekte wieder aufgebaut werden kann.

Alexander Feuz (SVP) zu den Traktanden 10 und 11: Ich danke dem Stadtratspräsidenten, dass er die Interpellation von 2022 vorgezogen hat, damit wir alles gemeinsam betrachten können. Es handelt sich um denselben Sachzusammenhang. Andererseits bin ich sehr enttäuscht, dass wir die beiden Interpellationen nicht diskutieren, weil dort Fragen gestellt und Antworten gegeben wurden, die aufzeigen, dass es im Projekt bereits früh nicht gut gelaufen ist. Was sind die Konsequenzen? Dass man ein Open Source-Projekt in einem Bereich einsetzen wollte, in dem viele Lehrer, Schüler und Kinder mit teilweise nicht sehr gut gewarteten Computern ausgestattet sind, war für mich bereits von Anfang an zum Scheitern verurteilt. So ein Projekt funktioniert für ein Ingenieurbüro oder für Architekten, die computeraffin sind. Im Bereich der Schule fehlt für mich diese Voraussetzung. Es stand auch in den Berichten, dass unerprobte Module ausgerechnet in diesem Projekt zur Anwendung gekommen sind.

Die Interpellation von 2019 ist mir die wichtigste. Auf Seite drei und vier der Antwort wird geschrieben, dass sich für die Schülerinnen und Schüler durch die Einführung von base4kids keine Nachteile ergeben hätten. Für die Betroffenen in den Schulen ist diese Antwort falsch. Auf die nächste Frage zum Zusatzaufwand der Lehrer wurde gesagt, dass dieser individuell sei und nicht beziffert werden könne und dass den Lehrpersonen keine zusätzlichen Kosten entstanden seien. Die Lehrer und diejenigen, die Kontakt zu Lehrern haben, wissen, wie viel Zeit und Nerven das Ganze gekostet hat. Auf derselben Seite wird der Mehraufwand mit 100 000 Franken beziffert. Sie wissen alle, wie es herausgekommen ist. Damals hat man es gewusst und man hätte es voraussehen können. Ich habe gehofft, dass im Rahmen der Berichte genau auf diese Dinge eingegangen wird. Damals legten wir den Finger in die Wunde und haben aufgezeigt, was nicht stimmt. Jetzt sehen Sie, wie es herausgekommen ist. Ich gehe zur zweiten Interpellation, um meine Redezeit einhalten zu können. Ich verstehe, dass alle Projektleiter gekündigt haben. Keine fremden Affen aufnehmen – Sven Baumann muss sich nun der Sache annehmen. Ein Projekt, das nicht gut läuft, ist nie einfach zu übernehmen und ich hoffe, dass man den Turnaround schafft.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 7 bis 12

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir haben unser Fraktionsvotum geteilt, den zweiten Teil wird Bettina Stüssi übernehmen. Unbestritten ist – wie Franziska Teuscher im Bärnerbär gesagt hat –, dass das Projekt base4kids2 misslungen ist. Fast zwei Jahre nach dem Start der Untersuchungen inklusive Präsentation der Berichte ziehen wir heute Bilanz und müssen uns als Legislative, Exekutive und Verwaltung überlegen, was wir daraus lernen können.

Zur Geschichte: Wie von meiner Vorrednerin bereits erwähnt, hat die AK bereits im November 2020 beschlossen, das Projekt genauer zu untersuchen und zu prüfen, wie die Auftragsvergabe sowie die Projektführung abgelaufen sind. Dies mit Fokus auf die politisch-strategische Führungsebene und den Fragestellungen, was passiert ist und welche Fehler hätten vermieden werden können. Natürlich auch immer im Hinblick auf die Frage, was für die Zukunft daraus gelernt werden muss.

Es liegen nun zwei Berichte vor. Mich persönlich freut es – auch für meine Kolleginnen – dass die beiden Berichte sehr ähnlich ausgefallen sind und man die Schlussfolgerungen teilt. Dies,

obwohl der kleine Bericht der AK mit sehr viel Milizarbeit erstellt wurde und seitens der Exekutive gewisse Bedenken geäussert wurden, ob im Bericht auch alles korrekt sei.

Bevor ich nun aber auf das ganz grosse Manko des Projektleitungsmanagements von base4kids eingehe, noch eine weitere Vorbemerkung. Wo viel gearbeitet wird, fliegen die Späne und es können Fehler passieren – Shit happens. Das Problem aber ist, dass es bei solch komplexen Projekten wie base4kids nicht sein darf, dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen über längere Zeit mit so schadhafter Soft- und Hardware arbeiten müssen. Damit komme ich zum Hauptmanko von base4kids2, den grossen Mängeln im Projektmanagement. Einerseits – dies wurde bereits erwähnt – hatte es zu wenig verwaltungsinterne Kompetenzen in der Projektleitung und der IT und andererseits – das ist zentral – fehlten Ressourcen für die Projektführung. Dass deswegen der Anbieter zum Projektleiter mutierte, ist zusätzlich schwierig, vor allem bezüglich des Controllings. Ein weiterer Punkt ist der fehlende Austausch mit den Betroffenen. Dies stellte ein Problem dar, da Verbesserungen und Updates direkt produktiv eingespielt wurden, was zu einem Durcheinander führte. Das Ganze fand zudem unter hohem Zeitdruck statt. Auch die fehlende Testumgebung sowie der fehlende Plan B waren problematisch. Auf Ebene Projektmanagement gab es grosse Mängel. Wenn wir uns anschauen, wie die Projektführung nach HERMES aussehen würde, kommt man zum Schluss, dass Phasen, Milestones, Rollen und Beziehungen definiert werden müssen. Milestones entsprechen nach HERMES «Quality Gates, an denen über Ergebnisse und das Vorgehen entschieden wird. Dabei erfolgt auch die Abstimmung mit den strategischen Zielen und Vorgaben der Stammorganisation. Entlang der Phasen erfolgt periodisch das Reporting gemäss den Vorgaben der Stammorganisation. HERMES unterscheidet nach Rollen, Beziehungen, usw.» Wir wissen alle, dass in diesem Bereich einiges schief gegangen ist und dass natürlich auch eine Projektorganisation, in der die Partner, Anwender, Ersteller und Betreiber vertreten sind, dringend notwendig gewesen wäre. Es ist meiner Meinung nach nicht zulässig, anschliessend zu sagen, dass das Projektmanagement im Prozess «agil» gemacht worden sei. Agil würde bedeuten, dass vor allem das Entwicklungsteam beispielsweise nach Methoden wie Scrum arbeiten würde. Es bestanden also bekanntlich grosse Mängel in der gesamten Projektmanagementarbeit.

Folgendes Fazit kann für uns alle gezogen werden: Es braucht erstens eine Weiterentwicklung in der Fehlerkultur innerhalb der Verwaltung. Zweitens braucht es auch eine Weiterentwicklung der «lernenden Verwaltung» und drittens Führungskräfte, die bereit sind, auch einmal zu sagen, wenn etwas falsch gemacht und verbockt wurde sowie verbessert werden muss. Die Optimierung innerhalb einer Verwaltung ist insofern sehr schwierig, da eine Verwaltung eigentlich nur das tun sollte, womit sie rechtlich vom Volk oder der Legislative beauftragt worden ist. Verfügungen können insofern nicht falsch sein, es besteht immer der Anspruch, dass fehlerlos gearbeitet wird. Das steht grundsätzlich im Widerspruch mit der Notwendigkeit einer Fehlerkultur bei komplexen Projekten und der Tatsache, dass eine Verwaltung intrinsisch ohne Fehler arbeiten sollte. Das ist nur zu lösen, in dem die Verwaltung weiterentwickelt wird und Fehler eingestanden werden können sowie umgehend verbessert werden. Hierzu ist ein weiterer Punkt erwähnenswert: Wenn man vor die Medien steht und zugibt, dass man einen Fehler gemacht hat, wäre es schön, wenn man für diesen Fehler nicht jedes Mal in die Pfanne gehauen würde.

Zusammengefasst braucht es eine Fehlerkultur, das Eingeständnis des Mankos und eine Verbesserung. Das heisst für die zukünftigen Projekte konkret, dass minimale Standards erfüllt werden müssen. Es braucht Projektmanagementkompetenzen, ein Controlling, einen Projektleiterpool für IT-Projekte und sicherlich auch Prozesse, die im Rahmen der Innovation und Digitalisierung Nutzer und Entwickler zusammenbringen, und eine direktionsübergreifende Zusammenarbeit. Zudem braucht es eine weitere Schulung der Verwaltung im Projektmanagement, insbesondere im agilen Projektmanagement. In der zuständigen Direktion hat man

dies bereits an die Hand genommen, wie ich vermute. Projekt- und Risikomanagement sind dort ganz wichtig.

Folgende Lehren sollten aus Sicht der Exekutive, der Verwaltung wie auch der Legislative gezogen werden: Ich habe mir überlegt, was wir als Legislative in diesem Zusammenhang besser hätten machen können. Es freut mich sehr, dass es uns im Milizsystem gelungen ist, einen Bericht zu erstellen – ein Verdienst meiner Kolleginnen –, der die hauptsächlichen Mängel aufzeigt, die im Bericht Friederich bestätigt wurden. Man könnte sagen, dass ein Bericht weniger auch gereicht hätte. Grundsätzlich sind wir als Milizgremium darauf angewiesen, gute Informationen von der Verwaltung zu erhalten und hätten im Rahmen dieses Prozesses gar nicht mehr untersuchen können. Wir nehmen mit, dass es eine lernende Verwaltung mit einer Fehlerkultur braucht, Projektmanagement sowie Schulungen und dass das Ganze im Dialog mit den Nutzern stattfinden muss.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Für das Projekt base4kids2 sind im Vortrag einige Versprechungen gemacht worden. Man hat den Lehrpersonen nicht nur eigene Geräte zugesichert, sondern auch eine Arbeitserleichterung, insbesondere in der Schulung und Kommunikation mit den Schülerinnen und Schülern. Das Versprechen wurde bis heute nie ganz eingelöst. Der Gemeinderat hat sich nach dem Absturz dieses Projektes zumindest bemüht, seine Versprechen betreffend base4kids einzulösen. Wir alle haben erwartet, dass der Gemeinderat für ein solches Leuchtturmprojekt, das so viele Leute in der Stadt betrifft, eine stabile Ausgangslage schafft und nicht, dass die Verwaltung, die dieses Projekt umsetzen muss, bereits in Schiefelage starten muss. Damit man ein Projekt starten kann, benötigt man Ressourcen. Wir alle wissen, dass Ressourcen nicht nur Geld – also der gesprochene Kredit – sondern auch Zeit, Kenntnisse und Kompetenzen bedeuten. Der Gemeinderat sorgte nicht dafür, dass die Ressourcen in genügendem Mass vorhanden waren. Alle Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler wurden enttäuscht. Viele Schulleitungen und vor allem auch Lehrpersonen haben sich für die Digitalisierung an der Schule stark gemacht. Sie haben sich mit viel Engagement mit der Digitalisierung in ihrem Beruf auseinandergesetzt und definiert, was Schulen in Zukunft brauchen werden. Sie haben ein didaktisch-pädagogisches Konzept verfasst. Ein Konzept, das die eigentlichen Bedürfnisse der nutzenden Gruppen sehr genau und gut aufzeigt. Dieses didaktisch-pädagogische Konzept ist in breiter Mitwirkung entstanden, wurde aber im Projekt base4kids2 nie berücksichtigt. Es ist eine Tatsache, dass die Schulen und Anwendergruppen übergangen worden sind. Die SMI haben auf Seite der Anwendenden Enormes geleistet. Bereits zu Beginn und immer wieder haben sie auch Digitalisierungsskeptiker*innen an ihren Schulen mitgenommen und ihnen die Projektversprechen dargelegt. Eine Entschädigung oder zumindest eine Anerkennung für diese Arbeit haben sie vermutlich bis heute nicht erhalten.

Der Absturz dieses Projekts kostet die Stadt Bern sehr viel Geld. Der Preis, den wir für dieses misslungene und zusammengeflückte Projekt bezahlen müssen, ist hoch. Und mit Kosten und Preis meine ich nicht nur die paar Millionen Franken, sondern auch den Vertrauensverlust. Ein solch grosser Vertrauensverlust, vor allem bei den vielen betroffenen Personen in und um die Schule und ganz sicher auch hier im Parlament, können sich die Stadt und auch der Gemeinderat nicht leisten. Die SP/JUSO-Fraktion möchte heute hören, wie der Gemeinderat gedenkt, das Vertrauen für das Projekt und sicher auch für alle zukünftigen Projekte wiederherzustellen, und zwar beim Parlament, damit wir wissen, dass nicht einfach weiter gewurstelt wird und bei der Bevölkerung, damit sie wieder die Sicherheit erhält, dass angesagte Versprechen, sprich Projekte, die mit ihren Steuergeldern finanziert werden, gut umgesetzt werden. Verspieltes Vertrauen in den Gemeinderat wieder aufzubauen, ist eine langfristige Aufgabe, die nun verfolgt werden muss. Die SP/JUSO-Fraktion hat sich gefragt, ob nicht eine öffentliche Entschuldigung bei der Lehrerschaft, den Schulleitungen und insbesondere den

SMI sowie ein guter Einbezug der Nutzenden ins zukünftige Projekt base4kids2 ein Anfang für die weitere Zusammenarbeit wäre. Schöne Worte tun immer gut, aber nur wenn Taten folgen, kann man langsam das Vertrauen in die Bildungsdirektion und den Gemeinderat wieder erlangen. Der Gemeinderat hat jetzt die Gelegenheit, das Parlament und auch die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass er Verantwortung übernimmt, Fehler eingesteht und mit allem, was nötig ist, das Vertrauen in seine zukünftigen Projekte wiederherstellt.

Marianne Schild (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Das Projekt base4kids hat ambitiös als Leuchtturmprojekt begonnen und uns dann ziemlich abrupt auf den Boden der Tatsachen geholt. Die Stadt Bern verfügte weder über das nötige Know-how, noch die Fähigkeiten oder über genügend Ressourcen für ein solches Leuchtturmprojekt. Dies führte unter anderem dazu, dass man dem Auftragnehmer Abraxas zu viel Verantwortung übergeben musste, die eigentlich das Projektteam als Ganzes hätte tragen müssen. Ein funktionales Team, wirklich ein Team, bestehend aus Product Ownern, Entwicklern und User-Vertreterinnen und wie diese Rollen alle heissen, konnte so gar nie entstehen. Das Projektmanagement bei IT-Projekten in der Stadt Bern macht keine gute Figur, wohl wissend, dass IT-Projekte schwierige Projekte sind und dass man auch einmal scheitern darf. Wenn ein rein internes Projekt schiefeht, ist das weniger gravierend, als wenn der Berufs- und Bildungsalltag von Schulen und Kindern, der dringend vereinfacht werden sollte, betroffen ist. Das stellt einen grossen Teil der Tragik in dieser Geschichte dar. Man tut häufig so, als wäre die IT eine exakte Wissenschaft und als wären IT-Projekte deshalb mit genügend Logik und Ressourcen einigermaßen zu handhaben. Das ist aber nicht der Fall, wie meine Erfahrung zeigt. Es braucht sehr viel Aufmerksamkeit, Engagement und Commitment über alle eingebundenen und betroffenen Akteure hinweg. Eben ein Team, das zusammenarbeiten will und dies auch tut.

Noch ein anderer Aspekt, der noch nicht erwähnt wurde: Aus meiner persönlichen beruflichen Erfahrung heraus behaupte ich, dass die Vorgaben und Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens für IT-Beschaffungen aktuell nicht geeignet sind. Ich habe eine Zeit lang in einer Web-Agentur gearbeitet und wir haben uns jeweils sehr gut überlegt, für welche Ausschreibungen wir eine Eingabe machen oder nicht. Ärger haben wir immer dann erwartet – und das ist die Regel bei öffentlichen Beschaffungen – wenn man für einen fixen Lieferumgang, also einen fixen Katalog an Funktionen, einen fixen Preis versprechen musste, obwohl man zum Zeitpunkt der Eingabe der Offerte nicht weiss, wie viel Aufwand die Entwicklung benötigen wird, da es sich um eine Schätzung handelt. Das führt dazu, dass viele Lieferanten vorgängig ausscheiden, weil sie nicht bereit sind, als Lieferantin das gesamte Risiko allein zu tragen. Das ist nicht nur für den Lieferanten ein Problem, sondern auch für den Besteller, für den es schwierig wird, flexibel zu sein. Es wird also schwierig, Funktionen, an die man am Anfang nicht gedacht hat, aufzunehmen und andere zu depriorisieren. Das ist aber gerade die Realität in Digitalisierungsprojekten. Ob mit Open Source Software gearbeitet wird oder nicht, spielt dabei keine Rolle, das ist immer wahr. Das öffentliche Beschaffungswesen bläht meiner Erfahrung nach Projekte tendenziell auf, verhindert Flexibilität und Spielraum für das Projektteam sowie kreatives Schaffen. Ein IT-Projekt ist immer auch ein kreativer Akt und kein rein digitaler, der sich zwischen 0 und 1 abspielt. Es müsste das Ziel sein, dass ein IT-Projekt produktiv und kreativ sein kann und dass man als Team auf die User eingehen und flexibel auf ihre Bedürfnisse reagieren kann, indem man klein beginnt und sich nach und nach steigern kann.

Wir sind froh, dass die Schulinformatik einigermaßen auf Kurs ist. Denn die nächste grosse Herausforderung ist mit der Aufnahme von geflüchteten Kindern bereits da und gewaltig. Auch wir als Legislative haben unseren Beitrag dazu zu leisten, dass IT-Projekte zukünftig besser funktionieren. Wir danken für die Berichte und hoffen, dass wir in der Stadtverwaltung bald

noch mehr Früchte der Digitalisierung ernten können und den Leuten das Leben einfacher und nicht schwieriger machen.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Drei voneinander unabhängig erstellte Berichte kommen zum fast identischen, vernichtenden Fazit. Der eigentliche Zweck des Projekts, namentlich den Schülerinnen und Schülern und der Lehrerschaft eine Plattform zur Verfügung zu stellen, wurde nicht erfüllt. Für dieses Versagen führen die Berichte eine lange Liste von groben Management- respektive Projektführungsfehlern auf, die kaskadenartig aufeinander aufgebaut sind. Ich werde diese nicht wiederholen, da sie in den Berichten ausführlich beschrieben und von meinen Vorrednerinnen bereits aufgezählt wurden. Sehr spät, erst nach Vorliegen des Mabuco-Berichts, haben die beiden anderen betroffenen Direktionsvorsteher eingegriffen und sich gekümmert, wobei der Lead weiterhin klar bei der BSS lag. Seither agiert man im Bezug auf base4kids mit mehr Augenmass und Fokus auf das Wesentliche, nämlich auf eine funktionierende Plattform. Weil die Übernahme einer Mitverantwortung so spät erfolgt ist, ist es folgerichtig und konsequent, dass der Gemeinderat nun gemeinsam Verantwortung für dieses Scheitern übernimmt. Damit verantwortet er aber auch eine Kommunikation, die das Nichtfunktionieren immer wieder auf andere abgeschoben hat, namentlich auf die falsche Beratung durch Externe, auf das Unvermögen der Lehrerschaft, auf den Willen des Parlaments, auf den Auftragnehmer Abraxas, anstatt proaktiv eigene Fehler einzugestehen und lösungsorientiert zu kommunizieren.

Die Ursache dieses Scherbenhaufens war der Anspruch, innert kürzester Frist eine innovative, in der Schweiz noch nie dagewesene Schulinformatikplattform eigenständig zu entwickeln, ohne dass verwaltungsintern die nötigen Kompetenzen und Ressourcen vorhanden gewesen wären. Das Bedürfnis, ein innovatives Leuchtturmprojekt zu erstellen, wurde von entsprechenden Voten im Parlament abgeleitet und damit gerechtfertigt. Mit diesen hohen Ansprüchen hat das Projekt obsiegt, das aufgrund der Wahl einer Open Source-Technologie eine Zusammenarbeit und ein Lernen aus Best Cases anderer Städte verunmöglichte. Gleichzeitig hat man sich auf diese Weise auch in hohem Masse vom Auftragnehmer abhängig gemacht. Alle Berichte kommen zum Schluss, dass innerhalb der Verwaltung formaljuristisch alles korrekt gehandhabt worden sei, aber in Bezug auf die Zweck- und Verhältnismässigkeit des verwaltungsinternen Handelns grobe Fehler passiert seien. Das ist aufgrund der hohen Geldsumme und vor allem aufgrund der grossen Anzahl von betroffenen Bürger*innen - Lehrer und Elternschaft sowie Schüler*innen – von hoher Relevanz. Die hohen Kosten und die grosse Anzahl betroffener Mitbürger*innen und derer Kinder haben das Projekt schlicht und einfach «too big to fail» gemacht. Deshalb bleibt uns auch jetzt nichts anderes mehr übrig, als auf dem Vorhandenen aufzubauen und zu retten, was noch zu retten ist. Die Flucht nach vorne – die meine Vorrednerin Bettina Jans-Troxler bereits angesprochen hat – geht weiter. Man bleibt dran. Die Berichte listen eine Anzahl an Handlungsempfehlungen an die Verwaltung und die Exekutive auf. Die Empfehlungen muten teilweise lapidar an, wie etwa der Hinweis, dass korrekte Protokolle erstellt werden müssen. Das sollte selbstverständlich sein. Die Fraktion GFL/EVP schliesst sich diesen Empfehlungen vollumfänglich an. Es obliegt nun der SBK, die die Weiterentwicklung des Projekts eng begleiten wird, darauf zu achten, dass diese Empfehlungen auch umgesetzt werden.

Ergänzend zu den Voten meiner Vorrednerinnen möchte ich im Namen der GFL/EVP-Fraktion aber auch noch auf die Rolle des Stadtrats in dieser Angelegenheit eingehen. Es ist die Aufgabe der Exekutive, zweck- und verhältnismässig mit Steuergeldern umzugehen, im Speziellen bei einem elementaren Projekt wie der Zurverfügungstellung von Lerninstrumenten für den obligatorischen Schulunterricht. An erster Stelle muss hier das Funktionieren stehen, alles andere ist zweitrangig. Es hat keinen Platz für risikobehaftete Experimente, zumal die «Versuchskaninchen» nicht gefragt wurden, ob sie sich zur Verfügung stellen möchten. Die Tatsa-

che, dass der Eindruck entstand, dass sei anders und hier könne experimentiert werden, ist eine Folge des Klimas im Stadtrat. Nicht nur bei diesem Geschäft besteht die Tendenz, auf Sachgeschäfte noch allerlei Extras und «Nice to haves» draufzupacken, als könnten wir von Bern aus die Welt retten. Ein bisschen mehr Bescheidenheit und Augenmass wäre diesbezüglich von Nöten, angepasst an die Möglichkeiten einer mittelgrossen Stadt in einem kleinen Land. Der Stadtrat sollte in verabschiedeten Beschlüssen zuhanden des Gemeinderats auch immer die Machbarkeit und Umsetzbarkeit auf den Grundlagen der in der eigenen Verwaltung vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen vor Augen haben sowie bereit sein, einen gewissen Pragmatismus an den Tag zu legen und ideologische Abstriche zu machen. Bei der Initiierung und Realisierung von Ideen muss auch der Stadtrat den Zweck in Bezug auf die Bürger*innen der Stadt Bern an die vorderste Stelle stellen und die Verhältnismässigkeit von anderen Interessen muss daran gemessen werden. Das heisst nicht, dass wir als rot-grüne Stadt keine Experimente wagen sollen, im Gegenteil! Aber es muss immer im Rahmen der Verhältnis- und Zweckmässigkeit passieren.

Claudine Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Für die Fraktion FDP/JF sind Bildung und digitale Transformation zwei zentrale Themen. Die Kinder sollen an den Schulen in der Stadt Bern digitale Kompetenzen erlernen, damit sie bestmöglich für die Zukunft gewappnet sind. Dass gerade in diesem Projekt so viel schief lief, ist daher umso verheerender. Die Berichte zeigen krasse Versäumnisse seitens der Verwaltung auf. Wir reden hier von Grundwissen, das man im ersten KV-Jahr lernt, beispielsweise wie ein Protokoll erstellt wird. Scheinbar muss dies beim Schulamt in einer Weiterbildung noch erlernt werden. Noch viel stossender aber ist die politisch-strategische Führung. Der Chef oder die Chefin muss führen und bestimmen, wie ein Protokoll erstellt werden muss, dieses dann gegenlesen und absegnen. Leider ist auch das im Projekt base4kids nicht geschehen, da gar nicht bekannt war, wer die Steuerungsausschüsse leitet. Die Aussage, dass man das jetzt besser machen will, lässt uns perplex zurück. Hoffentlich, denn das ist eine Selbstverständlichkeit. Die städtische Verwaltung ist den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gegenüber verpflichtet, diese Arbeiten so professionell wie möglich zu machen. Ich bin mir bewusst, dass diese Aussage nach FDP-Manier tönt, aber in der Privatwirtschaft wären solche Fehler Kündigungsgründe. Auch die Aussage von Gemeinderätin Franziska Teuscher unter anderem im Bernerbär, dass Fehler gemacht wurden, aber dass Baustellen eine gute Sache seien, macht uns sprachlos. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er hinsteht, Fehler klar benennt, Verantwortung übernimmt und den finanziellen Schaden nicht kleinredet, indem er sagt, dass es stets kompliziert sei mit IT-Projekten.

Es hat sich niemand in der Verwaltung für das Projekt base4kids verantwortlich gefühlt. Im Gegenteil. Als es begann, schiefzulaufen, wollte man sich die heisse Kartoffel weitergeben. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er in Zukunft solche Projekte gut aufgleist – was eine Selbstverständlichkeit ist –, dass die internen Ressourcen vorhanden sind und dass sich der Gemeinderat nicht vom Schein angeblich innovativer Projekte blenden lässt. Eine Portion mehr Bescheidenheit würde dem Gemeinderat gut anstehen. Man muss sich ehrlich überlegen, wie Projekte aufgleist werden und ob man diese stemmen kann. Denn immer nur in Baustellen zu leben, macht keinen Spass.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Sehr vieles wurde bereits gesagt, auch die Mitte-Fraktion hat bereits sehr viel Kritik am Projekt geübt. In den Grundzügen sind wir uns alle einig. Diese Woche habe ich mir die gesamten 160 Seiten des einen Berichts, 30 Seiten des anderen Berichts sowie zusätzliche Stellungnahmen zu Gemüte geführt. Es gibt einige Dinge, die bei mir immer noch Fragen aufwerfen, die vielleicht im Anschluss von Gemeinderätin Franziska Teuscher beantwortet werden können. Das Schlüsselement des Ganzen ist die

totale Überraschung, dass der Roll-out im Herbst 2019 ein Fiasko war und plötzlich alle alarmiert waren. Es brach ein grosses Entsetzen aus und man versuchte, zu agieren. Man muss den Beteiligten zugutehalten – man darf auch einmal etwas Positives sagen –, dass rasch gehandelt wurde. Meine Frage bleibt, was zwischen Sommer 2018 und Oktober und November 2019 schief lief und warum niemand merkte, dass das gigantische Riesenprojekt aus dem Ruder gelaufen war. Der wichtigste Punkt ist effektiv dieser, dass man im Steuerungsausschuss den Anbieter mit drin hatte und dieser auch stimmberechtigt war. Es waren immer fünf Personen, so dass der Anbieter in Stichentscheiden immer alles kippen konnte. Wo ist es möglich, dass eine Person selbst über ihr Geschäft abstimmen kann? Der Anbieter konnte sich auf diese Weise immer wieder Aufschub gewähren, sich mehr Geld zuschiessen und alle beruhigen.

Die Vertreter des Schulamts sind keine IT-Fachpersonen, das ist mir klar. Aber wie konnte man ein solches Projekt lancieren, ohne die nötige Fachkompetenz in diesem Steuerungsausschuss zu haben, und es dann noch in Ordnung finden, dass derjenige, der bezahlt wird, darin Einsitz nimmt und immer wieder beruhigt und Zeit schindet? Das geht nicht an. Deshalb meine Frage: Warum hat es keinen Einsetzungsbeschluss gegeben? Oder hat es einen gegeben und, wenn ja, wer hat dazu seine Zustimmung gegeben? In den Protokollen ist festgehalten, dass Franziska Teuscher die Besetzung des Steuerungsausschusses für richtig hielt und sie sicherlich früher aktiv geworden wäre, wenn sie dies für nötig gehalten hätte. Offenbar hat sie es nicht für nötig gehalten und das ist meiner Meinung nach ein Zeichen dafür, dass es nicht an sie herangetragen wurde. Somit liegt der Fehler darin, dass das Projekt am Jour fixe von der Leiterin des Schulamtes, Irene Hänsenberger, als normal eingestuft wurde. Weshalb hat Franziska Teuscher diese Fragen nicht proaktiv von sich aus gestellt? Aus meiner Sicht liegt der Hund in der Zeitperiode zwischen 2018 und 2019 begraben. 2018 wurde der Herr von Abraxas in den Steuerungsausschuss gewählt. 2019 wurde dann endlich gehandelt.

Was die Führung betrifft, lief es strategisch-politisch absolut falsch. Wie von meiner Vorrednerin betont wurde, darf die Rolle des Stadtrats in dieser Sache nicht ausser Acht gelassen werden. Dass man auf eine Open Source-Lösung gesetzt hat, ist aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar. Natürlich kann nun im Nachhinein in allen Berichten gesagt werden, es sei kein Zwang gewesen, den Open Source-Anbieter zu favorisieren. Aber es war eine starke politische Gewichtung vorhanden. Diesbezüglich muss sich der Stadtrat bei der Nase nehmen und künftig auf solche ideologischen Experimente verzichten und sich aus fachlichen Diskussionen heraushalten. Ich möchte darauf hinweisen, dass bei der Abstimmung über den Kredit von den 6 Enthaltungen effektiv 5 Stimmen von der Mitte-Fraktion kamen, die sich als einzige Fraktion bereits damals gegen die Open Source-Lösung gestellt hat.

Zusammengefasst sind die Hauptprobleme meiner Meinung nach der fehlende Einsetzungsbeschluss und die Verletzung des Pflichtenhefts der gemeinderätlichen Ausstandspflicht. Durch diesen Entscheid hat man sich komplett vom Anbieter abhängig gemacht, der sowieso bereits alle Fäden in der Hand hielt, weil er selbst der einzige Entwickler dieser Lösung war. Dass das Ganze zu Lasten der Schüler und Lehrer ging und in einem gigantischen finanziellen Fiasko endete, darauf möchte ich nicht nochmals eingehen. Ich möchte mich abschliessend bei der AK für ihre herausragende Arbeit bedanken.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion SVP: Ein IT-Projekt ist stets eine schwierige Sache. Man hat eine schwierige Ausgangslage, man weiss nicht genau, wie es herauskommen wird. Es wird auch in Zukunft nicht einfacher werden, wenn IT-Projekte aufgegleist werden müssen. Als Vizepräsident der Schulkommission Bethlehem wurde ich 2019 das erste Mal damit konfrontiert, dass das Projekt nicht lief und Lehrer und Schüler darunter litten. Ich hatte in meinem Schulkreis mit Lehrern Kontakt, die mir sogar sagten, dass sie sich selbst einen Drucker und eigene Hard- und Software gekauft hätten, damit sie einigermaßen arbeiten konnten.

Schlussendlich braucht ein grosses Projekt – Kostenpunkt: Über 24 Mio. Franken – Führung. Die Führungsverantwortung liegt nun einmal beim Gemeinderat. Dennoch ist der Gemeinderat nicht allein damit. Es gibt verschiedene Mosaiksteinchen in diesem Projekt, die nicht zusammengepasst haben. Verschiedene Leute in der Projektleitung haben die Verantwortung nicht wahrgenommen. In Zukunft muss darauf geachtet werden, dass solche Projekte geführt, konsequent kommandiert und engmaschiger kontrolliert werden. Die zwei vorliegenden Berichte haben das Ergebnis geliefert, dass vieles in diesem Projekt schief lief und es wichtig ist, für die Zukunft Lehren daraus zu ziehen. Es sind viele Fehler passiert und wir dürfen genau so viele Lehren aus diesem IT-Projekt ziehen. Die SVP-Fraktion wünscht sich, dass man für IT-Projekte mit Steuergeldern sehr gezielt umgeht und die Führungsverantwortung in Zukunft wahrnimmt. Führung hat in diesem Projekt wortwörtlich gefehlt und ich hoffe, dass sie in Zukunft in den verschiedenen IT-Projekten wahrgenommen wird.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir sprechen heute über die Berichte zum Projekt base4kids, die alle zu einem ähnlichen Schluss gekommen sind. Base4kids2 war, gemessen an den vorhandenen Ressourcen sowie dem Wissen in der Verwaltung, zu ambitioniert. Bereits vor 1,5 Jahren wurde dies im Mabuco-Bericht geschrieben. Seither ist dank diesem Bericht bereits vieles passiert, projektbezogene Lehren wurden gezogen und technische Anpassungen vorgenommen. Die Fraktion GB/JA! ist sehr froh darüber, dass die AK letzten Herbst und Winter eine Untersuchung eingeleitet hat und vom Gemeinderat zusätzlich der Bericht Friederich in Auftrag gegeben wurde. So konnten die verwaltungsinternen Vorgänge von verschiedenen Seiten unter die Lupe genommen werden, was speziell bei einem grossen Projekt sehr wichtig und richtig ist. Die Berichte sind trotz unterschiedlicher Perspektiven zu ähnlichen Schlüssen gekommen. Juristisch seien keine Fehler gemacht worden, aber das Projekt war – wie eingangs erwähnt – zu gross und zu ambitioniert, als dass es von der Verwaltung allein hätte gestemmt werden können. Gerade bei den Ressourcen spielte der steigende Spardruck sicherlich auch eine Rolle gespielt und trug so dazu bei, dass das Projekt eine schlechte Qualität aufwies. Wir begrüssen es sehr, dass der Gemeinderat bereits nach dem Mabuco-Bericht die Weichen umgehend neu stellte, damit das Projekt überhaupt weitergeführt werden konnte. Das ist gelungen, was bei grossen IT-Projekten nicht selbstverständlich ist. Base4kids2 ist nicht das erste IT-Projekt, das in Schieflage geraten ist. Das neuste Beispiel ist das Debakel um die gescheiterte Einführung der Schulverwaltungssoftware Educase in Luzern. Der Kanton Luzern ist nach einer Investition von einer Million Franken diesen März aus dem Projekt ausgestiegen und muss auf das alte System zurückgreifen. Ähnlich schief lief es bei der neuen Software für die Einwohnerkontrolle im Kanton Zug. Dort hat der Kanton sieben Jahre lang an einer Lösung gearbeitet und drei Millionen Franken ausgegeben, um schliesslich nichts zu haben. Auch dieses Projekt wurde vor der Einführung abgebrochen. Auch beim neuen IT-System NeVo/Rialto für die Kantonspolizei Bern, die Staatsanwaltschaft und die Swisscom hapert es bei der Implementierung gewaltig. Erstens hat das Projekt bereits heute grosse Verspätung und zweitens beträgt die Preissteigerung bereits ungefähr 50% des ursprünglichen Preises. Wenn man diese Beispiele betrachtet, kann man sagen, dass wir mit einem hellblauen Auge davongekommen sind. Bei den erwähnten Projekten wurde viel Geld für keine oder ungenügende Resultate ausgegeben. Aber Mehrkosten von 10% zum Reparieren und Anpassen von Nötigem, wie es bei base4kids gemacht wurde, ist bei Informatikprojekten gang und gäbe, aus Gründen, wie sie uns von Marianne Schild vorgängig erläutert wurden. 10% Mehrkosten haben nichts mit einem Scheitern des Projekts zu tun, da dieses Geld dem Projekt erfolgreich zu Stabilität und Funktionalität verholfen hat. In Bern wurde hingeschaut, deshalb sind wir glücklicherweise nicht am Punkt, an dem die vorher erwähnten Projekte stehen. Uns sind im Speziellen die Empfehlungen aus dem AK-Bericht und dem Bericht Friederich sehr wichtig, die wir dem Gemeinderat mitgeben möchten. Direktionsinterne

und -übergreifende Projekte müssen besser abgestimmt werden und im Allgemeinen müssen das Know-how bezüglich der Leitung von Grossprojekten ausgebaut und der Austausch gefördert werden.

Ja, es ist vieles schiefgelaufen und es ist sehr wichtig, dies politisch und medial zu diskutieren, was auch ausführlich gemacht wurde. Aktuell funktioniert base4kids2 trotz grossen Startschwierigkeiten gut. Die berechtigte Kritik hat zu Abgleichungen, Verbesserungen und positiven Veränderungen geführt. Genau von hier aus müssen wir weitergehen. Wir haben eine funktionierende Schulinformatikplattform, die ausbaufähig ist. Genau das, was wir Lehrpersonen brauchen. Meine Schülerinnen und Schüler und ich arbeiten täglich mit dieser Plattform und merken glücklicherweise praktisch nichts mehr von den früheren Problemen. Obwohl durch die bereits seit längerem angepasste Projektstruktur alles auf gutem Weg ist und funktioniert, ist uns vor allem wichtig, dass die Stadtbehörden nun den Fokus auf die Vertrauensbildung an den Schulen legen. Das muss jetzt wie auch längerfristig im Zentrum stehen. Base4kids2 hat nun Open Source-Lösungen sowie proprietäre Software-Anteile, die zusammen funktionieren. Wir bedauern es, dass es in diesem Fall nicht mit einem grösseren Anteil an Open Source Software funktioniert hat, können aber die pragmatische Lösung mit diesem Mix gut nachvollziehen. Trotzdem sehen wir die Zukunft grundsätzlich bei Open Source-Lösungen, gemäss der Open Source-Strategie der Stadt Bern, die besagt, dass sie, wenn immer möglich, proprietären Lösungen vorgezogen werden sollen. Dass Open Source Software durchaus sehr gut funktionieren kann, beweist beispielsweise die Betreuungsgutscheinlösung Ki-Tax – neu kiBon – wie der Antwort des Gemeinderats zur Interfraktionellen Interpellation zum Nachkredit für base4kids zu entnehmen ist. Wir hoffen sehr, dass die Stadt an der Open Source-Strategie festhält und diese in den Vordergrund stellt.

Einzelvotum zu Traktandum 12

Halua Pinto de Magalhães (SP): Wir haben diesen Vorstoss eingereicht, da bei Entscheiden über Softwarelösungen im Service public und in der Verwaltung auch andere politische Dimensionen ins Spiel kommen. In diesem Bereich geht es auch darum, wie wir als Gesellschaft mit digitaler Wissensorganisation und -vermittlung umgehen. Es geht bei diesen Geschäften nicht einzig um technische Infrastruktur, die einfach zur Verfügung gestellt und dann geschaut wird, was passiert. Bekanntlich führt bereits der Umgang mit diesen technischen Geräten dazu, dass Schülerinnen und Schüler Fähigkeiten fürs Leben erwerben. Genau diese Tatsache ist auch den Tech-Giganten wie Microsoft, Google etc. bekannt. Deshalb haben wir bereits im Titel der Interpellation nach den strategischen Konsequenzen gefragt. Leider hat uns unsere langjährige Erfahrung im Stadtrat nicht davor bewahrt, die Fragen so zu stellen, dass man sie wörtlich interpretieren und ihnen somit ausweichen konnte. Wir waren zu naiv. Zum Beispiel wollten wir nicht nur wissen, was die technischen Hintergründe zu den Lock-Ins beinhalten, sondern fragten auch nach dem Umgang mit der Tatsache, dass Lock-Ins eine Komponente von Cyber-Sicherheit beinhalten. Ich muss diesbezüglich etwas richtigstellen: Es wird gesagt, dass Lock-In dasselbe sei wie Abhängigkeit. Der Kern einer Open Source-Lösung ist es, die Unabhängigkeit des Quellcodes zu haben. Dass man anschliessend eine Abhängigkeit hat, um das umzusetzen, und wissen muss, wie damit umgegangen wird, ist selbstverständlich. Wir fordern bereits seit langem, dass die Stadt in diesem Bereich Kompetenzen aufbauen muss.

Zum Datenschutz: Wir vertrauen darauf, dass die Verwaltung dies juristisch korrekt umsetzt. Es verwundert, dass die gratis Datenlieferung an die Big-Data-Forschungsabteilung von Microsoft, auch wenn es in anonymisierter Form geschieht, kein Thema ist. In künftigen Debatten werden wir über solche Aspekte weiter diskutieren können, weil dies fundamental ist.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.08.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

13.08.2022

X 

Signiert von: Christine Otis (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim
 Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Katharina Altas
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Tom Berger
 Diego Bigger
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 Regula Bühlmann
 Eva Chen
 Nicole Cornu
 Dolores Dana
 Milena Daphinoff
 Sibyl Martha Eigenmann
 Claudine Esseiva
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz

Jelena Filipovic
 Jemima Fischer
 Thomas Fuchs
 Katharina Gallizzi
 Thomas Glauser
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Brigitte Hilty Haller
 Michael Hoekstra
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Eva Krattiger
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Simone Machado
 Salome Mathys
 Matteo Micieli

Szabolcs Mihalyi
 Tanja Miljanovic
 Alina Irene Murano
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Tabea Rai
 Simone Richner
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Rahel Ruch
 Michael Ruefer
 Kurt Rüeggsegger
 Remo Sägesser
 Marianne Schild
 Florence Schmid
 Sara Schmid
 Ursula Stöckli
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Ayse Turgul
 Johannes Wartenweiler
 Janosch Weyermann

Entschuldigt

Nicole Bieri
 Francesca Chukwunyere
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser

Nora Joos
 Barbara Keller
 Nora Krummen

Claudio Righetti
 Judith Schenk
 Marcel Wüthrich

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
 Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Entschuldigt

Marieke Kruit TVS

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
 Marianne Hartmann, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberi

Traktandenliste

Die Traktanden 7 bis 12, 13 bis 17 sowie 18 und 19 werden gemeinsam behandelt.

- Die Traktanden 35, 36 und 37 werden vorgezogen. -

2022.SR.000057

35 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli/Dolores Dana, FDP): Geplanter, zusätzlicher Brunnen in der Rathausgasse

Ursula Stöckli (FDP): Vorab erlaube ich mir folgende Vorbemerkung: Wir schätzen die Arbeit der Denkmalpflege ausserordentlich, sie ist wichtig für unser UNESCO-Weltkulturerbe. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Es soll in der Rathausgasse einen neuen Brunnen geben. Wir haben daher nachgefragt. Bis 1930 war dort schon einmal ein Brunnen. Früher wurden die Brunnen in den Gassen tatsächlich gebraucht. Ungefähr 1930 wurde der Brunnen wegen des Automobilverkehrs entfernt. Er ist nicht mehr auffindbar. Die Denkmalpflege möchte nun einen neuen, gassenfremden Brunnen in die Rathausgasse stellen. Dies ist aus unserer Sicht nicht zeitgemäss. Heute hat es in der Rathausgasse zwar keinen Autoverkehr mehr, aber es sprechen sehr viele andere Faktoren dagegen: Zum einen hat es viele Restaurants mit Aussenbestuhlung, was es früher nicht gab. Heute begrüsst man dies in der Regel als Belebung. Hunderte von Velos im Gegenverkehr beglücken die Rathausgasse. Das Freizeitverhalten hat sich komplett verändert und es hat massiv mehr Leute in den Gassen. Der Brunnen benötigt viel Platz und hat einen grossen Einfluss auf das Gassenleben.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer:* Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ursula Stöckli fährt fort: Ich beeile mich. Die Denkmalpflege darf nicht isoliert, aufgrund von historischen Gegebenheiten, derartige Einschnitte vornehmen. Der Einfluss auf das Gassenleben muss mit den Leisten und den Bewohnern abgeklärt werden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2022.SR.000059

37 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Neues Abfalltrennungssystem in Bern: ist der Gemeinderat bereit wegen der unausgewogenen Abstimmungsbotschaft diese Abstimmung zu wiederholen?

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, mit der ich allerdings überhaupt nicht zufrieden bin. Wenn man in vielen Quartiergassen 36% der Parkplätze aufhebt, geht man weiter als damals bei der Motion Penher, die eine Reduktion der Parkplatzzflächen um 20% verlangt hatte. Wenn der Stimmbürger gewusst hätte, dass die Abfalltrennung derart grosse Konsequenzen hat, hätte er wohl Nein dazu gesagt. Es wurde gesagt, 58% hätten der Abfalltrennung zugestimmt. Ich habe immer gesagt, dass es sich bei den Abstimmungsbüchlein um Lügenbüchlein handelt – genau dies ist hier der Fall. Man hat gewisse Dinge verschwiegen. Die Aufhebung der Parkplätze wäre für die Abstimmung entscheidend gewesen. Auch der Hauseigentümergeverband hat sich bei diesem Geschäft über den Tisch

ziehen lassen, das muss man offen und ehrlich sagen. Nun haben wir die Konsequenzen. Als man bei der Abstimmung zur NEAT sah, was es kostet und welche Konsequenzen es hat, war man von Seiten des Bundesrats – dank der SVP – grosszügig und hat die Abstimmung wiederholt. Vorliegend macht es der von SP und Rot-Grün-Mitte (RGM) dominierte Gemeinderat nicht so. Das finde ich unfair und eine Gemeinheit.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2022.SR.000058

36 Kleine Anfrage Thomas Glauser (SVP) und Alexander Feuz (SVP): Ein Herz für Ukraine-Flüchtlinge

Thomas Glauser (SVP): Ich habe diese Kleine Anfrage aufgrund der momentanen Ausgangslage mit dem Krieg in der Ukraine eingereicht. Flüchtlingsströme kommen zu uns. Auch die SVP begrüsst es, dass wir Kriegsflüchtlinge beherbergen, dass man in der Stadt Bern bereit ist dafür und dass man die Kapazitäten entsprechend überprüft. Mit der Antwort des Gemeinderats bin ich zufrieden. Man hat die Problematik relativ schnell erkannt. Den Medien konnte man aber entnehmen, dass es gerade in Bern zu Anlaufschwierigkeiten gekommen ist.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

- Die Traktanden 7 bis 12 werden gemeinsam behandelt. -

2021.SR.000028

7 Fortsetzung: Untersuchungsbericht der Aufsichtskommission zu base4kids2 inkl. Stellungnahme des Gemeinderats

Fortsetzung: Einzelvoten

Direktorin BSS *Franziska Teuscher:* Ich habe Ihrer Diskussion mit Interesse zugehört und finde es sehr wichtig, dass sich auch der Stadtrat genau und kritisch mit dem Geschäft auseinandersetzt. Erstens wollen wir für andere Projekte die nötigen Lehren ziehen. Zweitens wird uns die Schulinformatikplattform weiterhin beschäftigen, es handelt sich um eine Daueraufgabe für die Stadt. Drittens ist die Schulinformatikplattform bildungs-, finanz- und digitalpolitisch von grösster Bedeutung. Es ist daher wichtig, dass sich die AK und der Gemeinderat damit befasst und Untersuchungen in Auftrag gegeben haben. Die Untersuchungsberichte kommen – zum Glück! – bei den meisten Punkten zu denselben Schlüssen. Sie ergänzen sich gegenseitig.

Es war richtig und zwingend, dass der Gemeinderat im November 2020 seine Führungsverantwortung wahrgenommen und auf meinen Antrag hin einen externen Bericht in Auftrag gegeben hat. Bei diesem Bericht standen primär die juristischen Fragen im Fokus. Heute liegt Ihnen dieser Bericht in Form des Berichts von Rechtsanwalt Friederich vor. Es ist richtig, dass auch die AK ihre Verantwortung wahrgenommen und ihren Bericht aus einer politisch-strategischen Optik heraus verfasst hat, und auch ich danke der AK für ihre grosse Arbeit.

Quasi im Zeitraffer möchte ich kurz auf die Zeit von der Einführung von base4kids2 im Herbst 2019 bis zum November 2020 eingehen. In den Monaten Oktober und November 2019 wurde flächendeckend massive Kritik laut, nachdem wir das Rollout vorgenommen hatten. Es ging um nicht funktionierende Geräte, Tastaturen, Programme und WLAN-Verbindungen, um Druckerprobleme und so weiter – die Kritik umfasste fast alle Bereiche. Wir führten vor Ort Gespräche durch und nahmen dort, wo möglich, Reparaturen vor. Wir schlugen als Plan B die Rückkehr zu base4kids1 vor, um Zeit zu gewinnen und Fehler zu korrigieren. Dies war leider nicht möglich. Im Januar 2020 erhielten wir die Zusicherung der Projektverantwortlichen und der externen Firma, dass die Mängel bis Juni 2020 behoben würden und dass ein Projektabbruch weder nötig noch möglich sei. Im August 2020 war diese Frist verstrichen, aber die Fehler waren immer noch vorhanden. Aus diesem Grund gab die Direktion BSS den Mabuco-Bericht in Auftrag. Gestützt auf die Analyse in diesem Bericht beschloss der Gemeinderat im November 2020, Sofortmassnahmen sowie eine Neustrukturierung vorzunehmen. Zu den Sofortmassnahmen gehörte der Auftrag an Rechtsanwalt Friederich.

Technisch konnten die Mängel und Fehler behoben werden. Wir nahmen bei der Software und der Hardware Korrekturen vor, passten die Projektorganisation an und stockten die stadinterne Ressourcen bei den Informationsdiensten (ID) und beim Schulamt auf. Dies alles erfolgte gewissermassen während des fahrenden Zugs, denn wir wollten die Plattform nicht abstellen. Möglich gemacht haben dies die Projektverantwortlichen, die Schulleiter*innen, die Spezialist*innen Medien und Informatik (SMI) und die Lehrpersonen. Sie alle haben die Neustrukturierung mit grossem Engagement angepackt und haben daran geglaubt. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle nochmals ganz herzlich danken. Mein Fokus liegt aber nicht nur auf der technischen Seite, sondern ganz besonders auch darauf, das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Die mangelhafte Einführung der Plattform hat bei den Schulen grossen Unmut und grosse Verunsicherung ausgelöst. Es fand ein Vertrauensverlust statt, insbesondere gegenüber meiner Direktion, der BSS. Ich bedaure dies ausserordentlich und bin mir bewusst, dass man mit einer Neustrukturierung das Vertrauen nicht ohne weiteres zurückgewinnen kann. Neben einem funktionierenden System braucht es daher vertrauensbildende Massnahmen wie die Lessons Learned, den engen Einbezug der User*innen beim Betrieb und der Weiterentwicklung der Plattform sowie eine stufen- und usergerechte Kommunikation. Dies alles erachte ich primär als meine Hauptaufgabe.

Persönlich habe ich aus diesem Projekt sehr vieles gelernt. Alles dazu kann ich heute – in der mir zur Verfügung stehenden Zeit – nicht ausführen, aber ich möchte auf die wichtigsten Punkte eingehen. Bei der Schulinformatikplattform handelt es sich um eine hochkomplexe und agile Angelegenheit, die eine entsprechende Betriebs- und Projektorganisation erfordert. Diesbezüglich sind wir wohl zu sehr von der alten Projektorganisation von base4kids1 ausgegangen, die gut lief. Wir haben den Quantensprung von base4kids1 zu base4kids2 unterschätzt. Ich und alle involvierten Personen waren zu ehrgeizig. Wir wollten etwas Innovatives und Neues und nicht bloss Durchschnitt. Dies müssen wir in Zukunft im Auge behalten, wenn wir wieder ein Projekt angehen. Wir müssen die Projektorganisation gut auf die Komplexität des Projekts abstimmen und periodisch kritisch überprüfen. Wir wollten ein System, das den Bedürfnissen der Schulen gerecht wird. Auch dies haben wir leider nicht erreicht. Es ist daher wichtig, dass in Zukunft die Priorität der User*innen immer im Zentrum steht, dass die Lösungen praxistauglich und usergerecht sind und dass vor allem auch eine adressatengerechte Kommunikation stattfindet. Die Plattform wieder auf Kurs zu bringen, hat einen Nachkredit von gut 10% des ursprünglichen Gesamtkredits verursacht. Dies ärgert mich natürlich. Ich hätte diese 2,7 Mio. Franken lieber in die Weiterentwicklung von base4kids gesteckt. Aber zum Glück ist es dank dieser Investitionen gelungen, die Plattform wieder auf Kurs zu bringen, sodass sie heute grundsätzlich funktioniert und akzeptiert ist. Zusätzlich konnten wir auch Geräte anschaffen. Aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus muss das Ziel darin bestehen,

bei Digital Stadt Bern (DSB) zentrale Informatikstellen aufzubauen. Zudem wollen wir sowohl bei den ID, als auch in der Direktion BSS inhouse Besetzungen. Soviel zu meinem kurzen persönlichen Rückblick.

Der Gemeinderat hat zu den beiden Berichten und den Empfehlungen schriftlich Stellung genommen, weshalb ich nicht darauf eingehe. Sie können diese Stellungnahmen nachlesen. Ich weiss nicht genau, wie sich die AK und die SBK das Reporting vorstellen. Ich wäre sehr interessiert daran, die AK und die SBK von Seiten des Gemeinderats beispielsweise nach einem Jahr über die Umsetzung der Empfehlungen zu informieren.

Zum aktuellen Stand des Projekts und zu den weiteren Schritten: Die Stellenausschreibungen für die Nachfolge des Product Owners und des Applikationsverantwortlichen waren in einer ersten Runde nicht erfolgreich. Geeignete Kandidat*innen zogen sich letztendlich zurück, dies insbesondere wegen des städtischen Lohnangebots. In diesem Zusammenhang mache ich mir effektiv Sorgen für Projekte, die die Stadt Bern im Bereich Digitalisierung starten will und muss. Wir müssen uns überlegen, wie wir zu guten IT-Fachpersonen für unsere Projekte kommen – einerseits, wie wir sie gewinnen können, und andererseits, was wir dafür tun können, damit sie bei uns bleiben. Für den Betrieb der Plattform ist die Stellenbesetzung aktuell durch ein externes Mandat gewährleistet. Der Gemeinderat hat zudem im Zusammenhang mit dem Release 3 150 000 Franken für den Projektierungskredit beschlossen. Ich kann schon heute sagen, dass vom neustrukturierten base4kids2 zum Release 3 kein erneuter Quantensprung stattfinden wird, sondern eine Evolution – also eine Weiterentwicklung. Zudem ist sicher, dass die Schulleitungen und die Praxis sowie die Anwender*innen – also Lehrpersonen und Schüler*innen – in der Steuerorganisation prominent vertreten sind. Im Übrigen wünsche ich mir, dass auch die Politik mit der bestehenden base4kids-Begleitgruppe der SBK im Sounding Board des Projekts Einsitz nimmt. Damit wir die Digitalisierung in der Stadt Bern vorantreiben können, ist es zudem auch wichtig, dass wir den Pool für Projektleitungen, den auch die AK verlangt, bald besetzen können. Im Moment wird bei der PRD eine Stelle ausgeschrieben. Natürlich wäre es schön, wenn die erste Person, die Einsitz nimmt, den Release 3 von base4kids begleiten könnte.

Meine Absicht und mein Wunsch sind es, dass wir auf dem Weg, den wir nach der Neustrukturierung eingeschlagen haben, weitergehen können, und zwar folgendermassen: Organisatorisch mit einem starkem Einbezug der Praxis und einer Begleitung durch die Politik, technisch mit einer bedürfnisgerechten Weiterentwicklung der Soft- und Hardware, kommunikativ mit regelmässigen, adressatengerechten, inhouse verfassten Informationen und finanziell mit einem engmaschigen Betriebs- und Projektcontrolling.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Was wir nicht diskutieren müssen, ist die Tatsache, dass das Projekt base4kids leider überhaupt nicht rund gelaufen ist. Ja, es sind Fehler passiert, ja, es waren Führungsfehler, und ja, für Führungsfehler ist der Gemeinderat verantwortlich. Wir sind verantwortlich dafür, was in der Stadt läuft und wie es läuft – und wir sind auch verantwortlich dafür, wenn etwas nicht läuft. Ich sage dies, damit es von Anfang an klar ist.

Nach der Einführung der Plattform funktionierte sie nicht so, wie wir uns das vorgestellt hatten. Dies hatte gravierende Auswirkungen auf den Unterricht. Die Kinder hatten keine funktionierende Informatik und die Lehrpersonen mussten einen grossen Mehraufwand betreiben und hatten grossen Ärger. Dies tut uns leid. Wir wollten das nicht und ich möchte dafür um Entschuldigung bitten.

Wenn wir über das Fehlermanagement in der Stadt Bern sprechen, müssen wir zwei Dinge auseinanderhalten: Fehler sollten nicht passieren, aber es ist meine tiefe Überzeugung, dass Fehler trotzdem immer wieder passieren, wenn man arbeitet. Dort, wo gearbeitet wird, passieren Fehler, und wenn man deswegen aufhört zu arbeiten, macht man den grössten Fehler: Man macht nichts mehr. Wenn keine Fehler passieren dürfen, hat man eine Sicherheitskultur,

eine Nullfehlerkultur, und das ist schlecht. Darunter würden wir ebenfalls leiden. Eine Nullfehlerkultur ist ineffizient, innovationsfeindlich und unter dem Strich auch teuer. Ich wiederhole: Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Wichtiger als die Feststellung, dass ein Fehler passiert ist, ist für mich die Frage, wie wir damit umgehen. Am Umgang mit Fehlern zeigt sich, ob die Führung funktioniert oder nicht. Für mich ist klar, dass ich eine Stadtverwaltung will, in der effizient und kreativ gearbeitet wird und in der man innovativ ist. Dafür nehme ich in Kauf, dass ab und zu ein Fehler passiert, auch wenn ich mir nicht wünsche, dass diese Fehler zu so schwerwiegenden Konsequenzen führen wie im vorliegenden Fall. Man könnte auch anders reagieren, wenn ein Fehler passiert: Man könnte die Zügel schleifen lassen, nicht genau hinschauen und alles verwedeln und schönreden. Es gibt ganz viele Strategien, die in solchen Fällen angewandt werden, die aber die Fehler nur verschlimmern.

Wir haben versucht, nicht in diese Falle zu treten. Sobald die Fehler bekannt wurden, hat die Direktion BSS die nötigen Massnahmen ergriffen. Zuerst hat man versucht, das Projekt zu retten. Die BSS hat sofort Gegensteuer gegeben und die Lage sowie das Projekt von der Firma Mabuco GmbH analysieren lassen. Gleichzeitig wurde der Gemeinderat informiert. Zunächst haben wir die Analyse abgewartet, aber als wir den Mabuco-Bericht gelesen hatten, war für uns klar, dass wir handeln mussten. Daher haben wir im Herbst 2020 die erwähnten Sofortmassnahmen umgesetzt und das Projekt neu aufgesetzt. Dies wurde von Ihnen heute Abend auch gewürdigt, wofür ich mich bedanken möchte. Wir haben das Krisenmanagement gestartet und versucht, alles Nötige vorzukehren, damit die Fehler finanziell, personell und juristisch aufgearbeitet werden können. Dafür haben wir den Bericht von Rechtsanwalt Friederich in Auftrag gegeben. Es wurde gefragt, weshalb das notwendig gewesen sei, denn die AK habe ja bereits eine Untersuchung begonnen und einen Bericht erarbeitet. Natürlich war unser eigener Bericht im damaligen Zeitpunkt notwendig. Wir lagen teilweise noch im Streit mit der beauftragten externen Firma und mussten analysieren, was genau passiert war. Es hätte sein können, dass es zu einem gröberen Rechtsstreit gekommen wäre. Dafür mussten wir uns rüsten und wollten präventiv vorgehen, indem wir die Beweise sichern und sofort alles untersuchen liessen, um anschliessend auf einer gesicherten Grundlage weiterfahren zu können. Dass es schlussendlich nicht zu einem grossen Konflikt gekommen ist, liegt auch daran, dass wir gut dafür gerüstet gewesen wären und die weiteren Arbeiten dadurch auch auf einer guten Basis begleiten konnten.

Zur Analyse: Der Fehlstart von base4kids kam zustande, weil das Projekt nicht gut aufgegleist war. Daher kam es zu den erwähnten Mängeln, für die ich mich entschuldigt habe. Die grosse Frage lautet, wie es in Zukunft aussieht. Haben wir etwas gelernt für zukünftige grössere Projekte? Ja, das haben wir. Unsere Lessons Learned sind die folgenden: Erstens planen wir in Projekten ab sofort genügend Zeit ein. Zweitens stellen wir die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung. Drittens stellen wir eine transparente Kommunikation mit allen Anspruchsgruppen sicher. Für all dies haben wir unsere Organisation für Digitalprojekte bereits vor dem Neustart von base4kids komplett umgestellt. Heute setzen wir bei allen künftigen Projekten ein Projektcontrolling sowie ein Risikomanagement ein und stellen das fachliche Knowhow im Projektmanagement sicher. Wir gehen genauso vor, wie wir es Ihnen heute und den Kommissionen schon vorher im Rahmen des Projekts HR4you aufgezeigt haben. Dies ist die neue Art, wie wir Informatikprojekte lancieren. Wir haben die Weichen für die Zukunft gestellt und lassen die Bestellerdirektionen nicht mehr alleine. Sie haben es miterlebt und bei base4kids auch untersucht: Das Schulamt musste die ganze Informatik selber erfinden respektive das Projekt selber konzipieren. Dies hat dazu geführt, dass das Projekt schlussendlich gescheitert ist. Heute sind alle Direktionen in einer neuen Plattform zusammengeschlossen, damit die Bestellerdirektionen Informatikprojekte nicht mehr alleine konzipieren, auslösen und betreuen müssen. Auch die ID sind dadurch im Betrieb solcher grossen Projekte viel weniger alleine gelassen. Alle grossen Informatikprojekte werden heute durch

die Querschnittsarbeitsgruppe DSB bestellt und beaufsichtigt. Alle Direktionen und alle Fachleute aus den Direktionen sind in DSB vertreten. Damit wurde die gesamte Bestellerorganisation der Stadt Bern enorm gestärkt und professionalisiert. Die ID haben jetzt ein Visavis, mit dem sie alle Fragen diskutieren können. Durch die gestärkte Bestellervertretung haben sie einen Sparringpartner erhalten.

Zusammenfassend halte ich fest, dass wir die Fehler von base4kids nicht rückgängig machen können. Aber wir können versuchen, die Fehler in einer guten Art und Weise aufzuarbeiten. Wir stehen ein für diese Fehler und entschuldigen uns dafür. Wir haben die Konsequenzen gezogen, damit solche Fehler nach unserem Ermessen künftig hoffentlich nicht mehr passieren.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom vorliegenden Bericht des Ausschusses der Aufsichtskommission, der von der Kommission am 6. Dezember 2021 genehmigt wurde.

2020.BSS.000102

8 Base4kids2: Schlussbericht über die Ergebnisse der externen Untersuchung, Ueli Friederich, Recht & Governance, Bern inkl. Stellungnahme des Gemeinderats

Diskussion siehe Traktandum 7.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht base4kids2: Schlussbericht über die Ergebnisse der externen Untersuchung, Ueli Friederich, Recht & Governance, Bern inkl. Stellungnahme des Gemeinderats. (10 zustimmend, 0 ablehnend, 58 ohne Wertung) [Namen 013](#)

2020.BSS.000102

9 Projekt Schulinformatik-Plattform base4kids2; Evaluationsbericht

Diskussion siehe Traktandum 7.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Projekt Schulinformatik-Plattform base4kids2; Evaluationsbericht. (10 zustimmend, 0 ablehnend, 57 ohne Wertung) [Namen 014](#)

2019.SR.000325

10 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Verwendung von Open-Source base4kids 2 an Schulen: Fluch oder Segen für die Anwender, die Softwareverantwortlichen und die Steuerzahler?

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2022.SR.000009

- 11 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser (SVP), Simone Machado (GaP), Ruth Altmann (parteilos): Base4Kid2: auch die neuen Projektleiter haben wieder das Handtuch geworfen: Wie geht es weiter? Was will der Gemeinderat unternehmen, um das stark angeschlagene Projekt zu retten? Welche Perspektiven gibt es? Übungsbuch? Schadenersatz Hersteller? Kostenfolgen?**

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2021.SR.000125

- 12 Interfraktionelle Interpellation AL/GaP/PdA, SP/JUSO (Simone Machado, GaP/Halua Pinto de Magalhães, SP): Nachkredit Schulinformatik base4kids2 - Fragen zu den strategischen und datenschutzrelevanten Folgen**

Begründung siehe Traktandum 7.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantinnen Fraktionen AL/GaP/PdA, SP/JUSO sind mit der Antwort nicht zufrieden.

- Die Traktanden 13 bis 17 werden gemeinsam behandelt. -

2021.FPI.000004

- 13 Einführung einer Finanzstrategie für die Stadt Bern**

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt die Finanzstrategie der Stadt Bern zur Kenntnis.
Bern, 9. Juni 2021

Planungserklärung 1 GFL/EVP

Die vier Kennzahlen der Finanzstrategie und deren Zielerreichungsgrad (Abstufungen) sind neu im IAFP auszuweisen. Dabei ist die Periode des vergangenen Jahres, des laufenden Jahres und der vier Planjahre zu berücksichtigen.

Im Anhang des Gemeinderatsvortrags wird die Zielerreichung der Kennzahlen in prozentualen Abstufungen mit den Farben grün, gelb und rot beschrieben. Die Kennzahlen sind neu mit ihrer Zielerreichung gemäss der Abstufung in der Finanzstrategie auszuweisen.

Planungserklärung 2 GFL/EVP

Im Steuerungsinstrument «Bilanzüberschuss / Finanzpolitische Reserve» wird eine explizite Krisenreserve von mindestens 60 Mio. Franken eingerichtet, welche nur zur Bewältigung von

aussergewöhnlichen Krisensituationen (d.h. nicht zur Bewältigung einer gewöhnlichen Konjunkturbaisse) dient.

Planungserklärung 3 GB/JA!

Übergeordnet: Die Steuerungsinstrumente und strategischen Ziele sollen inhaltlich hergeleitet und begründet werden. Es ist auch anzuzeigen, welche Folgen ein Nichteinhalten der Ziele haben könnte.

Planungserklärung 4 GB/JA!

Erstes Steuerungsinstrument: Ergebnis der Erfolgsrechnung

Das strategische Ziel soll folgendermassen ergänzt werden: «Das **operative Ergebnis** (Ergebnis vor ausserordentlichen Posten) der mehrstufigen Erfolgsrechnung muss in konjunkturrell guten Phasen über einen Zeitraum von sechs Jahren (vier Jahre Rechnung, ein Jahr Budget, ein Jahr Planung) **mindestens ausgeglichen** sein.»

Sprecherin FSU *Florence Schmid* (JF): Diejenigen von Ihnen, die – wie ich – schon einmal das Privileg hatten, auf dem Meer segeln zu dürfen und eines dieser grossen Steuer in beiden Händen zu halten, wissen, dass es nicht einfach ist, ein Segelschiff zu steuern. Je grösser und schwerer das Schiff ist, desto weniger erträgt es ruckartige Bewegungen. Man lernt daher, dass man das Schiff nur dann sicher steuern kann, wenn man immer den Horizont im Blick hat und die Reise zum Vornherein mit der Karte strategisch plant, damit man weiss, welche Koordinaten wann angesteuert werden müssen, wo die gefährlichen Sandbänke liegen und an welchen kleinen Inseln man besser nicht vorbeifährt.

Auch die Stadt Bern ist wuchtig, da milliardenschwer. Es ist für ihre finanzpolitische Sicherheit daher elementar, dass sie – zum ersten Mal überhaupt – eine Finanzstrategie erhält. Dass als Titelbild der Finanzstrategie ein Kompass gewählt wurde, ist sehr passend. Die Finanzstrategie soll nämlich der Wegweiser für die Steuerung des Finanzhaushalts sein. Das Ziel ist, einen nachhaltigen Finanzhaushalt zu erreichen, damit auch unsere Kinder und Kindeskiner ihre Stadt Bern frei entwickeln können und nicht nur unsere gemachten Schulden abzahlen müssen. Der Kompass unserer Finanzstrategie orientiert sich nicht nur an einer Richtung – Norden – sondern an drei Richtungen. Diese drei Richtungen werden als Steuerbereiche bezeichnet. Wenn alle Steuerbereiche in die richtige Richtung zeigen, sind die Ziele der Finanzstrategie erfüllt und der städtische Finanzhaushalt entwickelt sich nachhaltig.

Damit ich Ihnen die Steuerbereiche mündlich einfacher erklären kann, gebe ich ihnen eine Farbe. Um die Richtung der Steuerbereiche kontrollieren zu können, gibt es vier Steuerungsinstrumente. Nachfolgend stelle ich ihnen diese Steuerbereiche und Steuerungsinstrumente vor: Der Steuerbereich Rot ist die Erfolgsrechnung. Das Instrument, um zu kontrollieren, ob die Richtung der Erfolgsrechnung stimmt, ist deren Ergebnis. Für diejenigen, die keine Finanzfachpersonen sind: In der Erfolgsrechnung werden die Erträge addiert und die Aufwände abgezogen. Für die Stadt Bern heisst dies: Die Steuererträge und die Erträge aus Gebühren werden addiert, davon abgezogen wird unsere Spesenentschädigung für den heutigen Abend. Wenn die Subtraktion der Aufwände von den Erträgen ein Plus ergibt, ist das Ergebnis der Erfolgsrechnung ein Überschuss. Wenn die Stadt Bern hingegen mehr ausgibt, als sie einnimmt, ist das Ergebnis der Erfolgsrechnung ein Defizit. Der Steuerbereich Rot gibt vor, dass das Ergebnis der Erfolgsrechnung über einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren ausgeglichen sein muss. Mit anderen Worten: Über einen Zeitraum von sechs Jahren gesehen darf die Stadt Bern nicht mehr ausgeben, als dass sie einnimmt – andernfalls müssten Korrekturmassnahmen eingeleitet werden. Der Zeitraum von sechs Jahren wurde gewählt, damit die Strategie eine Legislatur überdauert. Zudem können konjunkturelle Wellenbewe-

gungen über einen Zeitraum von sechs Jahren geglättet und Krisensituationen ausgeglichen werden.

Der nächste Steuerbereich – der Steuerbereich Blau – betrifft die Investitionen. Das Steuerungsinstrument dafür ist die Kennzahl Selbstfinanzierung. Vereinfacht formuliert zeigt der sogenannte Selbstfinanzierungsgrad auf, wieviel Prozent der Investitionen – beispielsweise in Schulen – durch den laufenden Ertrag gedeckt werden können. Vergleicht man dies mit einem privaten Haushalt, müsste man sich dort beispielsweise Folgendes fragen: Ich kaufe mir eine neue Kaffeemaschine. Kann ich mir diese mit meinem Freibetrag des Monatslohns leisten oder muss ich sie bei Media Markt auf Kredit kaufen? Wenn ich meine Kaffeemaschine auf Kredit kaufen muss, wäre mein Selbstfinanzierungsgrad unter 100%. Wenn der Selbstfinanzierungsgrad weniger als 100% beträgt, steigt die Verschuldung der Stadt also an. Mit dem Steuerbereich Blau wird angestrebt, dass die Verschuldung nicht weiter ansteigt respektive dass der Selbstfinanzierungsgrad 100% beträgt. Der massgebliche Zeitraum für diese Rechnung sind wiederum sechs Jahre, aufgeteilt in vier vergangene Rechnungsjahre – heute wären dies die Jahre 2021 bis und mit 2017 –, ein Budgetjahr, also 2022, und ein Planungsjahr, 2023.

Der letzte Steuerbereich – der Steuerbereich Gelb – betrifft die Kapitalstruktur und die Verschuldung. Für diesen Steuerbereich gibt es zwei Steuerungsinstrumente. Das eine ist der Bilanzüberschuss. Wenn Sie meinen Ausführungen bis hierhin gefolgt sind, erinnern Sie sich, dass die Erfolgsrechnung entweder mit einem Überschuss oder mit einem Defizit abschliesst. Das Ergebnis der Erfolgsrechnung wird jeweils im Eigenkapital der Bilanz erfasst. Der Überschuss der Erfolgsrechnung lässt das Eigenkapital ansteigen, ein Defizit vermindert es hingegen. Mit dem Steuerungsinstrument Bilanzüberschuss soll sichergestellt werden, dass dieser sich in konjunkturell guten Zeiten in einer Bandbreite von 120 Mio. bis 180 Mio. Franken bewegt. Ein zu hoher Bilanzüberschuss würde politisch nicht goutiert, da nicht die heutigen Generationen die Steuern von morgen bezahlen sollen. Umgekehrt sollen aber auch nicht künftige Generationen die Schulden und damit die Steuern von heute bezahlen. Gerade dies ist aber das gegenwärtige Problem. Das zweite Steuerungsinstrument des Steuerbereichs Gelb ist der Bruttoverschuldungsanteil. Mit dieser Kennzahl wird gemessen, wieviel Prozent der Schulden dem laufenden Ertrag entsprechen. Um dies wiederum mit einem Privathaushalt zu vergleichen: Nehmen wir an, jemand hat ein jährliches Einkommen von 100 000 Franken und eine Hypothek in der Höhe von 1 Mio. Franken für sein Haus. Sein Bruttoverschuldungsanteil ist 100%. In der Finanzstrategie wird vorgesehen, dass der Bruttoverschuldungsanteil maximal 140% betragen darf. Falls Sie der Meinung sind, man messe beim Bruttoverschuldungsanteil dasselbe wie beim Selbstfinanzierungsgrad, muss ich Ihnen sagen, dass das nicht stimmt. Beim Selbstfinanzierungsgrad wird gemessen, ob die Verschuldung weiter ansteigt, während beim Bruttoverschuldungsanteil statisch gemessen wird, wie abhängig oder unabhängig die Stadt Bern von Gläubiger*innen ist.

In der FSU wurde die Finanzstrategie mehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen, niemand sprach sich dagegen aus. Es wurde gerühmt, dass sie kurz und präzise gehalten sei. In Frage gestellt wurde teilweise, dass die Berechnungsperiode zu sehr in die Vergangenheit und zu wenig prospektiv ausgerichtet sei. Weiter wurde kritisiert, dass die Strategie keine Konsequenzen aufzeige für den Fall, dass sie nicht eingehalten würde. Eine Mehrheit der FSU beantragt dem Stadtrat, die Finanzstrategie positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Motionärin *Vivianne Esseiva* (FDP) zu Traktandum 15: Weshalb braucht es vorliegend noch eine Motion? Wir haben ja soeben von Florence Schmid gehört, dass es jetzt eine Finanzstrategie gibt. Die vorliegende Motion wurde natürlich vorher geschrieben, bevor wir wussten, dass es eine solche Strategie geben wird. Nichtsdestotrotz halten wir an der Motion fest und finden sie sehr wichtig. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, ist der Finanzhaus-

halt einer Stadt in der Grösse von Bern eine komplexe und anspruchsvolle Angelegenheit. Ja, mit dem Finanziellen Steuerungs- und Berichterstattungssystem (FISBE) und mit dem Projekt Neue Stadtverwaltung Bern 2022 (NSB22) wird sehr viel gemacht, damit wir als Milizparlament bessere Steuerungsmöglichkeiten haben, mehr Einsicht erhalten, vielleicht auch das Knowhow etwas besser aufbauen können und ein besseres Gespür für das Ganze erhalten. Ein Beispiel dafür ist die neue Finanzkommission, die es ab nächstem Jahr geben wird.

Trotzdem halten wir an der vorliegenden Motion fest, denn es geht um einen weiteren Schritt. Eine Finanzstrategie ist wichtig und gut, aber es handelt sich auch um viele schöne Worte. Was geschieht, wenn die Strategie nicht eingehalten werden kann? Wir möchten mit unserer Motion etwas Verbindlicheres schaffen. Nur wenn wir die Finanzen im Griff haben, können wir als Stadt die wichtigen Aufgaben, die wir haben, wahrnehmen, unsere bestehende Infrastruktur pflegen und neue Investitionen tätigen – und dies aus eigener Kraft und nicht auf dem Buckel der zukünftigen Generation oder indem wir unsere finanzielle Unabhängigkeit verlieren, weil uns der Kanton vorschreibt, wo wir unser Geld ausgeben müssen. Aus diesen Gründen verlangen wir in Punkt 1, dass der Stadtrat kein defizitäres Budget verabschieden kann respektive dass dies nur dann möglich wäre, wenn drei Viertel aller Stadtratsmitglieder zustimmen würden. Nein, dies ist keine Geringschätzung des Stimmvolks, sondern wir sind als Parlament gefordert, der Stimmbevölkerung ein Budget vorzulegen, das auch langfristig, für die zukünftigen Generationen, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt ermöglicht.

Bei Punkt 2 geht es um den Finanzierungsgrad der Investitionen, die wir selber stemmen können. Dies ist auch ein Punkt in der Finanzstrategie. Auch diesbezüglich verlangen wir eine grössere Verbindlichkeit. Das, was jetzt in der Finanzstrategie steht, ist schon lange im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) enthalten. Trotzdem sank der Selbstfinanzierungsgrad immer weiter. Für uns ist wichtig, dass das Ganze verbindlicher eingehalten wird.

Postulantin *Regula Bühlmann* (GB): Ich habe beim Präsidium schon angekündigt, dass mein Votum alles enthält, denn es hängt alles zusammen – sonst müsste ich es dreimal sagen. Die Finanzpolitik der Stadt Bern war in den letzten Jahren ein Dauerbrenner. Ich denke beispielsweise an die Finanzierungs- und Investitionsprogramme FIT I und FIT II und dergleichen, an FISBE oder an die neue Finanzkommission (Fiko), mit der wir im nächsten Jahr starten werden. Sinnvollerweise versucht der Gemeinderat, mit einer Finanzstrategie den Rahmen für die Diskussionen und Entwicklungen zu schaffen. Die Fraktion GB/JA! begrüsst das. Allerdings sind wir, ehrlich gesagt, auch ein wenig ernüchtert von dem, was uns jetzt vorliegt. Es geht um ein paar Kennzahlen und Zielwerte, wie wir sie schon im IAFP haben. Uns fehlt die Einordnung dieser Kennzahlen und Steuerungsgrössen. Wie genau kommt man auf eine Bruttoverschuldungsquote von 140, obwohl gemäss Vortrag auch eine Quote von 150 noch tolerierbar wäre? Weshalb spielt der Nettoverschuldungsgrad in der Strategie keine Rolle? Weshalb beträgt die finanzpolitische Reserve genau 120 Mio. bis 180 Mio. Franken und nicht so viel wie bisher? Weshalb findet man in der Strategie keinen Hinweis darauf, dass das Ganze vier bis sechs Steueranlagen-Zehntel ausmacht?

Für uns ist die Finanzstrategie, so wie sie jetzt präsentiert wird, zu mager. Uns fehlen die Herleitung der Steuergrössen, eine Einordnung, aber auch ein Zeithorizont. Wie lange ist die Strategie gültig? Wann wird sie überarbeitet? Wir haben Planungserklärungen (PE) eingereicht – dazu komme ich später noch. Wann werden diese PE in eine Überarbeitung der Strategie einfließen? Uns fehlt auch eine politische Dimension. Das Ziel einer städtischen Finanzpolitik besteht ja nicht darin, mit Zahlen zu jonglieren, sondern es geht darum, die Stadt voranzubringen. Für uns wäre es also sehr wichtig, dass auch einfließen würde, wo und wie korrigiert wird, falls die Zielgrössen nicht erreicht werden. Geht es um Sparpakete, wie wir sie jetzt immer wieder haben? Können wir auch einmal über höhere Steuern sprechen? Es

braucht auch dringend Kriterien, wie man Investitionen priorisieren würde, falls in der Investitionsplanung Korrekturen nötig werden würden.

Zu den Anträgen 3 und 4: Wir haben diese beiden PE eingereicht, um etwas nachzubessern. Die PE 3 ist die wichtigere der beiden. Wir streben damit eine Finanzstrategie an, die etwas mehr Fleisch am Knochen hat. Wir wünschen uns eine Herleitung der strategischen Ziele der Steuerungsinstrumente und wir möchten, dass die Finanzstrategie auch aufzeigt, welche Folgen eine Nichteinhaltung dieser Ziele haben könnte. Die PE 4 soll das erste Steuerungsinstrument etwas weniger absolut gestalten. Es ist sicher sinnvoll, in konjunkturell guten Zeiten ein Plus zu machen. Aber in Krisenzeiten muss eine Stadt nicht auf Biegen und Brechen ein Defizit vermeiden, sondern sie muss mit einer gescheiterten Politik negative Folgen für die Stadt und die Bevölkerung abfedern. Wir bitten Sie daher, unseren beiden PE zuzustimmen.

Zu den Anträgen 1 und 2: Grundsätzlich kann man durchaus sagen, dass diese Grössen auch in den IAFP einfließen sollen, wenn dies für die Verwaltung nicht mit einem zu grossen Aufwand verbunden ist. Was wir hingegen nicht wollen, ist ein erneutes Sonderkässeli, das wir beiseitelegen für den Fall, dass einmal eine Krise eintreten sollte, wobei wir im Moment noch keine Ahnung haben, um welche Krise es sich handeln könnte. Dafür sind ja die Reserve respektive das finanzielle Plus gedacht, das man anstrebt.

Zu Traktandum 16: Mit unserem Postulat fordern wir, dass man sich diejenigen Fragen stellt, die man von einer Finanzstrategie erwarten würde. Wir wollen, dass die Stadt ihren finanzpolitischen Spielraum trotz kantonaler Einschränkungen ausloten kann. Wir erwarten Aufschluss darüber, welches die Folgen wären, wenn man an den verschiedenen Steuergrössen schrauben würde. Natürlich sind wir sehr froh, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will, und bitten Sie, ihm zu folgen. Vom Gemeinderat erwarten wir, dass die Umsetzung des Postulats auch in eine baldige Nachfolgerin der Finanzstrategie einfließen wird.

So, wie die Finanzstrategie aktuell aufgestellt ist, können wir sie nicht positiv zur Kenntnis nehmen, da uns die Herleitungen und die Einordnung fehlen, um einschätzen zu können, was sinnvoll ist und was nicht. Wir nehmen die Strategie daher ohne Wertung zur Kenntnis und hoffen, dass der Gemeinderat bald eine Nachbesserung vornimmt und uns eine Finanzstrategie vorlegt, die die richtigen Fragen stellt und die Antworten nachvollziehbar herleitet. Eine solche Finanzstrategie werden wir gerne positiv zur Kenntnis nehmen.

Lukas Gutwiller (GFL) zu den Anträgen der Fraktion GFL/EVP: Wir nehmen heute die erste Finanzstrategie der Stadt Bern zur Kenntnis. Darin werden strategische Ziele formuliert, die auf einer Analyse der letzten vier Rechnungsjahre, auf dem Budgetjahr und auf dem nächsten Planjahr basieren. Die Finanzstrategie ist eine Grundlage für den IAFP – respektive den Aufgaben- und Finanzplan (AFP), wie er neu heisst –, der in die Zukunft blickt. Damit die Kennzahlen aus der Finanzstrategie auch in Zukunft angewendet werden können, sollen sie transparent im AFP ausgewiesen werden, was wir mit unserer PE 1 verlangen. Die Umsetzung der Finanzstrategie ist nur dann transparent, wenn der Zielerreichungsgrad auch in der Zukunft – also im IAFP – abgebildet wird. Nur so kann die Finanzstrategie dem Zweck eines Frühwarnsystems dienen. Die PE 2 ist pandemiebedingt, wie es Regula Bühlmann gesagt hat. Wir fordern, dass für irgendwelche Krisen eine Reserve von 60 Mio. Franken gebildet wird.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 13 bis 17

Florence Schmid (JF) für die Fraktion FDP/JF: Vorab möchte ich sagen, dass die Fraktion FDP/JF die Finanzstrategie positiv zur Kenntnis nimmt. Mehr noch: Dass eine so grosse Stadt wie Bern, die jährlich ein Milliardenbudget spricht, bis jetzt über keine Finanzstrategie verfügte, ist für die Fraktion FDP/JF völlig unverständlich. In der Privatwirtschaft ist die Finanzstrategie eine der Hauptaufgaben jedes Geschäftsführers. Fehlt eine solche Strategie, wäre dies

ein grosses schwarzes Loch im sogenannten internen Kontrollsystem eines Unternehmens. Banken beispielsweise verfügen über eine Finanzstrategie. Wir alle wissen, was 2007 und 2008 passierte, weil die Banken die in den Finanzstrategien definierten roten Linien für die Kreditvergabe teilweise massiv überschritten. Die Fraktion FDP/JF begrüsst es, dass die Finanzstrategie schlicht gehalten ist und klare Ziele formuliert, die wiederum an Finanzkennzahlen anknüpfen. Wie Vivianne Esseiva vorhin ausgeführt hat, darf es sich bei der Finanzstrategie aber nicht um eine Alibiübung handeln. Im Moment wäre sie das jedoch, da alle drei Steuerbereiche und deren vier Steuerungsinstrumente nicht eingehalten respektive stark gefährdet sind.

Im Detail: Zur Erfolgsrechnung: Über den Zeitraum von 2021 bis 2016 müsste das Ergebnis der Erfolgsrechnung ausgeglichen sein. Per 31.12.2021 besteht ein Minus von durchschnittlich 22,4 Mio. Franken. Zum Selbstfinanzierungsgrad: Dieser müsste im Sinne der Finanzstrategie über einen Zeitraum von wiederum sechs Jahren 100% betragen. Im Gesamthaushalt liegt der Selbstfinanzierungsgrad mit durchschnittlich 48,5% aber deutlich darunter. Das heisst, dass die Schulden der Stadt Bern auch in den nächsten Jahren stark ansteigen werden. Zum Steuerbereich «Kapitalstruktur und Verschuldung» und seinem Steuerungsinstrument Bilanzüberschuss: Dieser Überschuss müsste in konjunkturell guten Zeiten 120 Mio. bis 180 Mio. Franken betragen. Per 31.12.2021 beträgt er 80 Mio. Franken. Noch ohne Berücksichtigung der Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine wird der Überschuss per 31.12.2023 mit noch 1 Mio. Franken budgetiert. Bevor irgendjemand anmerkt, dass wir wegen der Corona-Pandemie konjunkturell schlechte Zeiten erlebt hätten, möchte ich Folgendes sagen: Die Pandemie stellte zwar eine Herausforderung dar, aber auf den Steuerertrag und auf die Aufwände wirkte sie sich nicht nennenswert aus. Dies bestätigen auch andere grosse Städte und Kantone, die für 2021 teilweise beträchtliche Überschüsse ausweisen. Zum Steuerbereich gelb mit dem Steuerungsinstrument Bruttoverschuldungsanteil: Dieser sollte bei maximal 140% liegen. Für Ende 2023 wird prognostiziert, dass die Limite von 140% überschritten wird.

Wenn man die Stadt Bern mit einem Segelschiff vergleicht, muss man sagen, dass sie schon seit vielen Jahren finanziell planlos auf dem Meer herumirrt und schon mit vielen Sandbänken und hervorstehenden Felsen zusammengestossen ist. Nur weil das Meer ruhig war – wir also Hochkonjunktur hatten – gab es noch kein Leck. Die Stadt Bern hätte in dieser Zeit genügend Benzin und Süsswasser in Form von Gewinnrücklagen für den Sturm tanken müssen. Den belastenden Schuldenkübel hätte sie loswerden und das Schiff wieder auf Vordermann bringen müssen. Stattdessen wurden die Konsumausgaben erhöht und die Tanks weiter geleert. Sanierungen wurden aufgeschoben. Die Fraktion GB/JA! verlangt mit der PE 4, dass die Erfolgsrechnung nur in konjunkturell guten Phasen über einen Zeitraum von sechs Jahren ausgeglichen sein muss. Falls diese PE angenommen wird, kann man die Finanzstrategie bleiben lassen. Indem man einen Zeitraum von sechs Jahren wählt, deckt man Wellenbewegungen sowie konjunkturell gute und schlechte Phasen ja ab. Sollte das Ziel der Ausgeglichenheit während dieser sechs Jahre nicht erreicht werden, wäre dies ein Warnzeichen, dringend den Kurs zu ändern und weniger Ausgaben zu tätigen. Nehmen wir nochmals das Beispiel des Schiffs: Wenn ein Sturm zu heftig ist, kann es gefährlich sein, die Segel zu setzen. In einem solchen Fall braucht man den Motor. Weiss man, dass es bis zum Hafen noch sechs Seemeilen sind und man mit dem Benzin im Tank für sechs Meilen mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von vier Knoten fahren kann, wird man die Geschwindigkeit sofort reduzieren, sobald man merkt, dass man sich verrechnet hat, weil man sonst im Sturm möglicherweise kein Benzin mehr hat. Dies wäre lebensgefährlich, vor allem in der Nähe von Felsen.

Die Fraktion FDP/JF hofft sehr, dass in der Stadt Bern – auch dank der Finanzstrategie – nun endlich ein Umdenken stattfindet. Wir müssen die Stadt Bern in einen sicheren Hafen fahren und sie dort für die Zukunft wieder fit machen. Oder wollen Sie unseren Kindern und Gross-

kindern ein Schiff mit Leck hinterlassen? Wir möchten, dass unsere Kinder dereinst auf einem finanziell gesicherten Schiff Neues entdecken und die Dinge selber gestalten können und nicht stattdessen unsere heutigen Lecks stopfen müssen. Halten wir die Finanzstrategie ein, so wie sie vorgesehen ist, wird sie uns den Weg in den finanziell sicheren Hafen zeigen und uns die notwendigen Instrumente in die Hand geben, damit unser Schiff «Stadt Bern» wieder finanziell nachhaltig seetauglich ist.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Vorab möchte ich bemerken, dass es sehr erfreulich ist, dass die Fraktionen FDP/JF und SP/JUSO heute für einmal gleicher Meinung sind. Zudem weise ich darauf hin, dass die Finanzpolitik nicht seit Ewigkeiten in sozialdemokratischer Hand ist. Es gibt bereits zahlreiche Sachstrategien, mit welchen der Gemeinderat bestimmte Themenbereiche steuert. Mit der vorgelegten Finanzstrategie bekennt sich der Gemeinderat im Grundsatz dazu, die Finanzpolitik längerfristig planen zu wollen. Die Strategie soll für mindestens acht Jahre Bestand haben. Dies kann auch dem Parlament bei den finanzpolitischen Diskussionen zu mehr Gestaltungsspielraum verhelfen. Wenn wir uns darauf einstellen, vermehrt eine langfristige Perspektive ins Auge zu fassen, werden wir weniger vor unverrückbare Sachzwänge gestellt sein und können aktiver steuern. Eine Finanzstrategie könnte auch zu einer grösseren Sachlichkeit führen, bedingt aber die Fähigkeit, das langfristige Denken vor die nächste mediale Schlagzeile zu stellen. Das Vorliegen einer längerfristigen Finanzstrategie als Steuerungsinstrument ist wichtig, um agiler auf veränderte Umstände reagieren zu können. Dies ist kein Widerspruch, sondern eine Voraussetzung dafür. Die Fraktion SP/JUSO erachtet die Finanzstrategie denn auch als deutlich adäquateres Instrument als eine starre, einseitig auf eine Kennzahl beschränkte Schuldenbremse, wie es die Motion der FDP vorschlägt. Gerade die letzten Jahre haben eindrücklich gezeigt, dass ein öffentlicher Haushalt doch deutlich anderen Einflussfaktoren ausgesetzt sein kann, als es rein betriebswirtschaftlich motivierte Überlegungen berücksichtigen können.

Mit der neu geschaffenen Finanzstrategie sollen finanzielle Steuerungsbereiche festgelegt werden – der Rahmen also, in dem wir uns bewegen können. Es ist zweifellos ein hoher Anspruch, dass sich die Politik sachlichen Argumenten unterwerfen und nicht immer wieder davon abweichen soll, um öffentlichkeitswirksame «Quick Wins» verbuchen zu können. Es ist zu begrüßen, dass der Gemeinderat diesbezüglich vorangehen will, aber ich hege nur eine kleine Hoffnung, dass die Mehrheit des Parlaments in Zukunft diesen langfristigen Planungshorizont verinnerlichen und konsequent verfolgen wird.

Die Fraktion SP/JUSO begrüsst es, dass der Gemeinderat mit der vorgelegten Finanzstrategie eine nachhaltige Finanzpolitik gestalten will und dass wir dadurch aktiv und informiert steuern könnten. Wir halten die vom Gemeinderat verabschiedete Finanzstrategie für sehr moderat, ausgeglichen, angenehm unspektakulär, aber seriös. Diese Strategie würde es in Zukunft erlauben, für Krisenzeiten und für planbare Investitionen Reserven aufzubauen. Nur so kann man antizyklisch und vorausschauend handeln. Dies könnte hektische Sparübungen, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, verhindern. Die Definition der Finanzpolitik allerdings gehört sicher nicht in eine Finanzstrategie! Sie fällt vielmehr in die Hoheit des Parlaments und soll aktuellen Ereignissen untergeordnet werden können. Die Finanzpolitik wird in diesem Saal gemacht und doch nicht in einer Finanzstrategie des Gemeinderats! Diesbezüglich verstehe ich das GB überhaupt nicht.

Unseres Erachtens legt der Gemeinderat in der Finanzstrategie die richtigen Steuerungsbereiche fest und definiert sachgerechte Ziele. Wir begrüßen insbesondere auch die Beschränkung auf wenige, dafür aber umsetzbare Bereiche. Der Gemeinderat bestimmt den Horizont von insgesamt sechs Jahren und garantiert so eine relativ grosse Planungssicherheit, was eine realitätsbezogene Finanzpolitik ermöglicht. Diese kann sich so auch rasch ändernden Ausgangslagen stellen. Mit der vorliegenden Finanzstrategie besteht bei der Erfolgsrechnung

weiterhin die Möglichkeit, in schwierigen Zeiten und bei ausserordentlichen Herausforderungen, wie wir sie beispielsweise im Moment erleben, Verluste zu schreiben. Gleichzeitig mahnt uns die Finanzstrategie, in guten Jahren Reserven zu bilden beziehungsweise die Verschuldung abzubauen. Dies wird in der Budgetdebatte immer wieder als antizyklisches Handeln beschrieben, das natürlich auf beide Seiten funktionieren muss. Allerdings lässt die gemeinderätliche Strategie die Frage offen, wie beim Zusammentreffen von mehreren ungünstigen Rahmenbedingungen zu reagieren wäre – beispielsweise wenn eine lange anhaltende volkswirtschaftliche Krise mit einem gleichzeitig grossen Investitionsbedarf zusammenfällt, der über die letzten Jahrzehnte aufgelaufen ist. Eine volkswirtschaftliche Krise kann durchaus auch länger als sechs Jahre andauern. Was machen wir in einem solchen Fall? Dass Krisen durchaus auch einen Einfluss auf die Planung haben können, erscheint uns logisch. Deswegen unterstützen wir das Postulat der Fraktion GB/JA!, obwohl wir die im Postulat formulierten Forderungen a priori nicht als sinnvoll erachten.

Ebenso logisch ist es aber auch, dass nicht alle möglichen Entwicklungen zum Voraus geplant werden können. Es wäre daher nicht sinnvoll, in einer Strategie auch gleich die Massnahmen festzulegen. Massnahmen sind nicht im Rahmen einer Strategie zu definieren. Die gemeinderätliche Finanzstrategie sieht vor, dass die Investitionstätigkeit von der Finanzkraft und dem Stand der Verschuldung abhängt. Wenn Investitionen zwingend notwendig sind und dadurch das Ganze aus dem Gleichgewicht geraten könnte, muss gemäss der gemeinderätlichen Strategie in anderen Bereichen korrigierend eingegriffen werden. In der aktuellen Situation vermag diese Strategie wohl zu überzeugen. Für die Zukunft sollte nach meinem Dafürhalten bei der Investitionsplanung jedoch ein deutlich längerer Zyklus als acht Jahre ins Auge gefasst werden. Schon beim Bau eines neuen Schulhauses, bei der Sanierung einer Strasse, bei der Renovation eines Verwaltungsgebäudes oder beim Umgestalten eines Parks ist klar, wann die Anlage am Ende ihres Lebenszyklus angelangt sein wird. Mit anderen Worten: Dieser Umstand ist bereits Jahrzehnte – und nicht nur acht Jahre – zum Voraus absehbar und damit auch sehr langfristig planbar. Es wäre insofern sehr wünschenswert, wenn solche Investitionen bereits zum Voraus geplant und so auch gesteuert werden könnten, damit sie nicht zwingend verwirklicht werden müssen, falls die Zeiten konjunkturell schwierig sind und das Geld unter Umständen bei den laufenden Ausgaben dringender benötigt würde. Mit angemessenen Reserven kann man allfällige Verluste in der Erfolgsrechnung in Krisenzeiten abfedern.

Die letzten Jahre haben auch gezeigt, dass zu empfehlen ist, die Reserven jetzt zu erhöhen. Wenn man weiss, dass in den nächsten Jahren unaufschiebbare, sehr grosse Investitionen entstehen, ist für uns klar, dass auch der Bilanzüberschuss erhöht werden muss. Die Fraktion SP/JUSO hat im IAFP 2022-2024 mit einer PE verlangt, dass der Gemeinderat den grossen Finanzierungsbedarf, den die digitale Transformation und der sozioökologische Umbau mit sich bringen werden, rechtzeitig berücksichtigen muss. Insofern erscheint uns der vom Gemeinderat jetzt angestrebte Bilanzüberschuss im Umfang von vier bis sechs Steuerzehnteln – das steht so im Papier, aber offenbar habe ich ein anderes Dokument als Regula Bühlmann – oder 120 Mio. bis 180 Mio. Franken absolut notwendig. Das vierte Steuerungsinstrument, der Bruttoverschuldensanteil, bleibt bei der Obergrenze von 140%, wie es der Stadtrat verlangt. Nur mit dieser Finanzstrategie hat die Stadt Bern die Möglichkeit, ihre finanzielle Autonomie auch langfristig zu behalten und eine wirklich eigenständige Politik zu betreiben. Zudem gilt es auch zu berücksichtigen, dass durch Schulden auch Zinszahlungen entstehen, die im laufenden Budget und damit auch bei den laufenden Ausgaben eingespart werden müssen. Nach Jahren der Tiefzinspolitik ist dies sehr stark in den Hintergrund getreten, dürfte uns aber in den nächsten Jahren wieder vermehrt beschäftigen. Es zeigt sich auch hier, dass Kurzfristigkeit in der Finanzpolitik kein guter Ratgeber ist.

Der Stadtratspräsident ermahnt die Votantin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Bernadette Häfliger setzt ihr Votum fort: Die Finanzstrategie gibt lediglich den Rahmen vor. Was zu tun ist, bestimmt nach wie vor die Politik und damit wir, und zwar dann, wenn es aktuell ist und nach der aktuell notwendigen Priorisierung. Aus den genannten Gründen nimmt die Fraktion SP/JUSO die Finanzstrategie des Gemeinderats positiv zur Kenntnis und lehnt alle PE ab.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP nimmt die Finanzstrategie des Gemeinderats ohne Wertung zur Kenntnis. Wir finden, dass sie trotz sehr robuster Kennzahlen noch wenig Verbindung zur Zukunft herstellt. Sie blickt nur in die Vergangenheit, obwohl sie die Grundlage für zwei Legislaturen darstellt. Aus diesem Grund haben wir eine entsprechende PE eingereicht.

Zu den PE der Fraktion GB/JA!: Bei der PE 3 warten wir zunächst die Antwort des Gemeinderats ab. Die PE 4 lehnen wir ab, denn eine Annahme würde bedeuten, dass längerfristig gar kein ausgeglichenes Budget mehr erreicht werden müsste, wenn man nur in konjunkturell guten Zeiten einen Überschuss anhäuft.

Zur Motion der Fraktion FDP/JF betreffend Schuldenbremse: Diese Thematik haben wir im Stadtrat schon mehrmals diskutiert. Wir sehen im Fall der Gemeinde Köniz, dass wir via Kanton bereits über eine indirekte Schuldenbremse verfügen. Es braucht somit auf Gemeindeebene keine eigentliche Schuldenbremse mehr.

Zum Postulat der Fraktion GB/JA!: Wir sind nicht mit allen Punkten einverstanden, wie es auch schon die Sprecherin der Fraktion SP/JUSO dargelegt hat. Wir lehnen das Postulat daher mehrheitlich ab.

Remo Sägesser (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich möchte mein Votum gerne mit einem Satz aus der Finanzstrategie beginnen, der das Ganze nach meinem Dafürhalten gut auf den Punkt bringt: «Jeder Haushalt, ob privat oder öffentlich, kann über eine längere Zeitperiode nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. Eine nachhaltige Finanzpolitik muss sicherstellen, dass auch kommenden Generationen politischer Gestaltungsspielraum verbleibt.» Wer jetzt noch sagt, man müsse eine 30-seitige Finanzstrategie schreiben, irrt meines Erachtens – das muss definitiv nicht sein! Ich finde, dass die beiden von mir zitierten Sätze die Strategie gut zusammenfassen. Sie reichen aus, um eine gute und stabile Finanzpolitik betreiben zu können.

Nichtsdestotrotz möchte ich zwei bis drei Themen der Finanzstrategie aufgreifen. Die Fraktion GLP/JGLP ist der Meinung, dass es sich um ein gutes Instrument handelt, das in die richtige Richtung geht. Insofern befinden wir uns auf der gleichen Linie wie die FDP, die sagt, es sei an der Zeit, eine solche Strategie vorzulegen. Lange Zeit gab es keine solchen Papiere. Natürlich wurden solche Themen im Rahmen der Planung aufgegriffen, aber jetzt haben wir endlich eine Strategie, auf die wir uns abstützen können und die gute Instrumente enthält. Wichtig ist, dass die Finanzstrategie nicht zu einem Papiertiger wird. Ich möchte die vier Steuerungsinstrumente nicht nochmals im Detail erwähnen, erinnere Sie aber an die Jahresrechnung 2021, die präsentiert wurde. Darin sind die vier Steuerungsinstrumente aufgeführt und alle sind rot markiert. Man sieht also die Dringlichkeit des Ganzen. Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, aber gewisse dringende Themen müssen wir anschauen. Das Ergebnis der Erfolgsrechnung liegt durchschnittlich bei minus 22,4 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beträgt aktuell 48,5%, diese Kennzahl ist also sehr schlecht. Der Bilanzüberschuss ist einigermassen in Ordnung, aber wenn wir in die Zukunft schauen und einen Blick auf die Planungen werfen, wird davon nur noch ganz wenig oder gar nichts mehr

übrig bleiben. Der Bruttoverschuldungsanteil ist ebenfalls noch knapp in Ordnung, aber auch hier müssen wir gut aufpassen.

Wir sind überzeugt, dass die Instrumente grundsätzlich gut ausgewählt und gut austariert sind. Wir müssen uns aber extrem bemühen, damit wir die Ziele erreichen können. Von Seiten des Stadtrats müssen wir den Gemeinderat diesbezüglich in den Planungsprozessen mit Nachdruck unterstützen. Wir haben eine Verantwortung, die wir entsprechend auch wahrnehmen müssen. Ein Kritikpunkt geht in dieselbe Richtung wie die Kritik der Fraktion GFL/EVP: Bezüglich der Instrumente der Erfolgsrechnung und der Nettoinvestitionen sind wir sehr retrospektiv. Von den sechs Jahren liegen vier Jahre in der Vergangenheit. Mir ist klar, dass es sich um faktenbasierte Themen handelt und dass man die Vergangenheit einbeziehen soll, aber wir fänden es gut, wenn man ein wenig mutiger wäre und zusätzlich vier Jahre Budget und drei Jahre IAFP respektive AFP einbeziehen würde, damit man das Ganze als zielgerichtetes Instrument einsetzen kann. Natürlich kann man dagegen halten, dass die Planung immer schwierig sei und dass viele Themen noch unklar seien. Dies ist mir schon bewusst, aber auf der Ausgabenseite ist die Thematik relativ stetig. Zudem erhoffe ich mir, dass der Planungsprozess durch FISBE weiter an Qualität gewinnen wird – zumindest wurde uns dies mehrmals so gesagt. Insofern dürfte man durchaus etwas mutiger sein und versuchen, entsprechende Themen einzubeziehen und der Planung und damit der Zukunft etwas mehr Gewicht zu geben.

Wie schon erwähnt wurde, müssen wir aufpassen wegen der Verschuldung. Schulden kann man grundsätzlich machen – wir haben bereits extrem viele. Es ist eine Tatsache, dass sich die Politik des billigen Geldes langsam aber sicher dem Ende entgegen neigt. Dies müssen wir nicht mehr diskutieren, wir sehen es in anderen Ländern und es wird in der Schweiz auch eintreffen. Ich habe heute eine Milchbüchlein-Rechnung gemacht: Wir haben eine Verschuldung von plus minus 1,25 Mrd. Franken. Wenn das Zinsniveau nur schon um 1% ansteigt, geht es um 12,5 Mio. Franken. Rechnen wir mit einem Anstieg von 5%, sprechen wir von über 60 Mio. Franken. Wir sind uns wohl alle bewusst, dass es um extrem viel Geld geht. Dieses Geld möchten wir für etwas anderes verwenden als für die Zinsen unserer Verschuldung.

Zur Schuldenbremse: Grundsätzlich sprechen wir uns immer für eine generationengerechte Finanzpolitik aus. Das heisst, dass wir selbstverständlich nicht auf dem Rücken der Zukunft respektive unserer Nachkommen Schulden aufbauen wollen. Der Ansatz der FDP geht uns allerdings etwas zu weit. Mir scheint, dass man das System etwas besser austarieren müsste. Dazu bieten wir künftig sicher Hand. Ich bin der Meinung, dass diesbezüglich noch Handlungsbedarf besteht. Unsere Überlegung ist eine andere: Wir möchten eine Art Konjunkturfonds bilden – auch wenn man diesen als negatives Zusatzkässeli anschauen kann – mit ganz klaren Regeln, wie dieser Fonds geäufnet wird und in welchen Fällen man daraus Mittel entnehmen kann. Die Meinung ist aber nicht, dass man sagen kann: «Oh, jetzt haben wir eine grosse Krise und nehmen aus diesem Kässeli 50 Mio. Franken.»

Die Fraktion GLP/JGLP nimmt die Finanzstrategie zustimmend zur Kenntnis.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Ich bin ein wenig frustriert – nicht wegen der Finanzstrategie, sondern wegen des Votums von Remo Säggerer. Mir scheint, er habe in der Pause mein Votum abgeschrieben. Spass beiseite: Dies zeigt, dass der von ihm eingangs zitierte Satz gut ist. Es geht um den Inhalt der Finanzstrategie, und ich wiederhole das Zitat gerne nochmals, denn man kann es gar nicht oft genug hören: «Jeder Haushalt, ob privat oder öffentlich, kann über eine längere Zeitperiode nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt.» Dieser Satz ist umso bedeutender, weil er von einer rot-grünen Mehrheit stammt – dies sind wir uns nicht gewohnt. Auch der Hinweis, dass die Finanzpolitik tragbar und nachhaltig sein müsse, ist für uns von dieser Seite des Rats eine Ausnahme. Man könnte meinen,

solche Forderungen seien aus dem SVP-Parteiprogramm übernommen worden, was äusserst positiv ist. Die Fraktion SVP nimmt die Finanzstrategie positiv zur Kenntnis.

Was mit den Zinsen passiert, wissen wir nicht. Ich hoffe, dass Remo Sägesser nicht Recht hat. Wenn man sieht, wie sich die Verschuldung der erwähnten Länder entwickelt, ist eine gewisse Zurückhaltung sicherlich angebracht. Es ist gut, wenn die Zinsen nicht erhöht werden, weil dies sonst wiederum neue Programme auslösen würde, um die Verschuldung reduzieren zu können. Der Krieg in der Ukraine ist in diesem Zusammenhang natürlich nicht hilfreich. Er würgt im Moment auf wirtschaftlicher Ebene alles ab. Alle erhöhen ihre Preise, selbst diejenigen, die mit diesem Krieg nichts zu tun haben.

Zu den Anträgen respektive PE: Der PE 1 mit den vier Kennzahlen stimmen wir zu, die übrigen PE lehnen wir ab. Die PE 2 ist nach unserem Dafürhalten unnötig und bei den PE 3 und 4 der Sekte GB/JA! sind wir ohnehin dagegen. Ich erlaube mir an dieser Stelle noch einen Hinweis zu den 60 Mio. Franken Krisenreserve: Wir halten es mit Franz Josef Strauss, der einst sagte, so wie ein Hund unfähig sei, sich einen Wurstvorrat anzulegen, seien die meisten Linken unfähig, Geldvorräte anzulegen. Insofern sind wir der Meinung, dass diese Reserve nichts bringt. Wir haben heute auch vernünftiger Stimmen gehört, weshalb ich von den meisten Linken gesprochen habe – andernfalls hätte ich «alle Linken» gesagt.

Die SVP empfiehlt Ihnen, die Finanzstrategie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Einzelvotum

Tom Berger (FDP): Liebe Bernadette Häfliger, unsere Fraktionen sind sich einig und ich sollte den heutigen Gottesdienst wohl besser nicht stören. Trotzdem muss ich noch etwas sagen. Ich habe vorhin meinen Fraktionskolleginnen eine Wette vorgeschlagen: Ich habe 50 Franken darauf gewettet, dass heute Abend noch erwähnt wird, wie lange die Finanzen der Stadt Bern in FDP-Hand gewesen seien. Dass diese Aussage bereits im Fraktionsvotum gefallen ist und ich diesbezüglich nicht auf den Finanzdirektor warten muss, der diese Aussage jedes Jahr mindestens dreimal vorbringt, seit er im Amt ist, hätte ich nicht gedacht – diese Wette hätte ich verloren. Man muss klipp und klar festhalten: Natürlich befanden sich die Finanzen der Stadt Bern lange in FDP-Hand, dies aber immer bei einem Gemeinderat mit rot-grüner Mehrheit, und zwar seit 28 Jahren. Niemand von uns weiss, wer in den Gemeinderatssitzungen jeweils was beantragt hat – dies unterliegt dem Amtsgeheimnis. Ob die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen der FDP nie das Ansinnen hatten, eine Finanzstrategie zu erlassen, oder ob sie es vorbrachten, aber von der Mehrheit des Gemeinderats überstimmt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Ich finde aber, dass es nach 28 Jahren Rot-Grün-Mitte (RGM) und nach fünfeinhalb Jahren SP-Finanzminister langsam aber sicher an der Zeit wäre, solche Quervergleiche auf den Amtsvorgänger zu unterlassen.

Sodann möchte ich nicht widersprechen, dass es gut ist, wenn man als Staat in einer Krise wie einer Pandemie und in einer drohenden Rezession antizyklisch investiert und den Apparat auf diese Weise am Laufen hält. Dabei handelt es sich übrigens um einen ziemlich liberalen um nicht zu sagen neoliberalen Denkansatz, aber um einen sehr guten. Dieser Aussage folgt jedoch ein grosses Aber: Dies bedingt, dass wir in der Phase einer Hochkonjunktur tatsächlich Geld beiseitelegen und Schulden abbauen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir in den Nuller- und Zehnerjahren eine riesengrosse Hochkonjunktur hatten. Liebe Bernadette Häfliger, Sie haben den Investitionsbedarf angesprochen: Dieser kommt zu einem nicht unwesentlichen Teil daher, dass wir unsere Rechnungen in den Nuller- und Zehnerjahren künstlich verschönert haben, indem wir alle solchen Investitionen immer hinausgeschoben haben. Dies ist notabene keine neue Erkenntnis. Lukas Gutzwiller sagte das an diesem Rednerpult bereits in seinem Fraktionsvotum zum Budget 2019. Wenn wir also künftig sagen, dass wir eine Stadt haben wollen, die antizyklisch investiert und in einer Rezession das Geld in die Maschinerie

steckt, damit sie weiterläuft, dann bedingt dies, dass wir in einer Phase der guten Konjunktur oder einer Hochkonjunktur die Schulden, die wir während der Rezession gemacht haben, auch tatsächlich abbauen, ohne sie auf die Investitionen zu verschieben.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich danke den beiden Kommissionen – der Sonderkommission NSB22 und der FSU – für den Aufwand und die Diskussionen, die vor bald einem Jahr stattgefunden haben, sowie Florence Schmid für die heutige Präsentation des Geschäfts. Inhaltlich muss ich nicht mehr viel sagen. Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Geschäfts – wenn auch mit ein paar Nebengeräuschen, aber das ist normal. Ja, Tom Berger, ich wollte heute tatsächlich meinen Vorgänger erwähnen, dies aber erst beim nächsten Traktandum und positiv, denn er teilt meine Liebe zum Stadtberner Weingut und lancierte mit «Le nouveau Neuveville» einen tollen Anlass, den ich weiterführe. Damit ist dieser Punkt abgehakt.

Die Frage wurde gestellt, weshalb wir erst jetzt eine Finanzstrategie vorlegen. Die Stadt Bern ist eine der ersten Städte, die über eine Finanzstrategie verfügt. Das habe ich schon in der Kommission erwähnt. Als wir die Strategie erarbeiteten, fragte ich in Zürich nach, wo man noch über keine solche Strategie verfügte. In Winterthur hat man hingegen eine, sie wurde in finanziell schlechten Zeiten erarbeitet. Dieser Punkt ist auch bei uns relevant. Wir machen den IAFP zwar schon vorausschauend, aber wir möchten etwas, womit wir die Finanzen über einen längeren Zeithorizont hinweg messen können – eine Art Frühwarnsystem. Ein solches haben wir nun mit der Finanzstrategie.

Zu den Würsten und zum Käse oder was auch immer man beiseitelegen will: Es gehört zum politischen Spiel, einander ein wenig die Schuld in die Schuhe zu schieben. Aber es ist eine Tatsache, dass die Bürgerlichen im letzten Jahrtausend einen riesengrossen Schuldenberg hinterlassen haben. Anschliessend hat man damit begonnen, die Schulden abzubauen, aber man hat nicht saniert. Der Sanierungsbedarf hat sich angestaut und wurde immer grösser. In den nächsten fünf bis zehn Jahren haben wir enormen Nachholbedarf und müssen all unsere Sport- und Wasseranlagen und unsere alten Schulhäuser sanieren. Dazu kommt das weitere Wachstum. Es ist müssig, zu sagen, wer wann was hätte besser machen können. Wichtig ist, dass wir jetzt alle am gleichen Strick ziehen. Wir haben Ihnen die Finanzstrategie ja bereits letztes Jahr vorgelegt. Der Stadtrat wollte die Abstimmung zu FISBE abwarten. Diese Abstimmung fand im Februar statt und war erfolgreich. Diese Abstimmung abzuwarten, war nicht falsch, da sie die Einordnung der Finanzstrategie deutlich macht. Bis jetzt hatten wir den IAFP mit den finanzpolitischen Grundsätzen, neu haben wir den AFP. Eine wichtige strategische Grundlage dafür ist die Finanzstrategie. Es wurde schon gesagt, dass sie über zwei Legislaturen hinweg gültig sein soll. Da dies sehr wichtig ist, habe ich es nochmals wiederholt. Wir können davon ausgehen, dass es über einen Zeitraum von zwei Legislaturen hinweg bessere und schlechtere Zeiten geben wird. Dementsprechend geht es darum, über die gesamte Bilanz eine vernünftige Finanzpolitik zu betreiben. Es ist daher nicht sinnvoll, die PE 4 der Fraktion GB/JA! zu überweisen – auch dies wurde bereits gesagt – sonst könnten wir unsere Finanzstrategie gleich wieder zurückziehen.

Etwas hat mir zu denken gegeben: Florence Schmid, Sie haben darauf hingewiesen, dass alle Banken schon lange über eine Finanzstrategie verfügen. Ich habe gestern ferngesehen und vernommen, was bei den Banken Credit Suisse (CS) und UBS läuft. Heute ist die Nationalbank in den Schlagzeilen. Es würde mich reizen, zu sagen, dass die Banken ihre Finanzstrategien wohl besser zurückgezogen hätten. Ich hoffe, dass es uns nicht so ergehen wird wie diesen Banken. Dies ist als Klammerbemerkung zu verstehen und nicht als Seitenhieb gegen irgendeine politische Partei in diesem Saal.

Zum Inhalt: Es ist keine Hexerei, was wir Ihnen hier vorlegen. Wir haben das Ganze auch nicht im stillen Kämmerchen erfunden und waren dabei völlig losgelöst von der Erde unterwegs, sondern wir haben versucht, losgelöst von einem konkreten Budget oder IAFP zu sa-

gen, worauf man achten muss, wenn man über einen Zeitraum von acht Jahren die Finanzen im Griff haben will. Es geht dabei um folgende Dinge: Erfolgsrechnung, Kapitalstruktur, Verschuldung, Investitionen und Selbstfinanzierung. So ist die Finanzstrategie gegliedert. Dazu haben wir strategische Ziele festgelegt und Massnahmen umschreiben, die wichtig sind, denn es braucht Steuerungsinstrumente, um die Ziele zu erreichen. Es wurde bereits gesagt, dass dies alles elementar ist. Es handelt sich um eine Grundlage und um ein Frühwarnsystem. Die politische Diskussion führen wir in diesem Saal, im Rahmen des künftigen Budgetprozesses. Auch ich freue mich auf die Finanzkommission, das habe ich mehr als einmal gesagt. Die Frage, ob wir die Steuern erhöhen oder nicht, können wir nicht in die Strategie hineinschreiben. Wir können nicht festhalten «wenn A, dann B», sondern dies muss man von der aktuellen Situation ableiten. Diese schauen wir jährlich an und halten fest, wo wir stehen, was es braucht und was wir bei den Investitionen, bei den Einnahmen und bei den Ausgaben schreiben müssen. Es geht um die politische Knochenarbeit, vor der sich niemand drücken kann, weder der Gemeinderat noch das Parlament.

Wichtig ist, dass nicht zu jeder Zeit alle Bereiche im grünen Bereich liegen müssen. Dies wurde heute Abend noch nicht explizit gesagt. Wir haben die Finanzstrategie in einer Zeit erarbeitet, die schwierig und finanzpolitisch höchst herausfordernd ist. Wenn Sie allerdings im neuen IAFP das Kapitel zur Finanzstrategie lesen und sehen, dass wir – basierend auf den Rechnungsjahren 2018-2021, auf dem Budget 2022 und auf dem Planjahr 2023 – alle Ziele deutlich verfehlen, sollten bei jeder und jedem in diesem Saal die Alarmglocken läuten! Jede und jeder muss sich wohl sagen, dass wir jetzt vorsichtig sein müssen im Umgang mit unseren städtischen Finanzen.

Nun möchte ich mich noch zu den verschiedenen Vorstössen äussern. Diese haben einen Zusammenhang mit der Finanzstrategie, sonst wären sie nicht gemeinsam traktandiert worden. Zu Traktandum 15, Schuldenbremse: Unsere Antwort stammt von August 2020. Wir schrieben, dass dies in die Diskussion über Finanzstrategie, FISBE und so weiter einfließen müsse. Dieser Match ist gespielt. Im Grunde genommen müssten Sie den Vorstoss also zurückziehen, denn das Anliegen war nicht mehrheitsfähig. Natürlich kann man es auch zur Abstimmung bringen. Zum Inhalt: Rechtlich ist es gar nicht möglich, auszuschliessen, dass ein Defizit negativ ist. Zudem wurde gesagt, dass es Zeiten gibt, in welchen man nicht darum herum kommt, ein negatives Budget zu haben und ein Defizit auszuweisen. Diese Aussage kann ich bestätigen. Es darf nicht möglich sein, dass dies von einer Sperrminorität verhindert wird.

Zu Traktandum 16: Diese Forderung nehmen wir an. Basierend auf der Finanzstrategie werden wir im neuen AFP politische Eckwerte ableiten und sämtliche heute vorhandenen, relevanten Informationen verwenden. Wir werden auch dieses Postulat anschauen und prüfen. Schlussendlich wird der Gemeinderat Ihnen die Eckwerte in seinem ersten AFP vorschlagen und der Stadtrat ist frei, diese noch anzupassen. Diese Diskussion werden wir also im Detail nochmals führen.

Zu Traktandum 17: Der Begründungsbericht liegt vor. Dazu wurde allerdings nichts gesagt. Wir haben eine Priorisierung vorgenommen, weiter priorisieren können wir nicht mehr. Was in der Pipeline ist, müssen wir umsetzen. Was wir hingegen tun können, ist, den Trichter nicht mit weiteren Projekten noch mehr zu füllen – mit Projekten, die nicht unbedingt notwendig sind. Es geht darum, dass der Investitionsberg abgetragen werden kann. Die zweite Forderung der Motion haben wir erfüllt, die entsprechenden Zahlen können Sie nachlesen.

Zu den PE: Wir haben sie im Gemeinderat nicht diskutiert, aber aufgrund der bisher geführten Diskussion bitte ich Sie, sämtliche PE abzulehnen. Für eine Ablehnung der PE 1 gibt es zwei Gründe: Zum einen gibt es den IAFP nur noch ein einziges Mal, anschliessend kommt der neue AFP. Zum andern geht es um die Frage, wie viele Jahre und welche Jahre der Finanzstrategie zugrunde liegen sollen. Wir haben diskutiert, ob wir vier Rechnungsjahre oder vier

Planungsjahre nehmen sollen. Alle, die experimentell tätig sind, wissen, dass die bereits vorhandenen Zahlen verlässlich sind, sei dies in der Wissenschaft oder in der Wirtschaft. Alles, was prognostiziert wird, ist hingegen unsicher – je weiter hinten, desto unsicherer. Ich sage Ihnen dies als Naturwissenschaftler. Ich habe Ihnen schon mehrmals dargelegt, dass die Zahl sehr unsicher ist, wenn man im letzten Planjahr von plus 40 Mio. oder minus 50 Mio. Franken ausgeht. Man kann nicht sagen, die Zahl sei fiktiv, aber für eine seriöse Planung sollte sie nicht herangezogen werden. Immerhin werden basierend auf dieser Planung konkrete Entscheide gefällt, darum geht es ja. Ich bitte Sie daher, diese PE abzulehnen. Es würde mich freuen, wenn die Partei des Stadtpräsidenten, die – so scheint es mir – die Finanzstrategie unterstützt und für nötig und richtig befindet, sagen würde, dass es sich um eine gute Sache handelt.

Zur PE 2 respektive dem Sonderkässeli: Wir haben mit den Spezialfinanzierungen bereits solche Sonderkässeli. Es ist eine schwierige Angelegenheit. Das Geld darin ist blockiert. Nehmen wir an, wir hätten ein Sonderkässeli für die nächste Coronakrise gemacht, aber dann kommt der Krieg in der Ukraine. Wenn Krisen eintreten, reagiere ich und wir geben Geld aus, wenn es nötig ist. Das haben wir bei der Corona-Pandemie so gemacht und machen es jetzt so in der schlimmen Situation im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, indem wir die Menschen unterstützen, die vor dem Krieg flüchten. Das Geld in einem Sonderkässeli zu parkieren, ist nicht sinnvoll – wir haben ein Kässeli. Wenn wir uns einig sind, können wir sagen, dass wir, als Minimalziel, auf 120 Mio. Franken kommen wollen. Danach kann man entscheiden, ob man noch besser sein und bis auf 180 Mio. Franken gehen will. Dann wären wir in einer Situation, in der wir ein Luxusproblem hätten. Ich bitte Sie daher, die PE 2 abzulehnen.

Zur PE 3: Die Diskussion wurde in der Kommission geführt. Wir können Ihnen durchaus ein Papier im Umfang von 100 Seiten unterbreiten, aber dieses werden wohl die wenigsten lesen. Sehr vieles steht bereits im IAFP. Wenn Sie diesen von A bis Z lesen, werden Sie feststellen, dass enorm viel darin steht, so beispielsweise Prognosen, Planungsprozesse oder finanzpolitische Grundsätze. Wenn wir so vorgehen würden wie vorgeschlagen, würde man damit vor allem die Verwaltung beschäftigen. Denjenigen, die der Meinung sind, eine Finanzstrategie sei nicht nötig, können wir die Bibel unterbreiten – sie werden wohl immer noch der Meinung sein, es reiche nicht. Ich bin daher froh, wenn Sie die PE 3 ablehnen.

Zur PE 4 habe ich mich bereits geäußert. Wenn wir so vorgehen würden, bräuchten wir keine Finanzstrategie. Diese erstreckt sich über einen längeren Planungshorizont und damit über gute und schlechte Zeiten. Wenn man den Durchschnitt nimmt, werden wir die finanzpolitische Kurve irgendwie schaffen.

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Geschäfts und hoffe auf eine breite Zustimmung zur Finanzstrategie. Abschliessend möchte ich wiederholen, dass die Diskussion im Rahmen des ersten AFP erfolgen wird. Dannzumal werden wir über die Eckpunkte sprechen und es wird um die Wurst gehen, die bis dahin hoffentlich niemand weggefressen hat.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt der PE 1 GFL/EVP zu. (35 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen, Stichentscheid Präsident) [Namen 015](#)
2. Der Stadtrat lehnt die PE 2 GFL/EVP ab. (6 Ja, 62 Nein, 1 Enthaltung) [Namen 016](#)
3. Der Stadtrat lehnt die PE 3 GB/JA! ab. (17 Ja, 49 Nein, 3 Enthaltungen) [Namen 017](#)
4. Der Stadtrat lehnt die PE 4 GB/JA! ab. (16 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen 018](#)
5. Der Stadtrat nimmt die Finanzstrategie der Stadt Bern zur Kenntnis. (48 zustimmend, 2 ablehnend, 18 ohne Wertung) [Namen 021](#)

2021.SR.000159

14 Interpellation Maurice Lindgren (GLP): Welche Folgen hat eine Anpassung der Finanzaufgaben in der Stadt Bern?

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden.

2020.SR.000047

15 Motion Fraktion FDP/JF (Bernhard Eicher/Vivianne Esseiva, FDP): Nachhaltige Finanzpolitik der Stadt Bern dank Schuldenbremse

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 12. August 2020

Diskussion siehe Traktandum 13.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (16 Ja, 50 Nein, 1 Enthalten) [Namen 019](#)

2020.SR.000174

16 Postulat Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg/Regula Bühlmann/Rahel Ruch, GB): Finanzpolitische Grundsätze in der Krise überdenken

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 25. November 2020

Diskussion siehe Traktandum 13.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (36 Ja, 32 Nein, 1 Enthalten) [Namen 020](#)

2020.SR.000044

17 Motion Fraktion GLP/JGLP (Peter Ammann, GLP): Generationengerechte Finanzpolitik: Neuverschuldung stoppen und Sanierungsrückstau aufholen; Begründungsbericht

Diskussion siehe Traktandum 13.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Begründungsbericht zur Motion.

- Die Traktanden 18 und 19 werden gemeinsam behandelt. -

2022.SR.000024

18 Dringliche Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, Mitte (Tom Berger, FDP/Milena Daphinoff, Mitte): Kündigung des Pachtvertrags für den Rebberg auf der St. Petersinsel – Wie weiter mit dem Stadtberner Weingut?

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht. (50 Ja, 11 Nein, 1 Enthalten) -

Diskussion siehe Traktandum 19.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP/JF, Mitte ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2019.SR.000260

19 Postulat Fraktion FDP/JF (Tom Berger, JF): Ende des Berner Staatsweins – Abgabe des Rebgrundes im Baurecht prüfen

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 11. März 2020

Postulant und Interpellant *Tom Berger* (FDP): Die Antwort des Gemeinderats auf unsere Interpellation ist enttäuschend und wir sind dementsprechend nicht zufrieden damit. Ob auch andere Städte immer noch ein eigenes Weingut führen, war keine Frage der Interpellanten. Natürlich hat der Gemeinderat in seinem Vortrag nur diejenigen aufgeführt, die zu seiner Linie passen – so, wie er es oft tut. Er hätte genauso gut öffentliche Gemeinwesen aufführen können, die ihr eigenes Rebgut längst privatisiert haben, so beispielsweise die Staatskellerei des Kantons Zürich, die diesen Schritt bereits 1997 machte. Auch der Vergleich mit dem Rebberg der Stadt Zürich hinkt gewaltig. Dieser Rebberg befindet sich in der Stadt Zürich und ist Teil eines grösseren Landwirtschaftsbetriebs, der in der Stadt Zürich von über 100 Schulklassen pro Jahr besucht wird. Ich weiss nicht recht, ob Stadtberner Schulklassen ihre Schulreise nach La Neuveville machen oder wie viele Stadtbernerinnen und Stadtberner ihr Rebgut schon jemals besucht haben – vielleicht kann mir dies noch jemand sagen.

Bei Frage 1 irritiert an der Argumentation des Gemeinderats, dass Artikel 22 der Gemeindeordnung (GO) offensichtlich aus historischen Gründen umgangen werden kann. Nach unserem Dafürhalten gilt die GO so, wie sie formuliert ist, und sollte dementsprechend auch Einfluss haben, wenn heutzutage Aufgaben überprüft werden. Bei Frage 2 wollten wir vom Gemeinderat wissen, welche Auswirkungen der Wegfall des Rebbergs auf der St. Petersinsel auf den künftigen Betrieb hat. Der Gemeinderat führt aus, dass zwei Stellen abgebaut werden. Diese Stellen sind im IAFP aber nach wie vor enthalten. Dies wirft die Frage auf, welche Ver-

sion nun gilt: Werden die Stellen reduziert oder nicht? Bei Frage 3 lässt der Gemeinderat tief blicken. Ich bitte insbesondere die Kolleg*innen der Fraktion GLP/JGLP, diesen Punkt nochmals gut anzuschauen, denn Sie haben beim letzten IAFP die entsprechende Planungserklärung (PE) eingereicht. Der Gemeinderat hat Ihnen mit dem neusten AFP die Antwort darauf gegeben – er wird Ihre PE nicht umsetzen.

Die Landwirtschaft und somit der gesamte Rebbaubereich sind ein Sektor, der stark über die Fläche skaliert. Wenn die Stadt Bern 20% ihrer Anbaufläche verliert, wird dies grosse Auswirkungen auf den Betrieb des Rebbergs haben. Ob man das Rebgut jemals rentabel betreiben können, steht in den Sternen. Aus diesem Grund freut mich die Zustimmung zu unserem Postulat, aber ich bitte Sie inständig, die Antwort des Gemeinderats nicht als Prüfungsbericht anzunehmen, da sie nach meinem Dafürhalten veraltet ist und sich die Situation jetzt massiv verändert hat.

An dieser Stelle erlaube ich mir einen kleinen Exkurs, und ich hoffe, der Stadtratspräsident erlaubt mir dies ebenfalls. Der Rebbaubereich hat seine Wurzeln in Georgien und Mesopotamien und die Menschen begannen bereits vor über 6000 Jahren damit, Reben zu kultivieren. Später erkannten auch die Ägypter und Griechen die Vorzüge des Weins. Dass auch die Römer dem Weinkonsum ausgiebig frönten, muss ich wohl nicht ausführen. Aber auch bei uns in Westeuropa hat der Rebbaubereich eine lange Tradition, und dies nicht erst seit dem Römischen Reich. Historisch gesehen war klar: Wer Wein produzieren will, benötigt dafür Boden. Dieser gehörte den Adligen und der Kirche. Aber bereits im 16. Jahrhundert erkannten mehrere Landbesitzer, dass es nicht gut ist, wenn sie ihren Rebbaubereich selber betreiben, und sie haben ihre Rebberge verpachtet. Die Pächterinnen und Pächter haben den Pachtzins meist durch die Abgabe von Wein – bis zur Hälfte der gesamten Produktion – bezahlt. Später in der Geschichte gab es tatsächlich ein öffentliches Interesse daran, dass das Staatswesen den Wein gleich selber produziert, dies aus zwei Gründen: Zum einen musste man ein Heer versorgen und zum andern musste man den Spitälern Wein garantieren. Auch in den Stadtberner Spitälern war es während langer Zeit gang und gäbe, dass pro Patient*in mindestens ein halber Liter Wein eingeplant wurde – pro Tag! Diese Zeiten sind aber längst vorbei. Die Stadt Bern hat weder ein eigenes Heer noch eigene Spitäler. Auch in den Spitälern, die nicht uns gehören, steht der Wein längst nicht mehr fix auf dem Menüplan.

Die Burgergemeinde der Stadt Bern hat den Pachtvertrag für den Rebbaubereich auf der St. Petersinsel gekündigt. Die Begründung lässt tief blicken: Man will künftig mit einer innovativeren Partnerin zusammenarbeiten. Auf Deutsch heisst das, dass die Stadt Bern offenbar keine innovative Partnerin ist. Das Rebgut war schon in den letzten Jahren nicht kostendeckend. Wie ich vorhin dargelegt habe, skaliert ein Rebbaubereich vor allem auch über die Anzahl Hektaren der Anbaufläche. Insofern fehlt mir jeglicher Glaube daran, dass das Rebgut jemals rentabel betrieben werden können. Dass die Stadt Bern auch im Jahr 2022 innerhalb der Kernverwaltung ein eigenes, defizitäres Rebbaubereich bewirtschaftet, ist ein ordnungs- und finanzpolitischer Sündenfall. Ein ordnungspolitischer Sündenfall deshalb, weil die Produktion von Wein wie gesagt schon lange kein öffentliches Interesse mehr darstellt. Vor allem aber wird die Stadt damit in einem Feld aktiv, in dem sie Private konkurrenziert, wobei die Privaten es deutlich besser können als die Stadt. Alleine im Kanton Bern haben wir über 80 private Winzer*innen. Dass die Tradition des Weinbaus auch ohne den Staat gepflegt werden kann, haben die Spiezener*innen gezeigt. In Spiez baute Adrian von Bubenberg Wein an. Danach wurde dort während vielen Jahren kein Wein mehr angebaut, bis die Bürger*innen von Spiez in den 1940er-Jahren entschieden, dass sie in ihrer Gemeinde selber wieder Wein anbauen möchten. Seit dann gibt es in Spiez eine Kooperative – eine Genossenschaft – in der die Bürger*innen eigenen Wein produzieren, und dies äusserst erfolgreich.

Ein finanzpolitischer Sündenfall ist das Stadtberner Rebbaubereich aus folgenden Gründen: Im Budget 2018 war das Ergebnis ausgeglichen, die Rechnung wies ein Defizit von 48 000 Fran-

ken auf. Im Budget 2019 wurde das Defizit mit 284 000 Franken angegeben, dasjenige der Rechnung belief sich auf 353 000 Franken. Im Budget 2020 wird ein Minus von 175 000 Franken budgetiert, das Defizit in der Rechnung wird mit 320 000 Franken angegeben. 2021 wird ein Defizit von 119 000 Franken budgetiert, in der Rechnung beträgt das Defizit 185 000 Franken. Nur schon in diesen vier Jahren resultierte beim städtischen Rebgut also ein aufsummiertes Defizit in der Höhe von 860 000 Franken. Die Abweichung zum Budget betrug in diesen vier Jahren fast eine halbe Million Franken. Auffallend ist auch, dass in diesen Jahren immer deutlich besser budgetiert als letztendlich abgeschlossen wurde. Hören Sie bitte auf, die Corona-Pandemie und meteorologisch schwierige Sommer als Gründe dafür ins Feld zu führen! Mit diesen Umständen ist jeder Winzer in diesem Kanton konfrontiert, aber mir ist kein Weingut im Kanton Bern bekannt, das in den letzten vier Jahren Konkurs angemeldet hätte. Im Stadtberner Rebgut wird schlecht gewirtschaftet – Punkt! Führen Sie sich bitte vor Augen, welchen immensen Investitionsbedarf wir dort oben haben und dass wir einen Überschuss erzeugen sollten, um das Geld für die nötigen Investitionen zu haben.

Ich wiederhole: Dass die Stadt Bern noch 2022 innerhalb der Kernverwaltung ein eigenes defizitäres Rebgut bewirtschaftet, ist ein ordnungs- und finanzpolitischer Sündenfall. Aus diesem Grund freut es mich sehr, dass Sie dem Postulat zugestimmt haben. Zeitgleich bitte ich Sie nochmals, die Antwort des Gemeinderats nicht als Prüfungsbericht anzunehmen. Der Wegfall des Rebputs auf der St. Petersinsel ist ein Game Changer. Die Burgergemeinde sucht genau jetzt eine neue Pächterin für ihren Rebberg auf der St. Petersinsel und ich lade die Stadt Bern ein, sich dieser Suche anzuschliessen und den eigenen Rebberg in La Neuveville mindestens zu verpachten, wenn nicht sogar im Baurecht abzugeben.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 18 und 19

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Welches ist die Aufgabe der Stadt Bern? Ganz sicher nicht die Produktion von Wein. Dies ist die Aufgabe von Privaten. Es ist daher zwingend, dass die Stadt Bern ihr Weingut entweder verkauft oder verpachtet. Ich gehe davon aus, dass die Qualität des Weins, der dort produziert wird, massiv zunehmen wird, wenn man das Weingut verpachtet. Heutzutage besteht kein Druck, im städtischen Weingut irgendetwas Produktives, Innovatives hervorzubringen. Ich bitte Sie, sich zu überlegen, welches die Kernaufgaben des Staates und der Stadt sind. Sicher nicht die Weinproduktion! Wir müssen vernünftig sein und uns auf die Kernaufgaben der Stadt konzentrieren – alles andere müssen wir bleiben lassen.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist immer wieder beeindruckend, wie viele Emotionen das Weingut der Stadt Bern auslösen kann – offenbar unabhängig davon, wie viel Wein vorher schon konsumiert wurde.

Unsere Zustimmung zum Postulat hängt zusammen mit der Zustimmung zum Prüfungsbericht. Für uns ist der Prüfungsauftrag mit dem Bericht erfüllt.

Die FDP scheint vom Rebgut fast ein wenig besessen zu sein oder zumindest ganz beseelt von der Idee, dieses Stück Land und die darauf wachsenden Reben den Fesseln der staatlichen Kontrolle zu entreissen, damit es befreit von amtlicher Misswirtschaft und bürokratischer Inkompetenz endlich im Paradies des freien Markts florieren kann und der Wein – so, wie es Erich Hess soeben ausgeführt hat – plötzlich ganz von alleine besser, günstiger, gesünder und ganz sicher auch beliebter wird. Dass die Faktenlage eine etwas andere ist, wird in der Antwort des Gemeinderats sehr genau ausgeführt. Etwas so Banales wie Tatsachen können den unerschütterlichen Glauben an die Richtigkeit der Forderungen und an die allumfassende heilende Wirkung der unsichtbaren Hand aber nicht erschüttern. Man fragt sich unweigerlich, woher diese Obsession für das Rebgut respektive für seinen zwingenden Verkauf stammt. Ist es die Nibelungentreue gegenüber ordoliberalen Dogmen? Oder geht es um ein grundsätzli-

ches Misstrauen – ja, eine Missgunst! – gegenüber jeglichem staatlichen Handeln? Oder ist es vielleicht sogar das schlechte Gewissen, weil das Rebgut nicht zuletzt in der Zuständigkeit von freisinnigen Finanzdirektor*innen regelrecht zu Boden gewirtschaftet wurde und man die Immobilien ungenutzt verlottern liess – ob absichtlich oder nicht, bleibe dahingestellt?

Was sich auch aus Sicht der Fraktion SP/JUSO ändern muss, ist die Tatsache, dass jedes Jahr Defizite geschrieben werden. Das Rebgut künftig zumindest kostenneutral zu bewirtschaften, sollte dank der Schritte, die in den letzten Jahren eingeleitet wurden, aber auf gutem Weg sein. Es wäre daher sicher der falsche Moment, das Rebgut jetzt um jeden noch so tiefen Preis möglichst schnell zu verscherbeln. Die Stadt, die dieses Rebgut seit Jahrhunderten besitzt und bewirtschaftet, trägt auch eine gewisse Verantwortung für seine Zukunft. Die Stadt Bern erbringt nicht nur Leistungen, die zu den unverzichtbaren Kernaufgaben des staatlichen Handelns gehören. Dies betrifft bei weitem nicht nur das Rebgut, sondern durchaus auch Ausgabenposten, die von den Bürgerlichen immer wieder gerne unterstützt und verteidigt werden – das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz lässt grüssen. Dass die Stadt manchmal Aufgaben übernimmt, die sie nicht zwingend übernehmen müsste, ist situativ also durchaus auch im Interesse der Bürgerlichen.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die Fraktion GLP/JGLP ist weiterhin der Meinung, dass die Stadt Bern das Grundstück in ihrem Vermögen behalten sollte. Wir sind aber auch der Meinung, dass eine Verpachtung sehr vielversprechend wäre. Es gibt sicher junge, innovative Leute, die etwas Gutes aus dem Rebberg machen würden. So wurden beispielsweise der Anbau und die Produktion von Biowein in den letzten Jahren sehr populär. Mir fällt es daher ein bisschen schwer, nachzuvollziehen, dass es offenbar keine Interessenten geben soll. Wie schon in früheren Diskussionen und heute auch von Tom Berger erwähnt, kann es nicht sein, dass die Stadt Bern weiterhin am Betrieb eines defizitären Rebguts festhält. Wir haben in unserer PE nicht gefordert, dass das Rebgut einen Gewinn abwerfen muss, aber dass es zumindest kostendeckend sein muss. Tom Berger hat vorhin sehr ausführlich dargelegt, wie sich die finanzielle Situation des Rebguts präsentiert. Nach unserem Dafürhalten wird sich dies in absehbarer Zeit auch nicht ohne weiteres verbessern – erst recht nicht mit dem Wegfall des Rebguts auf der St. Petersinsel. Eine Verpachtung muss daher sicherlich nochmals genauer geprüft werden. Die Argumentation, dass eine Verpachtung keinen grossen Betrag abwerfen würde oder dass man wahrscheinlich niemanden finden würde, ist viel zu kurzfristig.

Jemima Fischer (AL) für die Fraktion AL/PdA: Ich möchte ganz kurz wiederholen, was wir schon in der letzten Budgetdebatte zu diesem Thema gesagt haben. Die freie Fraktion stellt sich gegen den Verkauf des Berner Rebguts. Wir sind klar gegen die Tendenz, alles zu verscherbeln, das nicht oder noch nicht oder nicht mehr gewinnbringend geführt werden kann – alles zu verscherbeln und in ein paar Jahren zu merken, dass es sich nicht gelohnt hat. Wir stellen uns gegen die Privatisierung von städtischen Institutionen und lehnen das Postulat ab.

Einzelvoten zu Traktanden 18 und 19

Ruth Altmann (parteilos): Ich schliesse mich meiner Vorrednerin an und lehne es ebenfalls ab, dass man das Weingut der Stadt verscherbelt. Ich verstehe nicht, weshalb bei gewissen Leuten eine solche Obsession vorhanden ist wegen dieses Weinguts. Die Stadt besitzt das Weingut schon lange, es ist eine wertvolle Tradition. Nach dem Lehrgang in den vorherigen Voten – einem Grundkurs in Kapitalismus – hat es mich beinahe sektiererisch angemutet, als von einem Sündenfall die Rede war. Das Wort Sündenfall wurde ungefähr zehnmal verwendet – dies alles wegen einem kleinen Weingut. Ich finde, dass wir dieses ruhig noch ein bisschen

behalten können. Es ist nicht wahr, dass ein Weingut oder das Herstellen von Wein nur in den Händen von Privaten sein dürfen. Ich komme mir vor wie in einer Sekte.

Alexander Feuz (SVP): Sie wissen, dass ich kein Kostverächter bin. Ich trinke sehr gerne ein Glas Rotwein, viel lieber als ein Glas Bier. Es kann nicht die Rede davon sein, das Rebgut zu verscherbeln. Ich zitiere alt Stadtschreiber Jürg Wichtermann, der sagte, dieser Wein sei nicht gut. Ich gebe ihm vollumfänglich Recht. Ich habe schon einige Jahre an den Festivitäten der Stadt teilgenommen und muss sagen, dass weder der Rotwein noch der Weisswein gut sind. Man kann etwas behalten, wenn es besonders gut ist oder einen emotionalen Wert hat, aber bei diesem Wein wäre es wohl nur ein Vorteil – auch für die Weinkenner – wenn sich ein neuer Pächter des Weinguts annehmen würde. Die Burgergemeinde hat ihrerseits ja ebenfalls die Reissleine gezogen. Ich unterstütze den vorliegenden Vorstoss.

Thomas Glauser (SVP): Das Weingut ist seit 1528 im Besitz der Stadt Bern. Es handelt sich nicht um ein grosses Weingut, es ist vielmehr klein und fein und damit pflegeleicht. Ob der Wein gut ist oder schlecht, ist Geschmackssache. Bevor wir es verkaufen, gäbe es noch andere Liegenschaften oder quersubventionierte Lokalitäten, die verscherbelt werden könnten. Man kann das Rebgut einem guten Pächter verpachten, jemandem, der Freude daran hat und es professionell bewirtschaftet, damit es kostendeckend ist. Ich würde es niemals verkaufen, wenn ich Besitzer wäre.

Bernadette Häfliger (SP): Ich finde es sehr spannend, dass dieses Thema eine so rege Diskussion auslöst, nachdem wir das Jahrhundertprojekt HR4you ohne Diskussion überwiesen haben. Ich nehme eine andere Position ein als meine Vorredner*innen und bin dafür, das Rebgut zu verkaufen. Dies nicht deshalb, weil mir dieser Verkauf ein so grosses Anliegen wäre, aber wenn diese Stadt ein städtisches Altersheim verkauft und dafür ein defizitäres Rebgut behalten will, finde ich das nicht ganz logisch, um es vorsichtig zu formulieren. Die öffentlichen Aufgaben sind für mich ganz zentral. Der Service Public ist eine zentrale Forderung – dazu gehört die Gesundheitsversorgung, nicht aber das Führen eines Rebguts.

Janosch Weyermann (SVP): Wenn wir schon beim Verscherbeln des Weinguts sind: Es wird nicht nur das Weingut verscherbelt, sondern auch der Wein. Ich stelle regelmässig fest, dass der Wein bei Coop um 50% reduziert angeboten wird, weil ihn niemand will. Insofern kann man sich etwa denken, wie er schmeckt.

Tom Berger (FDP): Ich habe in der Pause keinen Wein getrunken, weder städtischen noch anderen, und bitte Sie, zwischen einer Verpachtung und einem Verkauf zu unterscheiden – dies insbesondere dann, wenn Sie über eine juristische Grundbildung verfügen. In mehreren Voten wurde von einem Verkauf gesprochen, aber ein solcher wird im Postulat nirgendwo verlangt. Es geht um eine Verpachtung und damit weder um einen Verkauf noch um eine Privatisierung. Jemima Fischer, es ist schön, dass Sie das Postulat nicht annehmen wollen, aber genau dies haben Sie vorhin gemacht, denn das Postulat wurde nicht bestritten und damit einstimmig angenommen. Wir stimmen vorliegend nur noch über den Prüfungsbericht ab. Michael Sutter möchte ich entgegenen, dass der Wegfall des Rebguts auf der St. Petersinsel die Ausgangslage massiv verändert. 20% weniger Anbaufläche ist einschneidend. Ich finde es daher sehr legitim, dass die Frage nochmals sauber geklärt wird, ob das Rebgut in La Neuveville allein jemals kostendeckend betrieben werden kann.

Direktor FPI *Michael Aebersold:* Die meisten von Ihnen wissen, dass es sich beim Weingut um eines meiner Kerndossiers handelt. Dies war auch schon bei meinen Vorgänger*innen so.

Wahrscheinlich haben sie auch gern Wein, wie ich – wobei ich fast lieber Bier trinke. Vielleicht ist es auch einfach so, dass es ein wenig Farbe und Abwechslung ins trockene Leben eines Finanzdirektors oder einer Finanzdirektorin bringt, wenn man ein Weingut hat.

Liebe FDP, ich habe den Eindruck, dass Sie sich hier auf etwas eingeschossen haben – vor allem Sie, Tom Berger. Ich muss schon ein wenig staunen: Sie nehmen ein Communiqué der Burgergemeinde vom 15. Februar 2022, formulieren eine dringliche Interpellation und das Ratsbüro gewährt die Dringlichkeit. Ich weise darauf hin, dass wir das Rebgut seit fast 200 Jahren betreiben! Jetzt reichen Sie plötzlich eine dringliche Interpellation ein. Auch die GO ist nicht von gestern, sie besteht schon relativ lange. Dazu kommt, dass die Kündigung per Ende 2023 wirksam wird. Die Stellen würden also im Budget 2024 transferiert. Übrigens prüfen wir aktuell, ob wir die Stellen der Burgergemeinde übernehmen können – Sie müssen nicht den Kopf schütteln, dem ist so! Wir schauen, dass die beiden Mitarbeitenden nicht arbeitslos werden, sondern übernommen werden können.

Natürlich handelt es sich beim städtischen Rebgut nicht unbedingt um eine Kernaufgabe der Stadt, aber es wurde auch erwähnt, dass verschiedene Städte Rebgüter haben und selber betreiben. Übrigens gilt dasselbe für Landwirtschaftsbetriebe, die Stadt Zürich beispielsweise betreibt verschiedene solcher Betriebe. Man könnte dieselbe Diskussion auch für diese Landwirtschaftsbetriebe führen. Ich bin der Meinung, dass wir aus dem Rebgut einen Vorzeigebetrieb machen könnten. Die Idee, dass Schulklassen das Rebgut besuchen, ist gut. Wir haben es tatsächlich ein wenig verlottern lassen. Nun sind wir seit drei Jahren daran, das Ganze zu verbessern. Zuerst haben wir entschieden, einen Biobetrieb daraus zu machen – dies ist umgesetzt. Ein Privater hätte das vielleicht nicht gemacht. Es geht um Nachhaltigkeit – zu diesem Thema wären heute Abend noch ungefähr 20 Geschäfte traktandiert gewesen. Man kann eine politische Vision umsetzen, auch wenn es nur bei der Weinproduktion ist. Ja, man muss das Ganze neu aufgleisen. Ich war in meinem zweiten Amtsjahr vor Ort und bin erschrocken, wie es dort aussieht. Die Gebäude fallen fast zusammen. Wir haben eine interne Taskforce eingesetzt und externe Fachpersonen beigezogen, um zu prüfen, was wir beim Wein und betrieblich besser machen könnten. Wir sind daran, den Betrieb zu sanieren, und können bereits erste Resultate vorweisen. So haben wir mit dem neuen Biowein eine Silbermedaille gewonnen. Es geht in die richtige Richtung. Der Gemeinderat besuchte das Rebgut im vergangenen Sommer. Alt Stadtschreiber Jürg Wichtermann, ein ausgewiesener Weinkenner, war dabei und musste eingestehen, dass es sich bei der Sélection – der sogenannten Zweierkiste – um einen ganz guten Wein handelt.

Um den Bogen zur Finanzstrategie zu spannen: Vielleicht müsste man einen Pflichtkonsum einführen, zumindest für Stadträtinnen und Stadträte, und könnte auf diese Weise das Budget ausgleichen. Es ist eine spannende Diskussion und ich finde es schön, dass man auch einmal eine Diskussion haben kann, die nicht rein politisch-ideologisch geführt wird, sondern bei der es auch darum geht, wer ein wenig Lebensfreude hat und gerne Wein trinkt.

Das Timing der Diskussion ist perfekt. Am 30. April und am 1. Mai ist «Tag der offenen Kellertüren». Besuchen Sie das Rebgut! Es gibt eine neue Sélection, die «Orange Wine» heisst. Diesen Wein gibt es nur vor Ort, weil wir noch nicht viel davon produziert haben. Nutzen Sie die Gelegenheit und bilden Sie sich selber eine Meinung. Vielleicht könnten Sie das Rebgut auch anlässlich eines Stadtratsausflugs besuchen. Ich würde mit mir reden lassen und prüfen, ob man Ihnen den Wein für 80% des Preises abgeben würde. Übrigens ist auch die neue Bestellkarte verfügbar. Wer interessiert ist, darf sich gerne melden. Anstatt schlecht über etwas zu sprechen, das man nicht kennt, würde man es besser einmal probieren und die Meinung allenfalls ändern, auch wenn dies nicht immer einfach ist. Ich danke Ihnen für die spannende Diskussion. Unsere Stellungnahme können Sie gerne als Prüfungsbericht annehmen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Mir scheint, dass der Stadtrat heute Abend eine alte Volksweisheit unter Beweis gestellt hat: «Regen lässt das Gras wachsen, Wein das Gespräch.»

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich.
3. Er stimmt der Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht zu.
(37 Ja, 27 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 023

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Am kommenden Donnerstag, 5. Mai 2022, laden das Stadtratspräsidium, der Stadtpräsident und Gemeinderätin Franziska Teuscher alle Interessierten ein, in der Stadtratspause an einer Informationsveranstaltung zum Thema Flüchtlingsdorf im Viererfeld teilzunehmen. Die Idee ist, dass sich der Stadtrat und der Gemeinderat zu diesem Thema austauschen können. Wir wollen aufzeigen, was im Viererfeld geplant ist. Sie Ihrerseits sollen Fragen stellen können zu allen Inhalten und zu allem, was das Flüchtlingsdorf betrifft. Ab Ende Mai sollen die ersten Container gestellt werden. Sie werden vom Stadtratspräsidium noch eine schriftliche Einladung erhalten und können sich für den Anlass anmelden. Ich bitte Sie, sich bis Dienstagabend anzumelden, damit wir auch für Verpflegung sorgen können. Mir ist bewusst, dass der Anlass sehr kurzfristig anberaumt wird, aber es scheint mir wichtig, dass wir bei diesem Thema einen Austausch miteinander finden.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- | | | |
|----|----------------|--|
| 20 | 2019.SR.000093 | Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL): Klimamassnahmen prioritär umsetzen; Begründungsbericht |
| 21 | 2019.SR.000296 | Motion Eva Gammenthaler (AL): Umweltschonende Ernährung in städtischen Betrieben; Punkt 1 Annahme als Richtlinie / Punkt 2 Ablehnung |
| 22 | 2019.SR.000115 | Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #2: Foodwaste stoppen!; Ablehnung/Annahme als Postulat |
| 23 | 2019.SR.000116 | Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #3: Verbot für den Verkauf eingeflogener Esswaren!; Ablehnung |
| 24 | 2019.SR.000118 | Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #6: Verbot von Plastiksäcken; Ablehnung/Annahme als Postulat |
| 25 | 2019.SR.000068 | Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GB/JA! (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP/Katharina Gallizzi, GB): Klimanotstand – Kommission für den Klimaschutz schaffen; Annahme als Richtlinie |
| 26 | 2019.SR.000148 | Motion Zora Schneider (PdA) – übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger sollen bei ökologischen Massnahmen und Klimamassnahmen zu Wort kommen!; Annahme und gleichzeitig Abschreibung |
| 27 | 2019.SR.000117 | Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #4: Keine klimaschädliche Tourismusförderung!; Ablehnung/Annahme als Postulat Punkt 2 |

- 28 2019.SR.000114 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #1: Keine Werbung für Flugreisen und Autos!; Ablehnung/Annahme als Postulat/Fristverlängerung für Prüfungsbericht bis 31.12.2026
- 29 2019.SR.000119 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #7: Autofreie Stadt Bern; Ablehnung
- 30 2019.SR.000147 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Konsequente Klimapolitik #2: Vermeidung von schikanösen Behinderungen für den Strassenverkehr!; Ablehnung
- 31 2019.SR.000146 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP und Hans Ulrich Gränicher, SVP): Konsequente Klimapolitik #3: Kurze Wege auch für den Strassenverkehr; Ablehnung
- 32 2019.SR.000175 Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer GFL/Bettina Jans-Troxler EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Parkhäuser für die Zukunft rüsten; Annahme als Richtlinie
- 33 2019.SR.000224 Motion Zora Schneider (PdA) – übernommen durch Tabea Rai (AL): Für den aktiven Klimaschutz – freie Fahrt für alle!; Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht
- 34 2019.SR.000120 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen; Ablehnung/Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, Mitte, SVP (Janina Aeberhard, GLP/Therese Streit-Ramseier, EVP/Manuel C. Widmer, GFL/Sibyl Eigenmann, Mitte/Alexander Feuz, SVP): Ein Gymnasium Bern-West als Lösung für die drohende Schulraumknappheit
2. Interfraktionelle Kleine Anfrage SVP, FDP/JF (Janosch Weyermann, SVP/Florence Schmid, JF): Vergabe von städtischen Liegenschaften unter der Hand ohne entsprechende Kompetenzen?
3. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!, GLP/JGLP, GFL/EVP (Michael Sutter, SP/Seraphine Iseli, GB/Michael Ruefer, GLP/Tanja Miljanovic, GFL): Kein Kapazitätsausbau der Autobahn im Grauholz!
4. Interfraktionelle Motion Fraktion GLP/JGLP (Corina Liebi, JGLP/Jemima Fischer, AL/Matteo Micieli, PdA/Anna Jegher, JA!): Food Save statt Food Waste – Reduktion der Lebensmittelverschwendung in der Stadt Bern um 50% bis ins Jahr 2030
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Simone Machado, GaP): Berechtigte Kritik der Landschaftsplaner an der Planung Gaswerkareal. Ist der Gemeinderat endlich bereit, seine Planung zu überdenken und einen Marzilipark zu schaffen?
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Simone Machado, GaP): Liegt das Containerdorf im Viererfeld effektiv im Interesse der Flüchtlinge oder soll vielmehr die Abstimmung betr. der Erschliessung präjudiziert und das Risiko allfälliger Einsprachen gegen das Bauprojekt der Investoren minimiert werden? Gesundheitliche Risiken für die Bewohner? Schadenersatzfolgen für die Stadt?
7. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Simone Machado, GaP): Fragen zum weiteren rechtlichen Vorgehen des Gemeinderates im Viererfeld?
8. Kleine Anfrage Simone Machado (GaP), Alexander Feuz, Thomas Glauser (SVP): Widerrechtliches Bauen auf dem Viererfeld – Erfüllt das Bauinspektorat in der Stadt Bern seine Aufgaben?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.08.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

15.08.2022

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Qualified Signature)